MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE
04/23
JULI / AUGUST

AMNESTY JOURNAL

WWW.AMNESTY.DE/JOURNAL

In der Falle

Afghanistan nach der Rückkehr der Taliban

Lesen statt Kämpfen
Stella Gaitano hat im Sudan Bibliotheken aufgebaut – dann musste sie fliehen

50 Jahre Amnesty Journal
Unabhängiger Menschenrechts-journalismus feiert Geburtstag

AMNESTY INTERNATIONAL

INHALT

TITEL: AFGHANISTAN

Minderheiten: Terror gegen die Hazara in Kabul 12

Frauenrechte: Soraya Sobhrang kämpfte 20 Jahre lang für Gleichberechtigung 16

Frauenfußball: Alphington statt Afghanistan 18

Flüchtlinge: Ein Gespräch über Fluchtgründe und die Situation in Pakistan 20

Schutz in Deutschland: Das Bundesaufnahmeprogramm 22

Gesundheitssystem: Düstere Diagnose 24

Ernährungslage: Land ohne Wirtschaft 26

POLITIK & GESELLSCHAFT

Republik Moldau: Gewalt gegen Frauen und LGBTI+ 30

Russische Menschenrechtler*innen: Regelt das endlich! 34

Ukraine: Der Psychiater Semyon Gluzman im Gespräch 36

Biometrie: Gesetzgebung und Anwendung auf EU-Ebene 40

Aufklärung: Sexualität in arabischen Gesellschaften 44

Arbeitnehmerinnenrechte: Isoliert auf Hoher See 46

Türkei: Nach dem Erdbeben und nach der Wahl 48

Polizeigewalt: Dein Feind und Helfer 52

Graphic Report Polizeigewalt: »Mein Auge explodierte« 54

Menschenrechtsbildung: Gegen Rassismus und Diskriminierung 56

Essay: Was ist politische Haft? 60

50 Jahre Amnesty Journal: Unabhängiger Menschenrechtsjournalismus 62

KULTUR

Sudanesische Schriftstellerin: Die Autorin Stella Gaitano 66

Kunstschule in Südafrika: Den Teufelskreis durchbrechen 70

Global Pop aus Mali: Fatoumata Diawara 72

Aufarbeitung des Holocaust: Eine Wanderausstellung 74

Buch: Shole Pakravan erzählt vom kurzen Leben ihrer Tochter, die im Iran hingerichtet wurde 76

Musik: Eine Compilation zur schwierigen Lage von Mädchen in Afghanistan 78

RUBRIKEN

Panorama **04** Einsatz mit Erfolg **08** Spotlight: Israel **42**
Was tun **58** Porträt: Theresa Arriola **64** Dranbleiben **65**
Rezensionen: Bücher **77** Rezensionen: Film & Musik **79**
Briefe gegen das Vergessen **80** Aktiv für Amnesty **82**
Kolumne: Eine Sache noch **83** Impressum **83**

»Für Wahida«. Seit die Taliban in Afghanistan die Macht übernommen haben, leben die Bewohner*innen des Kabuler Stadtteils Dasht-e Barchi in Angst. 2022 wurde das Viertel, in dem vor allem Angehörige der schiitischen Minderheit der Hazara wohnen, Schauplatz eines Terrorangriffs.

»Ich lebe in der ständigen Angst, dass die Polizei mich festnimmt und abschiebt.« Hunderttausende Afghan*innen sind in den vergangenen beiden Jahren ins Nachbarland Pakistan geflohen. Ein Gespräch mit dem pakistanischen Rechtsanwalt Umar Ijaz Gilani und dem afghanischen Journalisten Mirwais Zazai über Fluchtgründe und die Situation in Pakistan.

»Ich werde weitermachen.« Semyon Gluzman ist einer der bekanntesten Psychiater der Ukraine und streitet für eine menschenwürdige Versorgung. Ein Gespräch über die psychischen Folgen des russischen Angriffskrieges, den Gulag und missglückte Reformen.

Kämpfen? Lesen! »Make a difference by a book«: Unter diesem Motto hat die Autorin Stella Gaitano im Sudan 14 Bibliotheken aufgebaut. Weil sie in ihren Büchern Gewalt und Machtmissbrauch im Land kritisierte, erhielt sie Todesdrohungen und musste fliehen.

Fritz Kittels Mut. In einer Wanderausstellung begibt sich die Schriftstellerin Esther Dischereit auf die Spuren eines Reichsbahnarbeiters, der ihre Mutter und ihre Schwester vor Deportation und Ermordung rettete.

Zukunft verweigert. Mädchen dürfen keine weiterführenden Schulen mehr besuchen, Studentinnen erhalten keinen Zutritt zur Uni. Eine Tragödie, klagt die Frauenrechtsaktivistin Soraya Sobhrang. Sie kämpfte in Afghanistan 20 Jahre lang für Gleichberechtigung, auch in der Bildung.

Starke Frauen, starke Gesellschaft. In der Republik Moldau sind Frauen und LGBTI+ Gewalt ausgesetzt. Doch wird über dieses Problem nur wenig gesprochen. Drei Aktivistinnen sind dabei, das zu ändern.

Sicherheit in Trümmern. Im türkischen Erdbebengebiet werden Frauen und Kinder vermehrt Opfer von Gewalt. Zivilgesellschaftliche Initiativen tun ihr Bestes, um sie zu schützen.

Botschaft der Hoffnung. Die malische Musikerin Fatoumata Diawara ist längst ein Weltstar. Trotzdem singt sie in ihrer Muttersprache Bambara – für Versöhnung und gegen weibliche Genitalverstümmelung.

Afghanische Frauen warten in Kabul auf Lebensmittel, die von einer Hilfsorganisation verteilt werden, 23. Mai 2023.
Foto: Ebrahim Noroozi/AP/pa

Fotos oben: Julian Busch | Andy Spyra | André Gottschalk | Tigran Petrosyan
Johanna-Maria Fritz | Metin Yoksu/AP/pa | Maximilian Gödecke
Julie Edwards/Avalon/pa | Deutsche Bahn AG/Dominic Dupont

EDITORIAL
NICHT AUS PAPPE

Es gibt derzeit viele Länder, in denen die Menschenrechte nicht oder nicht genügend geachtet werden. Weil das so ist, freuen wir uns umso mehr über jeden Erfolg. Denn er bedeutet, dass sich eine schlechte Ausgangslage immer auch verändern lässt, dass es den Bürger*innen eines Landes besser geht, dass eine Krise sich abschwächt oder gar endet.

Mehr als ein Aufatmen ging deswegen durch die Büroräume von Amnesty in Deutschland, als ein Gericht in Istanbul im Juni Taner Kılıç, İdil Eser, Günal Kurşun und Özlem Dalkıran freisprach. Der Amnesty-Ehrenvorsitzende Kılıç, die ehemalige Amnesty-Direktorin Eser sowie die langjährigen Mitglieder Kurşun und Dalkıran waren 2020 wegen »Terrorismus« zu Haftstrafen verurteilt worden. Das Oberste Berufungsgericht der Türkei hatte die Urteile im Jahr 2022 aufgehoben und die Fälle an das Istanbuler Gericht zurückverwiesen, das sich nun der Entscheidung anschloss. Jahrelang haben wir gebangt und gehofft, und nun konnten wir endlich mit dem Papp-Stellvertreter von Taner Kılıç (im Bild) auf seine Freiheit und die seiner Mitstreiter*innen anstoßen. Doch die Türkei verletzt weiter die Menschenrechte vieler, für Amnesty bleibt viel zu tun.

Foto: Amnesty

Ähnlich ist es in Afghanistan, wo seit fast zwei Jahren wieder die Taliban regieren und ihre Gegner*innen mit Repression überziehen. Unsere Schwerpunktseiten zeigen, wie sich das auf das alltägliche Leben auswirkt, wen das besonders trifft und wie es jenen ergeht, die fliehen konnten und nun auf ein besseres Leben hoffen.

Eine Korrektur gilt es nachzutragen: In Mexiko sind seit den 1970er Jahren 110.000 Menschen verschwunden, die meisten davon seit 2008, als der »Drogenkrieg« in dem mittelamerikanischen Land begann. Im Journal aber stand zuletzt, dass fast 110.000 Menschen allein im vergangenen Jahr verschwunden seien (»Selbst die Staatsanwaltschaft hat Angst«, Amnesty Journal 03/23). Wir bedauern den Fehler.

Und nun wünsche ich Ihnen und Euch eine anregende Lektüre dieser Ausgabe.

Maik Söhler
ist verantwortlicher Redakteur des Amnesty Journals.
Foto: Gordon Welters

KRIEG IM SUDAN

Die Situation im Sudan ist katastrophal: Nach UN-Angaben waren Anfang Juni drei von vier Krankenhäusern außer Betrieb, 25 Millionen Menschen benötigten dringend Hilfe. Es gab 1,2 Millionen Binnenvertriebene, mehr als 425.000 Menschen sind in Nachbarländer geflohen. Mitte April hatten Gefechte zwischen der Armee von Militärmachthaber Abdel Fattah al-Burhan und der paramilitärischen RSF-Miliz seines früheren Stellvertreters Mohammed Hamdan Dagalo begonnen. Seither wurden mehr als 1.800 Menschen getötet. Wochenlang verhandelten Vertreter beider Konfliktparteien unter Vermittlung der USA und Saudi-Arabiens über eine vorübergehende Waffenruhe, um humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Vereinbarte Waffenpausen erwiesen sich jedoch stets als äußerst brüchig. Amnesty fordert die Konfliktparteien auf, den Zugang für humanitäre Organisationen zu gewährleisten, damit sie die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung feststellen und Hilfe leisten können. Im Bild: Rauch über einem Stadtteil im Süden Khartums, Juni 2023.

Foto: AFP / Getty Images

»NOT MY KING«
In England wurden während der Krönungszeremonie von König Charles III. Dutzende Gegner*innen der Monarchie und Klimaschützer*innen festgenommen, noch bevor sie mit ihrem friedlichen Protest beginnen konnten. Insgesamt inhaftierte die Polizei mehr als 60 Menschen, in mehr als 50 Fällen verdächtigte sie Personen, die Krönungsfeierlichkeiten und damit die öffentliche Ordnung stören zu wollen. Möglich wurden die Festnahmen durch ein neues Gesetz (Public Order Bill), das wenige Tage vor der Krönung in Kraft getreten war. Es schränkt das Demonstrationsrecht erheblich ein, indem es Protestformen wie das Festketten oder Festkleben an Objekten und anderen Menschen zur Straftat erklärt. Amnesty UK kritisierte das Gesetz und die darin erweiterten Befugnisse der Polizei als »zutiefst autoritär«. Im Bild: Ein Polizist trägt ein Transparent, das Demonstrant*innen bei einer Kundgebung während der Krönungsfeierlichkeiten auf dem Trafalgar Square in London abgenommen wurde.
Foto: Thabo Jaiyesimi/Zuma/Imago

SCHIFFSHAVARIE IN GRIECHENLAND

Bei einem Schiffbruch vor der Küste Griechenlands starben Mitte Juni Dutzende Menschen. Hunderte werden noch vermisst. Die meisten der 500 bis 700 Migrant*innen, die auf dem Schiff gewesen sein sollen, gingen wohl mit ihm unter. Unter Deck sollen viele Frauen und Kinder gewesen sein. Wie es zu der Tragödie kommen konnte, wird derzeit aufgearbeitet. Vor allem die Rolle der griechischen Küstenwache bleibt unklar. Mehrere Gerettete berichteten, dass die griechische Küstenwache versucht habe, ihr Boot abzuschleppen. Dadurch habe das Schiff geschwankt und sei gesunken. Die griechischen Behörden wiesen die Vorwürfe zurück. Amnesty International fordert eine unabhängige Untersuchung der Unfallursachen und Unterstützung für die Überlebenden. »Transparenz, Wahrheit und Gerechtigkeit müssen sichergestellt werden – für die Überlebenden und ihre Familien sowie für diejenigen, die ums Leben gekommen sind«, sagte Adriana Tidona, Migrationsexpertin von Amnesty. Im Bild: Ein Überlebender des Schiffbruchs (links) und sein Bruder, Kalamata, Griechenland, am 16. Juni.

Foto: Stelios Misinas / Reuters

EINSATZ MIT ERFOLG

Weltweit beteiligen sich Tausende Menschen an den »Urgent Actions«, den »Briefen gegen das Vergessen« und an Unterschriftenaktionen von Amnesty International. Dass dieser Einsatz Folter verhindert, die Freilassung Gefangener bewirkt und Menschen vor unfairen Prozessen schützt, zeigt unsere Weltkarte. Siehe auch: **www.amnesty.de/erfolge**

SCHWEIZ

Der schweizerische Nationalrat hat am 1. Juni über eine **Modernisierung des Sexualstrafrechts** abgestimmt. Die nun beschlossene »Nein heißt Nein«-Lösung bedeutet, dass künftig jede sexuelle Penetration, die gegen den Willen einer Person erfolgt, als Vergewaltigung bestraft wird. Der Abstimmung gingen jahrelange Beratungen im Parlament voraus. »Dies ist ein Sieg für die Menschenrechte in der Schweiz«, sagte Cyrielle Huguenot, die bei Amnesty International Schweiz für Frauenrechte zuständig ist. Amnesty begrüßte die Neuregelung, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass weitere Maßnahmen notwendig seien, um sexualisierter Gewalt konsequent entgegenzutreten.

VENEZUELA

Der venezolanische Fotograf **Carlos Debiais** ist am 6. Juni aus dem Gefängnis freigelassen worden. Obwohl bereits im April 2022 eine Anordnung für seine Freilassung ausgestellt worden war, hielten ihn die Behörden weitere 15 Monate lang willkürlich in Haft. Debiais war im November 2021 von Angehörigen der militärischen Spionageabwehr in Gewahrsam genommen worden, nachdem er im Bundesstaat Falcón mit einer Drohne in der Nähe einer staatlichen Erdölraffinerie gefilmt hatte. Über seinen Verbleib drangen während seiner Inhaftierung keinerlei Informationen nach außen. Carlos Debiais muss sich alle 60 Tage bei Gericht melden, solange sein Verfahren noch anhängig ist. Er dankte allen Aktivist*innen, die sich für ihn eingesetzt haben.

TÜRKEI

Ein Gericht in Istanbul hat im Juni **Taner Kılıç**, **İdil Eser**, **Günal Kurşun** und **Özlem Dalkıran** freigesprochen. Der Amnesty-Ehrenvorsitzende Kılıç, die ehemalige Amnesty-Direktorin Eser sowie die langjährigen Mitglieder Kurşun und Dalkıran zählten zu den elf Menschenrechtsverteidiger*innen, die im Oktober 2017 wegen »Terrorismus« angeklagt worden waren. Kılıç, Eser, Kurşun und Dalkıran waren 2020 zu Haftstrafen verurteilt worden. Zwei Jahre später hatte das Oberste Berufungsgericht die Urteile aufgehoben und die Fälle an ein Gericht in Istanbul zurückverwiesen. Dieses schloss sich nun der Entscheidung an. Amnesty International sprach von einem »lange überfälligen Schritt«. Die Menschenrechtsverteidiger*innen hätten nie angeklagt oder inhaftiert werden dürfen.

JEMEN

Vier zum Tode verurteilte jemenitische Journalisten kamen am 16. April frei. Die Freilassung erfolgte im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zwischen den De-facto-Behörden der Huthi und der international anerkannten Regierung des Jemen. **Akram al-Walidi**, **Abdelkhaleq Amran**, **Hareth Hamid** und **Tawfiq al-Mansouri** waren im Juni 2015 in Sanaa festgenommen und im April 2020 von einem Sonderstrafgericht in einem grob unfairen Verfahren unter anderem wegen »Spionage für Saudi-Arabien« zum Tode verurteilt worden. Während ihrer Haftzeit waren sie einer Fülle von Menschenrechtsverletzungen wie dem Verschwindenlassen, zeitweiser Einzelhaft ohne Kontakt zur Außenwelt, der Verweigerung medizinischer Versorgung sowie Folter und Misshandlungen ausgesetzt.

IRAN

Der belgische Entwicklungshelfer **Olivier Vandecasteele** kam Ende Mai im Zuge eines Gefangenenaustauschs zwischen Belgien und dem Iran frei und konnte nach Belgien zurückkehren. Im Gegenzug lieferte Belgien den zu 20 Jahren Haft verurteilten Geheimdienstagenten Assadolah Assadi aus. Vandecasteele war im Iran wegen angeblicher Spionage zu 40 Jahren Haft und 74 Peitschenhieben verurteilt worden, ihm drohte zuletzt die Todesstrafe. Amnesty hatte sich mit einer Eilaktion für ihn eingesetzt. Die Umstände seiner Freilassung geben auch Anlass zur Besorgnis: Der Gefangenenaustausch könnte die iranischen Behörden dazu ermutigen, weiterhin Geiselnahmen und andere völkerrechtliche Verbrechen zu begehen.

PHILIPPINEN

Am 12. Mai sprach ein Gericht in Muntinlupa die frühere Senatorin **Leila de Lima** in einem von zwei Anklagepunkten frei. In den sechs Jahren seit ihrer Festnahme haben Amnesty International und andere Organisationen immer wieder darauf hingewiesen, dass die Vorwürfe gegen die ehemalige Vorsitzende der Menschenrechtskommission konstruiert sind. Die Behörden waren wegen angeblicher Drogendelikte strafrechtlich gegen Leila de Lima vorgegangen, nachdem sie begonnen hatte, Menschenrechtsverletzungen unter dem damaligen Präsidenten Rodrigo Duterte zu untersuchen. Die zweite Anklage ist noch anhängig, Leila de Lima befindet sich nach wie vor in Haft. Amnesty-Expertin Montse Ferrer forderte die Behörden auf, »auch die noch ausstehende Anklage fallen zu lassen«.

BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN – UPDATES

Mit den Briefen gegen das Vergessen (siehe Seite 80) können sich alle gegen Unrecht stark machen – allein zu Hause oder gemeinsam mit anderen. In jedem Amnesty Journal rufen wir dazu auf, an Regierungen oder andere Verantwortliche zu schreiben und sich für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Was aus ihnen geworden ist, erfahren Sie hier.

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE

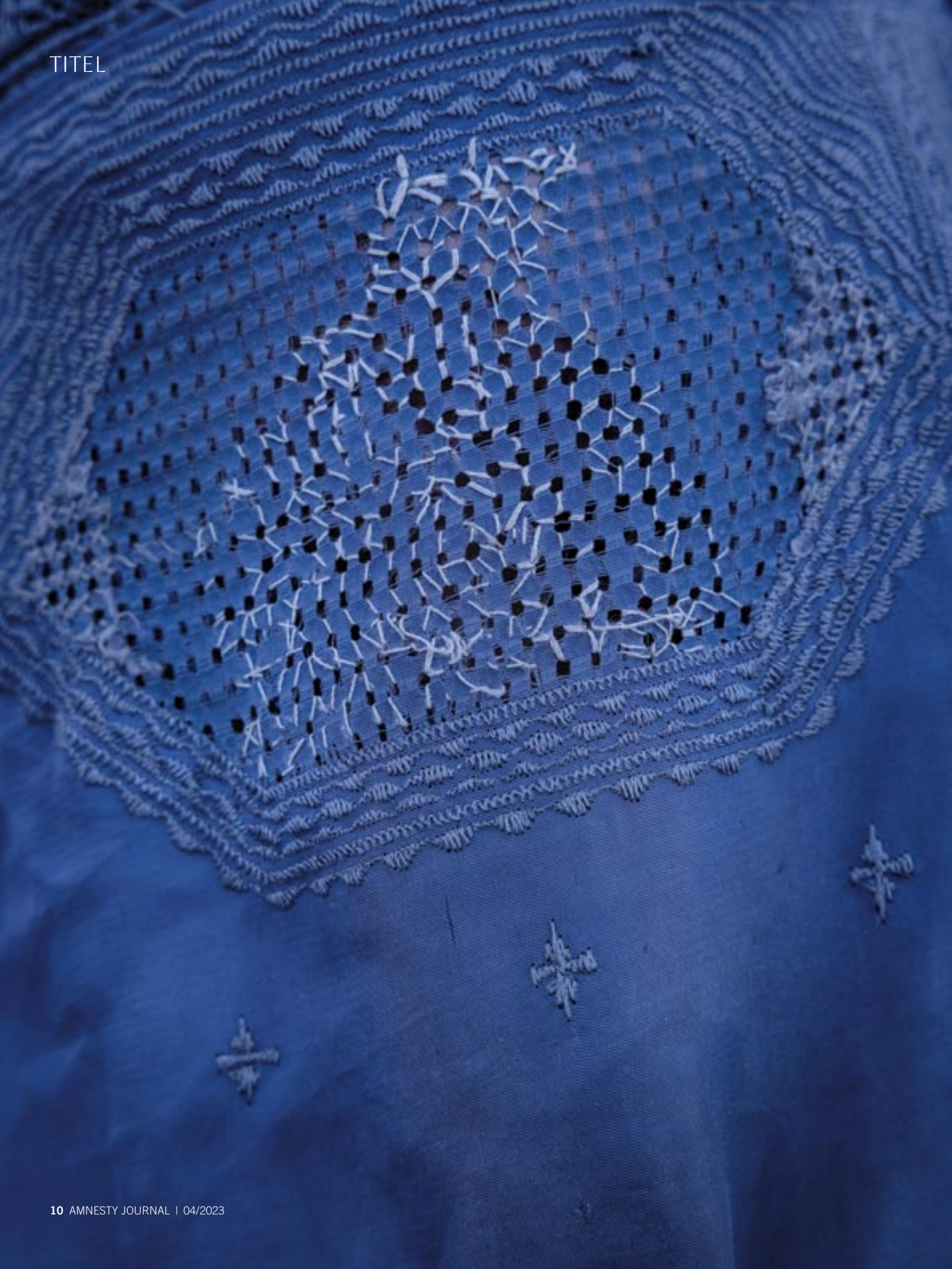
Foto: privat

Amnesty International wird sich beim Briefmarathon 2023 einmal mehr für die Freilassung des inhaftierten Menschenrechtlers, Bloggers und Dichters **Ahmed Mansoor** aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) einsetzen. Mansoor dokumentierte und kritisierte die Menschenrechtslage in den VAE seit 2006. Im März 2017 wurde er festgenommen und befindet sich seither in Einzelhaft ohne Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung, Bewegung oder Sonnenlicht. Dies verstößt gegen das Folterverbot. Mansoor trat bereits mehrfach in den Hungerstreik. Sein Gesundheitszustand hat sich stark verschlechtert. Der Blogger wurde unter anderem für schuldig befunden, die politische Führung sowie »den Status und das Ansehen der Vereinigten Arabischen Emirate und deren Symbole beleidigt« zu haben; »falsche Informationen verbreitet zu haben, um dem Ansehen der Vereinigten Arabischen Emirate im Ausland zu schaden« und »die Vereinigten Arabischen Emirate als gesetzloses Land dargestellt« zu haben. Er ist zu zehn Jahren Haft mit anschließender Überwachung sowie zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.
(Urgent Action UA-047/2019-3)

IRAN

Foto: privat

Der Aktivist **Ebrahim Babaei** ist vor mehr als anderthalb Jahren dem Verschwindenlassen durch die iranischen Behörden zum Opfer gefallen und wahrscheinlich Folter und anderweitiger Misshandlung ausgesetzt. Er verschwand im Dezember 2021 bei dem Versuch, aus dem Iran zu fliehen, um ungerechtfertigten Haft- und Prügelstrafen zu entgehen. Babaei hatte zuvor unter anderem die Kampagnen der iranischen Frauen gegen das diskriminierende Verschleierungsgesetz friedlich unterstützt und war deswegen verurteilt worden. Die Behörden verweigern bis heute jegliche Information darüber, ob Babaei inhaftiert wurde oder nicht. Seine Familie erfuhr erst auf inoffiziellem Wege von einem Geheimdienstmitarbeiter, dass er noch am Leben ist. Ein weiterer Angehöriger des Geheimdienstes teilte der Familie später inoffiziell mit, dass sich Babaei in einer geheimen Haftanstalt befindet. Amnesty ruft dazu auf, sich mit einer Eilaktion für seinen Fall einzusetzen.
(Juni 2022, UA-039/2022-1)



Afghanistan

Nach dem Abzug internationaler Truppen übernahmen die islamistischen Taliban im August 2021 wieder die Macht im Land. Seither sind die Ernährungslage und die Gesundheitsversorgung desolat, Menschenrechte werden systematisch verletzt. Tausende Menschen mussten fliehen, Minderheiten erleben Terror, Frauen und Mädchen werden massiv diskriminiert.

Unter den Taliban gilt wieder eine Burkapflicht für Frauen. Kabul, Januar 2022.
Foto: Mads Nissen / Politiken / laif

»Für Wahida«

Seit die Taliban in Afghanistan die Macht übernommen haben, leben die Bewohner*innen des Kabuler Stadtteils Dasht-e Barchi in Angst. 2022 wurde das Viertel, in dem vor allem Angehörige der schiitischen Minderheit der Hazara wohnen, Schauplatz eines Terrorangriffs.

Aus Kabul von Julian Busch (Text und Fotos)

Mariam überlebte den Anschlag auf die Schule nur knapp. Kabul im Frühjahr 2023.

Zwischen Sterben und Überleben liegen manchmal nur wenige Meter. Mariam wollte nicht an der wöchentlichen Übungsklausur teilnehmen. Sie fühlte sich an jenem Morgen Ende September 2022 zu schlecht vorbereitet. Seit Monaten hatte sie in einem privaten Institut für die Aufnahmeprüfung der Kabuler Universität gelernt. Doch ihre Freundin Wahida, die bereits in der Klausur saß, drängte sie am Telefon: »Los komm, wir schaffen das gemeinsam.«

Wenige Meter, bevor Mariam das Institutsgebäude erreichte, hörte sie plötzlich Schüsse. Einen, einen zweiten. Dann einen lauten Knall. Eine Explosion zerriss das Dach des Gebäudes. Kurz danach: Rauch und Schreie. Mariam überlebte, doch für ihre Freundin Wahida kam jede Hilfe zu spät.

Nun sitzt die 21-Jährige in einem kleinen Lehmhaus am Rande von Kabul und versucht sich zu erinnern. Die schmächtige junge Frau mit dunklen Haaren und heller Stimme dreht immer wieder die Teetasse, die vor ihr auf dem Boden steht, so als könnte sie die Bilder, die seitdem in ihrem Kopf spuken, auch auf dem Boden der Tasse sehen.

Am 30. September 2022 sprengte sich im Kaaj Educational Center ein Selbstmordattentäter in die Luft. 54 Menschen starben, Hunderte wurden zum Teil schwer verletzt. Die meisten waren junge Frauen wie Wahida und Mariam.

Seit der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 ist die Zahl der Angriffe auf Zivilpersonen dramatisch gestiegen. Laut einem Bericht des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte starben zwischen Sommer 2021 und Herbst 2022 bei 22 Angriffen mindestens 334 Menschen. Die genaue Zahl dürfte deutlich höher liegen. Die meisten Anschläge richteten sich, wie auch im Kaaj Educational Center, gegen schiitische Minderheiten wie die der Hazara.

Mit einem Bevölkerungsanteil von etwa zehn Prozent sind sie nach den Paschtun*innen und Tadschik*innen die drittgrößte Ethnie im Land und bilden als Schiit*innen gleichzeitig die größte religiöse Minderheit.

Die Geschichte der Gewalt gegen diese Minderheit ist lang. Als die Hazara sich Ende des 19. Jahrhunderts gegen die Unterdrückung und Tyrannei des damaligen Emirs Abdur Rahman Khan, einem sunnitischen Paschtunen, auflehnten, erklärte dieser die Minderheit zum Feind, den es zu vernichten gelte. Es folgte ein Völkermord. Fast zwei Drittel der Hazara in Afghanistan wurden damals getötet oder vertrieben. Gewalt und Diskriminierung setzten sich Ende des 20. Jahrhunderts fort: Als die Taliban Ende der 1990er Jahre erstmals an die Macht kamen, verübten sie zahlreiche Massaker an der Minderheit.

Nach der Machtübernahme der Taliban 2021 schrieben prominente Hazara-Vertreter*innen – darunter namhafte afghanische Wissenschaftler*innen und Politiker*innen – einen offenen Brief an UN-Generalsekretär António Guterres und forderten ihn auf, eine Untersuchung des gezielten Terrors gegen die Minderheit einzuleiten. Auch Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International befürchten weitere Verbrechen und sprechen von einem Muster gezielter Tötungen.

»Wir hatten den gemeinsamen Traum, den Menschen in unserem Land zu helfen.«
Mariam über ihre Freundschaft zu Wahida.

»Gestorben auf dem Weg des Wissens«

Auch Mariam ist eine Hazara. Mit ihrer Familie lebt sie in Dascht-e Barchi, einem Stadtteil von Kabul, der mehrheitlich von der schiitischen Minderheit bewohnt wird. Zwischen den eng stehenden Häusern ziehen sich Straßen aus Sand und Matsch. Männer, die auf Schubkarren Waren transportieren, schlagen sich durch den Verkehr von Autos und Kleinbussen. Das Viertel ist in den vergangenen Jahren immer wieder Schauplatz brutaler Angriffe geworden.

Auf ihrem Telefon schiebt Mariam die Bilder ihrer toten Freundin Wahida von rechts nach links. Ein junges Mädchen, das lächelnd und etwas trotzig vor einem Schrein in Kabul in die Kamera schaut. Mit einem Schulbuch in der Hand. Auf einer Karte, die ihre Familie nach ihrem Tod an Freunde und Verwandte schickte, steht: »Gestorben auf dem Weg des Wissens.«

»Wir hatten den gemeinsamen Traum, den Menschen in unserem Land zu helfen«, erzählt Mariam. Wahida habe Medizin studieren und später ein eigenes Krankenhaus leiten wollen. »Sie als Ärztin und ich als Politikerin – wir wären ein gutes Team gewesen«, sagt Mariam und lächelt.

Für die Aufnahmeprüfung der Universität lernten die beiden Freundinnen mehr als ein Jahr lang täglich in dem privaten Institut. Sie ließen sich auch nicht einschüchtern, als die Taliban ihre Rechte begrenzten, immer neue Bekleidungsvorschriften einführten und jungen Frauen verboten, Grünanlagen, Schwimmbäder und Fitnessstudios zu besuchen. »Was soll

aus einem Land werden, wenn es keine Ärztinnen und Politikerinnen mehr gibt?«, habe Wahida stets gesagt und weitergelernt.

Jeden Freitag schrieben die Schüler*innen des Kaaj Educational Center eine Übungsklausur in Fächern wie Natur- und Geisteswissenschaften, Persisch oder Englisch. An manchen Tagen kamen bis zu 400 Schüler*innen zusammen. Eine Wand aus Sperrholz trennte die jungen Männer und Frauen voneinander. An jenem Freitag befanden sich knapp 250 Schüler*innen in den Räumen. Als sich der Attentäter, den Augenzeug*innen als gut gekleideten jungen Mann beschreiben, gegen 7 Uhr 30 in die Luft sprengte, waren sie gerade dabei, Rechenaufgaben zu lösen.

»Wäre ich an diesem Morgen rechtzeitig aufgebrochen, dann hätte es mich wohl auch getroffen«, sagt Mariam. Nach der Explosion bahnte sie sich panisch einen Weg in das Gebäude. Sie wollte helfen, die Verletzten zu versorgen. »Zwischen den Tischen und Stühlen lagen überall Körper«, erzählt sie.

ISIS-K unter Verdacht

In einer Ecke des Raums habe sie schließlich die sterbende Wahida gefunden, deren Körper von der Explosion zerrissen war. »Ich musste meine Augen schließen«, sagt Mariam. Noch am selben Tag wurde Wahida von ihrer Familie gewaschen und auf einem naheliegenden Friedhof beerdigt.

Bis heute hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt, doch passt er zum Vorgehen der islamistischen Terrorgruppe ISIS-K, einem Ableger des Islamischen Staats (IS). Die Gruppe gründete sich 2015 in Afghanistan und sieht sich – trotz ideologischer Nähe – als radikale Alternative zu den Taliban. Während die Taliban ihre Macht auf Afghanistan begrenzen, erheben die Terroristen des ISIS-K Ansprüche über das Land hinaus.

Human Rights Watch schätzt, dass in Afghanistan seit 2015 bei Angriffen dieser bewaffneten Gruppe mehr als 1.500 Zivilist*innen getötet und mehr als 3.500 verletzt wurden. Die islamistischen Terroristen betrachten Schiit*innen und andere Minderheiten als Ungläubige, die es zu bekämpfen gilt.

Die Taliban versuchen, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Nach ihrer Machtübernahme im Sommer 2021 hatten sie bei einer Großoffensive Hunderte ISIS-K-Kämpfer getötet oder verhaftet.

> ***»Wir haben kein Problem damit, wenn unsere Frauen zur Schule oder arbeiten gehen.«***
> Imam Mohamed Hassam

Und in Städten wie Kabul kam es in den vergangenen Monaten immer wieder zu großräumigen Razzien und Hausdurchsuchungen.

Gleichzeitig spielen die Taliban die Stärke der Terrorgruppe herunter. In einem Statement bezeichnete Regierungssprecher Zabihullah Mujahid Berichte über ISIS-K als »westliche Propaganda«. Denn für die Taliban sind die öffentlichkeitswirksamen Anschläge ein Desaster, untergraben sie doch deren Aussage, die Sicherheit im Land zu garantieren.

»Die Taliban messen uns Hazara keinen Wert zu«, sagt Mariam. Nach dem Anschlag hätten sie das Gebäude umstellt und niemanden durchgelassen, auch nicht die Rettungswagen. »Ich habe sie angeschrien, die Helfer durchzulassen«, sagt sie. Doch die Polizei der Taliban habe nur verhindern wollen, dass jemand filme oder fotografiere.

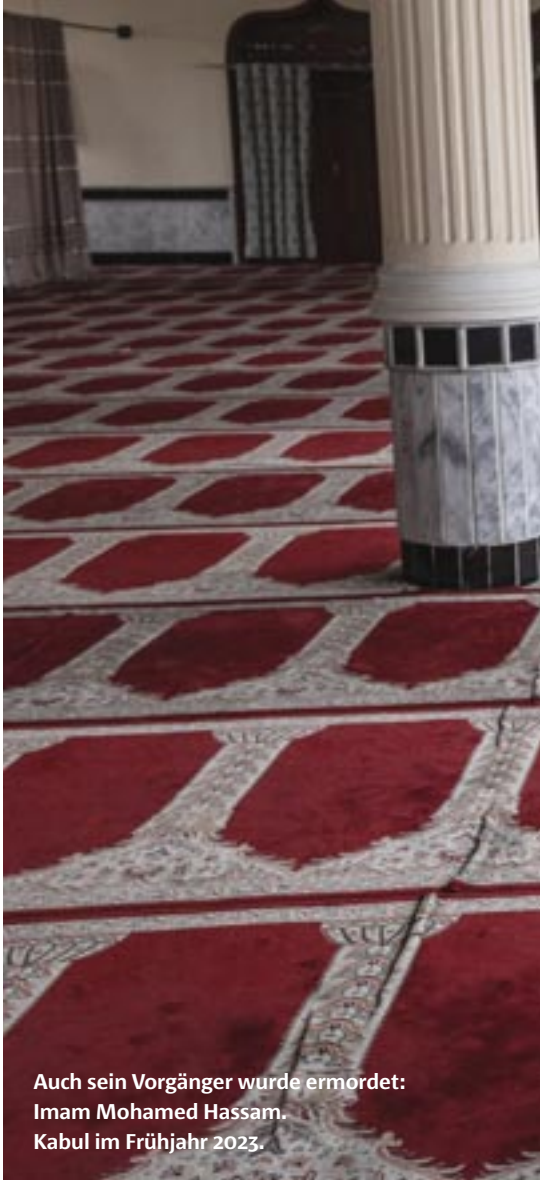
Terror auch gegen eine Moschee

Wenige Straßen von Mariams Haus entfernt, füllt sich die Imam-Zamam-Moschee zum Mittagsgebet. An der Eingangspforte gehen die Besucher durch eine Sicherheitsschleuse, ein Mann in schwarzer Uniform tastet skeptisch die Kleidung und Taschen der Besucher ab. In mehreren Reihen beten Männer in langen Gewändern.

»Natürlich sind nicht nur die Hazara in Afghanistan von Gewalt und Terror bedroht«, sagt Imam Mohamed Hassam, ein kleiner Mann mit freundlichem Gesicht, gekleidet in einen langen braunen Umhang, der ihm bis zu den Knöcheln reicht. Nach dem Mittagsgebet nimmt er auf dem Boden des riesigen Gebetsraums Platz.

Doch die Gewalt, die sich gegen die Minderheit richte, sei in seinen Augen systematisch. »Wir sind Schiiten in einem mehrheitlich sunnitischen Land«, sagt er. Die Taliban würden die Hazara zwar dulden, doch in den Augen vieler Menschen seien sie eben keine echten Muslime. »Wir haben kein Problem damit, wenn unsere Frauen zur Schule oder arbeiten gehen.«

Auch seine Moschee hat schon Terror



Auch sein Vorgänger wurde ermordet: Imam Mohamed Hassam. Kabul im Frühjahr 2023.

erfahren. Vor fünf Jahren sprengte sich während eines Freitagsgebets ein Suizidattentäter in die Luft. 39 Menschen starben, darunter auch Hassams Vorgänger. Der ISIS-K übernahm die Verantwortung. Auf einer Tafel neben dem Eingang sind die Namen und Porträts der Toten eingraviert. »Das kann uns jederzeit wieder passieren«, sagt Hassam.

Die Taliban hätten zwar nach der Machtübernahme mehr Schutz für schiitische Moscheen und andere Einrichtungen versprochen. Tatsächlich sei die Sicherheitslage jedoch nicht besser geworden – im Gegenteil: Das Sicherheitspersonal vor Moscheen und Bildungseinrichtungen im Stadtviertel sei reduziert worden. Zudem müsse jetzt die Moschee das Gehalt der Wachleute bezahlen.

Die Moschee ist eine der größeren in der Nachbarschaft, täglich kommen zahlreiche Menschen zum Gebet, an Freitagen bis zu 400. Hassam will deshalb die Sicherheitsvorkehrungen nun selbst verbessern.

An der Universität La Trobe in Melbourne forscht Niamatullah Ibrahimi

seit Jahren zur Geschichte der Hazara in Afghanistan. Die Befürchtung vieler Menschen, dass sich mit der Rückkehr der Taliban auch die Gräueltaten vergangener Jahre wiederholten, habe sich zum Glück bisher nicht bewahrheitet, sagt Ibrahimi.

Dennoch könne man von einer zunehmenden Isolation der Hazara unter der Herrschaft der Taliban sprechen. Lehrpläne von Schulen und Universitäten seien von schiitischen Inhalten bereinigt und die Minderheit daran gehindert worden, ihre Religion auszuüben. Während des Ramadan ordneten die Taliban an, dass auch die Schiit*innen sich nach dem sunnitischen Glaubenskalender richten und das sunnitische Zuckerfest feiern müssten, sagt Ibrahimi.

Nach Angaben von Amnesty International kommt es allerdings auch immer wieder zu gezielten Verfolgungen und Tötungen durch die Taliban. So wurden beispielsweise im Juli 2021 in der Provinz Ghazni neun Hazara-Männer von Taliban-Kämpfern getötet. Im August 2021 richteten die Taliban in der Provinz Daykundi 13 Angehörige der Hazara hin – elf Sicherheitskräfte der ehemaligen Regierung und zwei Zivilpersonen. »Diese Beispiele sind keine Einzelfälle, sondern Teil eines umfassenderen Musters. Sie veranschaulichen die Gewalt und Grausamkeit, mit der die Taliban gezielt gegen ethnische Minderheiten wie die Hazara vorgehen und, dass diese unter der Herrschaft der Taliban besonders gefährdet sind«, sagt Theresa Bergmann, Asien-Expertin von Amnesty in Deutschland.

Der Wissenschaftler Ibrhahimi betont, dass sowohl ISIS-K als auch Teile der Taliban die Hazara aufgrund ihrer oft eher liberalen Religionsausübung und ihrer hohen Bildungsstandards als Feinde und »Synonym für die westliche Kultur« ansehen. »Bis heute ist das historische Ausmaß des Terrors gegen die Hazara nicht wirklich erfasst«, sagt er.

Studienverbot für Frauen und Mädchen

Auch Mariam glaubt, es sei nur eine Frage der Zeit, bis wieder etwas passiere. »Jede Woche, jeden Tag warte ich darauf«, sagt sie. Für viele Menschen in ihrem Viertel sei die Angst mittlerweile zur Normalität geworden. Als im April des vergangenen Jahres zwei Bomben am Eingang der Abdul-Rashid-Schule für Jungen explodierten und Dutzende Schüler töteten, überlebte ihr jüngerer Bruder nur knapp.

Sie will trotzdem weitermachen. »Ich werde jetzt für Wahida Medizin studieren«, sagt sie. Das sei sie ihrer Freundin schuldig. Einen Monat nach dem Anschlag sei sie mit den überlebenden jungen Frauen in das Institut zurückgekehrt und habe begonnen, das Klassenzimmer wieder aufzubauen.

Im Dezember 2022 verboten die Taliban Frauen das Studium. Doch Mariam will die Hoffnung nicht aufgeben. Sie werde einfach zu Hause weiterlernen. Sie wolle bereit sein für die Prüfungen, sollten die Taliban es eines Tages wieder erlauben. »Für Wahida«, sagt sie. ◆

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: **www.amnesty.de/app**

Zukunft auf Null gesetzt

Mädchen dürfen keine weiterführenden Schulen mehr besuchen, Studentinnen erhalten keinen Zutritt zu Universitäten. Eine Tragödie, klagt die Frauenrechtsaktivistin **Soraya Sobhrang**. Sie kämpfte in Afghanistan 20 Jahre lang für Gleichberechtigung, auch in der Bildung. *Von Cornelia Wegerhoff (Text) und Andy Spyra (Foto)*

Frauenrechtsaktivistin Soraya Sobhrang in ihrem Kölner Exil.

Soraya Sobhrang gießt grünen Tee auf. Auf dem Wohnzimmertisch stehen Datteln, Feigen, frisches Gebäck. Afghanische Gastfreundschaft, mehr als 5.000 Kilometer Luftlinie von Afghanistan entfernt, in Köln statt in Kabul.

»Ich bin so dankbar, dass wir miteinander sprechen können«, sagt die Frau im bestickten blauen Gewand auf Deutsch. Denn seitdem im August 2021 erneut die Taliban an die Macht kamen, sei ihr Heimatland für Mädchen und Frauen »die Hölle«. Für Frauenrechtsaktivistinnen wie Soraya Sobhrang ist es lebensgefährlich. Nach dem Machtwechsel lebte sie knapp drei Monate lang im Untergrund, bevor ihr die Flucht über den Iran nach Deutschland gelang.

Soraya Sobhrang ist Gynäkologin und mit 66 Jahren im Ruhestand. In Kabul war sie zuletzt Direktorin der afghanischen Partnerorganisation von Medica Mondiale, der internationalen Frauenrechts- und Hilfsorganisation. Zuvor war sie vier Jahre stellvertretende Frauenministerin und elf Jahre Kommissarin für Frauenrechte in der Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC). Soraya Sobhrang ist also das beste Beispiel dafür, was eine gebildete Afghanin alles erreichen kann. Doch die Taliban sprechen Mädchen und Frauen das Grundrecht auf Bildung ab. »Und das im 21. Jahrhundert«, sagt Soraya Sobhrang verbittert.

Im März 2022 wurde Mädchen der Schulbesuch ab der siebten Klasse verboten. Im nächsten Schritt zwangen die Taliban die Universitäten, neue Regeln einzuführen. Eingänge und Hörsäle wurden zunächst nach Geschlechtern getrennt, berichtet Sobhrang. Nachdem im Herbst 2022 noch Tausende Mädchen und Frauen ihre Aufnahmeprüfungen für die Universitäten absolviert hatten, folgte am 20. Dezember 2022 ein Erlass, der den Afghaninnen den Zugang zur Hochschulbildung komplett untersagte.

Die Geschichte jeder einzelnen Betroffenen sei eine Tragödie, sagt Soraya Sobhrang. Allein in den ersten drei Monaten nach dem Uni-Verbot hätten sich zwölf ehemalige Studentinnen das Leben genommen. Sie kenne eine junge Frau, die bereits sechs Semester Medizin studiert habe und promovieren wollte. Sie sitze nun rund um die Uhr zu Hause und leide unter schweren Depressionen. Ein Mädchen im Bekanntenkreis breche sofort in Tränen aus, sobald es seine alten Schulbücher und die Schuluniform sehe. Diese Menschen hätten jede Hoffnung auf die Zukunft verloren. Doch ohne gebildete Frauen stehe auch die Zukunft Afghanistans auf dem Spiel, warnt Soraya Sobhrang. Die Hälfte der Bevölkerung ins Haus zu verbannen, verhindere die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Ihr ganzes Leben habe sie für Gleichberechtigung in Afghanistan gekämpft. Jetzt seien die so mühsam erwirkten Fortschritte »auf Null gesetzt«.

Soraya Sobhrang wurde 1956 im westafghanischen Herat geboren, der zweitgrößten Stadt des Landes. Ihr erster Berufswunsch sei Pilotin gewesen, erzählt die Afghanin lächelnd. Sie studierte Medizin, promovierte, arbeitete während der Zeit der russischen Militärintervention im Iran und in Pakistan. 1994, als die radikal-islamistischen Taliban in Afghanistan zum ersten Mal die Macht an sich rissen, floh Soraya Sobhrang zusammen mit ihrem Mann nach Deutschland, lebte in Bad Oldesloe in Schleswig-Holstein.

Nach der von den USA angeführten Militärintervention und dem Ende der Taliban-Herrschaft im Jahr 2001 habe der damalige Präsident Hamid Karzai alle Afghan*innen im Exil aufgefordert, zurückzukehren und das Land wieder aufzubauen. Auch sie sei persönlich angeschrieben worden. »Am 10. Mai 2002 bin ich dann nach Afghanistan zurückgekehrt. Und schon am 11. Mai begann ich, im Frauenministerium zu arbeiten«, erinnert sich Soraya Sobhrang. Kurz darauf wurde sie stellvertretende Frauenministerin. »Ich habe am afghanischen ›Grundgesetz‹ mitgearbeitet, Gesetze für Gleichberechtigung, gegen Kinderehe, Zwangsheirat und Gewalt gegen Frauen mit auf den Weg gebracht.« Auch viele afghanische Männer hätten den Wandel unterstützt. Gerührt beschreibt die ehemalige Politikerin eine Begegnung mit einem Schuhputzer in den Straßen von Kabul. Er habe stolz von seinen beiden Töchtern erzählt, die weiterführende Schulen besuchten.

Missbrauch und Ausbeutung drohen

Ende 2005 wurde Soraya Sobhrang Beraterin der AIHRC. Kurz darauf habe Präsident Karzai sie für den Posten der Frauenministerin vorgeschlagen. »Dazu war aber die Zustimmung des Parlaments nötig«, erzählt sie. Sie nutzte den Auftritt vor den Abgeordneten, um über die fehlende Unabhängigkeit der afghanischen Frauen zu berichten. Das verstoße gegen Menschenrechte, Frauen dürften keine Bürger*innen zweiter Klasse sein. »Da saßen aber Fundamentalisten und Warlords vor mir, die sagten: ›Die ist Feministin, vielleicht sogar eine Ungläubige, wenn sie so daher redet.‹« Soraya Sobhrang wurde prompt nicht zur Frauenministerin gewählt. Bis heute ist sie stolz darauf, bei diesem Auftritt nicht still geblieben zu sein. Zu Terminen fuhr sie in Begleitung von Bodyguards. Weil sie trotz Belästigungen, Diffamierungen und Todesdrohungen ihr Engagement für die AIHRC unbeirrt fortsetzte, ab 2006 als deren Kommissarin, erhielt sie 2010 im irischen Dublin die Auszeichnung »Front Line Award for Human Rights Defenders at Risk«.

Ein Mädchen im Bekanntenkreis bricht sofort in Tränen aus, sobald es seine alten Schulbücher sieht.

Ohne Bildung steige das Risiko für Mädchen, ausgebeutet, missbraucht und früh verheiratet zu werden, warnt Sobhrang nun aus dem Exil. Die Taliban seien auf der Suche nach jungen Bräuten und würden Familien dazu zwingen, ihre unverheirateten Töchter herzugeben. Andere Eltern wiederum würden ihre Töchter gezielt mit einem Taliban verheiraten, um ihre Familie unter dessen Schutz zu stellen. Sie erfahre von immer mehr Mädchen, die mit 14 ein Kind bekommen, anstatt zur Schule zu gehen.

Durch ihre engen Kontakte in die Heimat weiß die Frauenrechtsaktivistin auch, dass es – anders als während der ersten Taliban-Herrschaft bis 2001 – nicht sehr viele geheime Mädchenschulen gibt. Viel zu groß sei die Angst, entdeckt zu werden. Die Taliban kontrollierten auch Privathäuser, folterten und mordeten. Manche Schulmädchen versuchten, mithilfe von Radio Azadi, dem afghanischen Ableger des US-Senders Radio Liberty, weiter zu lernen. Zu festen Uhrzeiten gebe es dort zum Beispiel Chemie- und Mathe-Unterricht, nach Klassenstufen unterteilt. Das sei durchaus eine Hilfe, aber keine Lösung. »Bitte stoppen Sie die Taliban. Das sind Terroristen«, lautet deshalb ihr Appell an Deutschland und die Europäische Union. »Es ist auch Ihre Verantwortung, wenn Mädchen und Frauen das Recht auf Bildung verweigert wird.«

Soraya Sobhrangs eigene Tochter, 18 Jahre alt, kann in Deutschland wieder zur Schule gehen. Nach ihrem ersten Unterrichtstag in Köln hat die Familie bei grünem Tee, Gebäck und süßen Früchten am Wohnzimmertisch gesessen und gefeiert. Die Tochter will Lehrerin werden. ◆

Siehe auch Seite 78.

Alphington statt Afghanistan

Das afghanische Fußballnationalteam der Frauen spielt nun in Australien. Viele haben die Spielerinnen auf der Flucht unterstützt, nur der Weltfußballverband nicht.
Von Martin Krauss

Es gibt derzeit in Afghanistan keine Fußball spielenden Frauen. Nicht auf dem Platz und auch nicht in der Weltrangliste der Fifa. Der Weltfußballverband notiert seit März 2022 unter dem Stichwort »Afghanistan« über die Frauenauswahl: »nicht mehr gelistet«.

Ein afghanisches Frauenfußballteam existiert aber sehr wohl. Es ist in Australien angesiedelt und nennt sich Melbourne Victory FC AWT. Das angehängte Kürzel AWT steht für Afghan Women's Team. Als sich im August 2021 die letzten Soldat*innen westlicher Staaten aus Afghanistan zurückzogen, bekamen das all jene Frauen, die Sport trieben, als erste zu spüren. Die Taliban verboten ihnen jede Aktivität und bestraften und schikanierten alle, die vorher aktiv gewesen waren.

Just an dem Tag, als die Taliban in die Hauptstadt einzogen, fand in Kabul ein Kampfsportturnier für Frauen statt. Als sich die Nachricht über das Anrücken der Islamisten verbreitete, flohen alle aus der Halle. Später gingen Taliban von Haus zu Haus oder riefen die Familien an. »Sie sagten: Warum hast du Sport getrieben? Sport ist verboten«, erzählte eine 20-jährige Fußballspielerin der Nachrichtenagentur AP. »Seit die Taliban kamen, fühle ich mich wie tot.« Ihr Trainer hatte sich bei ihrer Familie gemeldet und gesagt, sie solle möglichst schnell zum Flughafen kommen, es gebe dort eine Fluchtmöglichkeit. Doch die Mutter, eine konservative Muslimin, gab diese Nachricht nicht an ihre Tochter weiter.

Khalida Popal, die 2007 die afghanische Nationalelf aufbaute und 2011 zunächst nach Indien, dann nach Norwegen und schließlich nach Dänemark ins Exil ging, baute sofort ein Hilfsnetzwerk auf. »Ich habe einige unserer Spielerinnen in Afghanistan kontaktiert und gefragt, wie es ihnen geht. Ich hatte gehofft, dass sie Afghanistan bereits verlassen hätten. Aber sie sagten, dass sie dort festsitzen.« Unterstützung fand Popal bei der Weltfußballgewerkschaft FifPro. Sie erkannte, dass sich das »Risikoprofil der Spielerinnen deutlich erhöht hat«, wie FifPro-Generalsekretär Jonas Baer-Hoffmann damals sagte, und handelte entsprechend.

Und noch ein Kontakt kam zustande. Die jüdische Hilfsorganisation Tzedek aus New York, die schon alles für eine andere Rettungsaktion vorbereitet hatte, die scheiterte, hörte von der Gefahr, in der die Fußballerinnen steckten. Und sie half: Binnen drei Tagen gelang es, fast 80 Spielerinnen, Betreuer und auch einige Verwandte außer Landes zu bringen.

Das gesamte Frauennationalteam Afghanistans gelangte durch Vermittlung von FifPro nach Australien und spielt nun in Melbourne. Aber bei den jugendlichen Spielerinnen sieht es schlechter aus. »Ich war Teammanagerin der Nachwuchsteams, habe mit der U15 und U17 gearbeitet«, berichtete die Nationaltorhüterin Fatima Yousufi der deutschen Tageszeitung taz. »Eine Hälfte des Teams ist in Portugal, die andere Hälfte aber immer noch in Afghanistan.« Dort wird die Lage immer schwieriger. »Dass diese Mädchen dort zurückgelassen worden sind, liegt daran, dass die Fifa nicht schnell genug gehandelt hat«, sagt Gitti Ruhin, eine ehemalige Nationalspielerin, die nun in Hamburg lebt. »Wir sind von der Fifa sehr enttäuscht. Die Hilfeschreie sind laut, aber die Fifa ist immer zu spät.«

Den afghanischen Fußballverband AFF gibt es noch, er ist weiterhin Mitglied der Fifa, und die Nationalmannschaft der Männer stand im April dieses Jahres noch auf Platz 155 der Weltrangliste, vor Kuba und Puerto Rico. Sanktionen gegen die Fußballfunktionäre der Taliban gibt es bislang nicht. Es gab zwischenzeitlich sogar Gerüchte, die AFF wolle für die Olympischen Spiele ein neues Frauenteam gründen, aber der Verband stellte klar, dass es solche Pläne nie gab. Ein in der britischen Tageszeitung Guardian veröffentlichter Appell an die Fifa, das australische Exilteam offiziell als Auswahl Afghanistans anzuerkennen, verpuffte. Nicht

An der Seite der Spielerinnen: Khalida Popal, Farum, Dänemark, 2020.
Foto: Tariq Mikkel Khan / Ritzau Scanpix / AFP / Getty Images

In guter Stimmung: Afghanisches Frauennationalteam in Melbourne, April 2022.
Foto: Mike Owen / Getty Images

einmal zu einer Antwort raffte sich der Fußballverband auf, obwohl selbst die pakistanische Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai den Appell mitformuliert hatte. »Es ist eine Schande, dass die Organisation, die sich selbst als Dachverband des Fußballs bezeichnet, noch keine einzige Erklärung abgegeben hat, um sich wenigstens mit den Spielerinnen zu solidarisieren«, sagt Khalida Popal.

Infantino an der Seite des AFF

Die Fifa teilt mit, sie sei in »komplexe Verhandlungen« involviert gewesen, durch die »fast 100 Mitglieder der Fußballfamilie« aus Afghanistan nach Katar evakuiert werden konnten. Aber noch Anfang Mai dieses Jahres umgab sich Fifa-Präsident Gianni Infantino bei einem Kongress des zentralasiatischen Fußballverbandes Cafa mit Repräsentanten des AFF. Dabei müsste die Fifa die AFF gemäß ihrer eigenen Statuten sanktionieren, schließlich liegt Diskriminierung aufgrund des Geschlechts vor. »Durch ihr Schweigen unterstützt die Fifa indirekt die Entscheidung der Taliban, den Frauen zu sagen, dass sie in die Küche gehören«, kritisiert Popal.

Viele Berichte, die aus Afghanistan nach außen dringen, zeigen, dass die Situation der Frauen und Mädchen im Land immer schwieriger wird. Anfängliche Bekundungen der Regierung und des Nationalen Olympischen Komitees, man wolle mit dem Bau getrennter Sportstätten wieder Mädchen- und Frauensport ermöglichen, haben sich als Lüge erwiesen. Das Sportverbot reiht sich ein in den Ausschluss von Schulen und Universitäten, das Verbot, Parks zu betreten, und ähnliche Restriktionen. Sportliche und selbstbewusste Frauen gelten wohl als Gefahr für die islamistische Herrschaft der Männer.

Für die Fußballerinnen war die Situation allerdings auch vor der Machtübernahme der Taliban nicht einfach. Die Anfänge des Frauenfußballs reichen nur bis ins Jahr 2005 zurück. Die erste Herrschaft der Taliban war vier Jahre zuvor überwunden worden, die damalige Frauenministerin Massouda Jalal hatte bei einer Deutschlandreise Frauenfußball kennengelernt und ihn anschließend gefördert. Doch die Widerstände waren groß. Die 2007 gegründete Nationalelf der Frauen durfte nur selten ins Ghazi-Stadion von Kabul. Meist trainierten und spielten sie auf einem Stützpunkt der Nato-Truppen.

2018, als aus dem Westen noch viel Geld in die Förderung des afghanischen Frauensports floss, kam ein Skandal an die Öffentlichkeit: Über einen längeren Zeitraum hatte es physische, psychische und sexualisierte Gewalt gegen Spielerinnen gegeben. Dem damaligen AFF-Präsidenten wurde Vergewaltigung vorgeworfen. Die Justiz überführte auch andere männliche Funktionäre und Angestellte des Verbandes als Täter. Die AFF reagierte, indem sie die Spielerinnen zum Stillschweigen verpflichtete. Khalida Popal war es, die den Skandal damals aus dem dänischen Exil öffentlich machte. Die Fifa musste handeln, der AFF-Präsident wurde gesperrt.

Die Diskriminierungen, die Erfahrung von Sexismus und Gewalt sowie die Flucht im August 2021 haben die afghanischen Fußballerinnen stärker zusammengebracht. »Der Kern unseres Teams ist weiterhin die Nationalmannschaft«, sagt Torhüterin Fatima Yousufi. Nur, dass die Spielerinnen nun in einer australischen Frauenliga kicken und sich mit Teams messen müssen, die Namen tragen wie Alphington Park Oval oder Kevin Bartlett Reserve. Früher ging es gegen andere Nationalteams, und gegen Pakistan, Katar und Kirgisistan gelangen sogar Siege. ◆

»Die Fifa ist immer zu spät.«
Gitti Ruhin, ehemalige Nationalspielerin

»Ich lebe in der ständigen Angst, dass die Polizei mich festnimmt und abschiebt«

Hunderttausende Afghan*innen sind in den vergangenen beiden Jahren ins Nachbarland Pakistan geflohen. Ein Gespräch mit dem pakistanischen Rechtsanwalt **Umar Ijaz Gilani** und dem afghanischen Journalisten **Mirwais Zazai** über Fluchtgründe und die Situation in Pakistan.

Umar Ijaz Gilani (36) arbeitet in Islamabad als Anwalt. Er ist auf Verfassungs- und Verwaltungsrecht spezialisiert und setzt sich für die Rechte Geflüchteter ein.
Zeichnung: André Gottschalk

Interview: Oliver Schulz

Seit der Machtergreifung der Taliban in Afghanistan vor zwei Jahren sind etwa 250.000 Menschen nach Pakistan geflohen. Was sind das für Menschen?

Umar Ijaz Gilani: Sie gehören ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen an. Besonders stark vertreten sind Menschenrechtsaktivist*innen und Personen, die auf einem ähnlichen Gebiet aktiv waren und sind. Auch sehr viele Menschen, die mit der alten Regierung in Kabul verbunden waren oder die mit den einstigen Geberländern für den afghanischen Wiederaufbau zusammengearbeitet haben, sind geflohen. Unter den Geflüchteten sind auch ehemalige Mitarbeiter*innen von Botschaften und sehr viele Journalist*innen.

Fliehen diese Menschen, weil sie in Gefahr sind und Angst haben müssen, von den Taliban festgenommen zu werden?

Ja. Sie sitzen in Afghanistan in der Falle, weil sie für die alte Regierung oder alte Institutionen gearbeitet haben, also für die Feinde der Taliban. Sie befinden sich auch deshalb in einer ausweglosen Situation, weil sie in Afghanistan ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können – Menschen, die im Bereich Menschenrechtsschutz, für internationale Organisationen oder als Medienschaffende gear-

beitet haben, finden unter den Taliban keine Arbeit mehr.

Wie ist Ihre Flucht nach Pakistan verlaufen?

Mirwais Zazai: Als die Taliban im August 2021 die Regierung übernahmen, geriet ich sofort in große Gefahr. Ich habe acht Jahre lang für große Medienunternehmen gearbeitet. Ich hatte eine Nachrichtensendung im Radio und habe viele Meldungen gebracht, die von den Taliban handelten und sich gegen sie richteten. Ich war eine bekannte Stimme und erhielt bereits vor der Machtübernahme viele Todesdrohungen. Daher hatte ich große Angst vor dem Tag, an dem die Taliban mich finden würden. Sie suchten mich und fragten meine Nachbarn nach mir. Die warnten mich und sagten, ich solle nicht nach Hause kommen. Ich verbrachte mehrere Tage und Nächte in meinem Büro und besuchte nur manchmal Verwandte, bis ich endlich ein Visum für Pakistan hatte.

Sind Sie offiziell nach Pakistan eingereist?

Nein. Es war unmöglich, auf offiziellem Wege ein Visum für Pakistan zu bekommen. Also kaufte ich es auf dem Schwarzmarkt zum exorbitanten Preis von 800 US-Dollar. Im Osten Afghanistans, im Ort Torkham, ging ich zu Fuß über die Landesgrenze. Ich hatte mein Aussehen komplett verändert: Mein Bart war lang, und ich hatte mir ein Tuch um den Kopf gewickelt, um mein Gesicht zu bedecken. An der Grenze waren sehr viele Menschen. In dem Getümmel ist mir die Flucht gelungen.

Ist Ihre Familie noch in Afghanistan?

Ja, wir haben ein Haus in Kabul. Meine Familie ist immer noch dort, doch ihre wirtschaftliche Situation ist sehr schlecht. Weil mein Vater unter der vorherigen Regierung Polizist war, muss er sich bis heute vor den Taliban verstecken.

Wo leben Sie jetzt?

Ich lebe jetzt in Islamabad, habe aber viele Probleme. Ich übersetze gelegentlich Medienberichte, verdiene damit leider sehr wenig. Meist esse ich nur Brot, weil ich mir nichts anderes leisten kann. Wie viele andere Geflüchtete in Pakistan leide ich unter Depressionen, habe aber nicht die finanziellen Möglichkeiten, zum Arzt zu gehen.

Wie ist Ihre rechtliche Lage?

Mein Visum ist abgelaufen. Ich kann mich deshalb nicht frei bewegen und lebe in der ständigen Angst, dass die Polizei mich festnimmt und abschiebt. Meist halte ich mich in der Nähe meiner Unterkunft auf. In die Stadt oder auf den Markt zu gehen, ist zu gefährlich.

Mirwais Zazai (27) hat als Journalist in Kabul für die Medienunternehmen Moby Group und Tolo News gearbeitet. Jetzt lebt er als Geflüchteter in Islamabad.
Zeichnung: André Gottschalk

Ist Mirwais Zazai ein Einzelfall?

Umar Ijaz Gilani: Nein. Alle afghanischen Flüchtlinge benötigen ein Visum, das von der Regierung in Islamabad ausgestellt wird. Weil diese Visa nur für kurze Zeit gelten, sind sie häufig bereits abgelaufen. Seit dem vergangenen Sommer wurden bereits Hunderte Geflüchtete abgeschoben. Bisher allerdings nur in der Provinz Sindh, in der sich die großen Städte Karatschi und Hyderabad befinden. Offensichtlich hat die Provinzregierung den Eindruck, mit den Flüchtlingen allein gelassen zu werden, und ist frustriert, dass internationale Unterstützung ausbleibt.

Pakistan hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet, ist also rechtlich nicht verpflichtet, Flüchtende zu schützen. Sie haben dennoch in Islamabad gegen die Abschiebungen protestiert.

Ja, denn ich halte diese Rückführungen für brutal und unmenschlich. Ich habe die Nationale Menschenrechtskommission aufgefordert, die staatlichen Behörden anzuweisen, die Abschiebungen zu stoppen. Das Parlament muss Gesetzesänderungen in Betracht ziehen, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern.

Haben Sie eine Antwort erhalten?

Die Menschenrechtskommission hat lediglich zurückgefragt, wie viele afghanische Flüchtlinge in Pakistan von Abschiebungen betroffen seien. Konkrete Änderungen oder auch nur Empfehlungen gab es bislang nicht.

Wie geht es jetzt für Sie weiter?

Mirwais Zazai: Ich möchte auf keinen Fall in meine Heimat zurückkehren, weil ich dort nicht sicher bin. Die Lage in Afghanistan verschlechtert sich von Tag zu Tag. Journalisten werden bedroht, die Meinungsfreiheit existiert nicht mehr, alle Menschenrechte werden von den Taliban verletzt. Ich habe große Angst, weil die Taliban keinerlei menschliche Werte respektieren. In Pakistan möchte ich aber auch nicht bleiben. Ich möchte in ein wirklich sicheres Land ziehen. ◆

Hätten wir doch ein Aufnahmeprogramm

Das Aufnahmeprogramm des Bundes für Afghan*innen kommt wegen Sicherheitsbedenken nicht richtig in Gang. Dabei ist es nötiger denn je. **Von Theresa Bergmann**

Zaman Sultani, Afghanistan-Experte von Amnesty International, war schon beunruhigt, als die Taliban noch weit von Kabul entfernt waren. Dennoch überraschte es auch ihn, dass die Hauptstadt so schnell an die Taliban fiel. Die Machtübernahme Mitte August 2021 versetzte unzählige Menschen in Angst; Bilder des Kabuler Flughafens voller Leute, die das Land verlassen wollten, gingen um die Welt. Sultani war mittendrin: »Ich war am Flughafen gestrandet. Tage und Nächte ohne Essen und Wasser, inmitten von Schusswechseln. Ich sah Menschen von den Tragflächen der Flugzeuge fallen.« Schließlich gelang es ihm, einen Flug nach Katar zu bekommen.

Im April 2021 hatte die NATO verkündet, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Die Sicherheitslage verschlechterte sich daraufhin schnell. Um besonders gefährdete Menschen zu evakuieren, blieb nach der Rückkehr der Taliban weniger Zeit als erwartet. Die Luftbrücke der Bundeswehr musste zwölf Tage nach der Machtübernahme abgebrochen werden. Deutschland evakuierte in diesem Zeitraum 5.400 Personen – deutsche und andere ausländische Staatsbürger*innen sowie schutzsuchende Afghan*innen. Zahllose gefährdete Menschen blieben jedoch zurück.

Auch für sie wollte die Bundesregierung Verantwortung übernehmen, das kündigte das Auswärtige Amt an, als die Luftbrücke endete. Im Koalitionsvertrag der im September 2021 gewählten Regierung hieß es schwarz auf weiß: Es würde auf Bundesebene ein humanitäres Aufnahmeprogramm für Afghanistan geben. Eine Zusicherung, die gefährdeten Afghan*innen Hoffnung machte und einer Forderung deutscher Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nachkam. Deutschland ist bis heute das einzige Land mit einem solchen Aufnahmeprogramm.

Die Bundesregierung sagte bisher die Aufnahme von mehr als 40.000 ehemaligen Ortskräften und gefährdeten Afghan*innen einschließlich ihrer Angehörigen zu, etwa 30.000 von ihnen kamen bereits nach Deutschland. Das geschah allerdings im Rahmen der Aufnahme von ehemaligen Ortskräften oder nach Paragraf 22 des Aufenthaltsgesetzes und nicht im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms, das es offiziell seit Oktober 2022 gibt. Denn dieses Programm, das monatlich rund 1.000 Afghan*innen aufnehmen soll, die aufgrund ihrer Tätigkeit, Religion, sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität als gefährdet gelten,

Afghan*innen beim Versuch der Ausreise aus Kabul, August 2021.
Foto: Xinhua / pa

stockte bis Ende Juni, obwohl sich die menschenrechtliche Lage in Afghanistan weiter dramatisch verschlechtert.

Neben Zustimmung gab es von Anfang an Kritik: Zugang zu diesem Programm haben ausschließlich Personen, die noch in Afghanistan sind, eine Antragstellung aus Drittstaaten wie Iran oder Pakistan ist nicht möglich. Dies setzt einen gefährlichen Anreiz, in Afghanistan zu bleiben. Die Regierung arbeitet eng mit NGOs zusammen, die besonders gefährdete Personen vorschlagen sollen. Die NGOs machen mit, haben jedoch mehrfach darauf hingewiesen, dass es die Pflicht des Staates sei, gefährdete Personen auszuwählen. Zwar ist mittlerweile eine zivilgesellschaftliche Koordinierungsstelle mit der Prüfung von Fällen beauftragt worden, doch noch immer landet ein Großteil der Hilferufe bei den NGOs. Wichtiger noch: Das »Vorschlagsrecht« der NGOs steht in der Kritik, weil gefährdete Afghan*innen auf eine NGO hoffen müssen und sich nicht selbst um eine Aufnahme bemühen können. Mehr als 70 deutsche NGOs arbeiten derzeit mit dem Aufnahmeprogramm zusammen.

Seit dem 30. März 2023 werden die Hilferufe lauter, denn das Auswärtige Amt erklärte überraschend, alle Visaverfahren für Afghan*innen würden ausgesetzt, da »eine Optimierung der Sicherheitsprozesse« vorgenommen werden müsse. Zuvor hatte die Zeitschrift Cicero über mutmaßlichen Visamissbrauch berichtet. In mehreren Artikeln, die auf ein vertrauliches Schreiben des deutschen Botschafters in Pakistan Bezug nahmen, schrieb das Monatsmagazin, dass »zahlreiche Islamisten und Sharia-Gelehrte« das Aufnahmeprogramm unterwandern würden. Das Schreiben des Botschafters erhob Vorwürfe gegen die Kabul Luftbrücke und andere NGOs, Personen für eine Aufnahme vorgeschlagen zu haben, die nicht gefährdet seien. Außerdem gebe es Hinweise, dass »Gefährdungsanzeigen gegen Geldzahlungen erstellt wurden«. NGOs würden »ihre eigene Agenda verfolgen«; die Öffentlichkeit erhalte falsche Informationen, schrieb Cicero. AfD-nahe Weblogs und seriöse Medien griffen dies auf. So fanden die »Sharia-Richter« ihren Weg in die Berichterstattung.

Das Märchen der »Sharia-Richter«

Eine Mitarbeiterin der Kabul Luftbrücke, die anonym bleiben möchte, sprach mit Amnesty über diese Vorwürfe. »Unsere Arbeit wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt durchgeführt«, sagt sie. Der Begriff »Sharia-Richter« sei irreführend, »Sharia-Recht« sei auch vor der Taliban-Herrschaft ein elementarer Bestandteil des afghanischen Rechtssystems gewesen und gehöre zwingend zur Ausbildung von Jurist*innen. Eine Zeit lang eine Madrassa oder eine ähnliche Einrichtung besucht zu haben, sei eine der Voraussetzungen, um in Afghanistan Anwält*in, Staatsanwält*in oder Richter*in zu werden.

Waren die Personen, die die Kabul Luftbrücke unterstützt hat, denn tatsächlich gefährdet? »Die Anzeichen einer Gefährdung für diese Personen waren unglaublich hoch«, sagt die Mitarbeiterin. Viele dieser Menschen oder ihre Angehörigen hätten Attacken erlebt. So sei das Haus der Familie eines Staatsanwalts von den Taliban angezündet worden, eine Staatsanwältin wurde mit einem Messer angegriffen und der Sohn eines Richters entführt und gefoltert. »Die Taliban nehmen solche Menschen ins Visier.«

Auch Amnesty hat Erkenntnisse über die Brutalität der Taliban gegen ihre »vermeintlichen Feinde« gesammelt. In einem Bericht von August 2022 spricht die Organisation von einer »Menschenrechtskrise von noch nie dagewesenem Ausmaß«. Vor allem ehemalige Beamt*innen, Journalist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Frauenrechtsaktivist*innen würden unter den Taliban entrechtet. Amnesty legt den Taliban unter anderem Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last.

> ***»Unsere Arbeit wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt durchgeführt.«***
> Kabul Luftbrücke

Den Prozess der Visavergabe zu überarbeiten, findet die Kabul Luftbrücke sogar nachvollziehbar. Tilly Sünkel, eine andere Mitarbeiterin der NGO, betont, man habe selbst eine Überarbeitung der Sicherheitsüberprüfung im Hinblick auf menschenrechtliche Standards gefordert. Nun aber befänden sich Afghan*innen oft in einer drastischen Lage, insbesondere wenn sie nach einer Zusage aus Deutschland »bereits nach Iran oder Pakistan gereist sind und jetzt nicht weiterreisen können«. Aktuell unterstützt die Kabul Luftbrücke 150 Personen, die sich in einer solchen Situation befinden.

Schaden richte auch das Gerücht an, NGOs hätten gegen Geld Gefährdungseinschätzungen vorgenommen. Der Ruf der NGOs sei beschädigt worden. Vor allem aber seien es »gefährdete Afghan*innen, die unter der Berichterstattung gelitten haben«, sagt Tilly Sünkel. Sie hätten keine Möglichkeit, ihre Situation richtigzustellen.

Wo von den Taliban verfolgte Jurist*innen auf der Suche nach Schutz zu »Sharia-Richtern« umgedeutet werden, da entsteht eine von Rassismus untermauerte Falschberichterstattung. Perfide ist dabei, dass nun NGOs beschuldigt werden, die stets darauf hingewiesen haben, der Staat selbst müsse »Gatekeeper« seines Aufnahmeprogramms sein. Bei Pannen und Verzögerungen des Programms dürfen auf keinen Fall die gefährdeten Afghan*innen die Leitragenden sein. Das Programm muss nun richtig anlaufen, damit sie endlich den Schutz bekommen, den die Bundesregierung versprochen hat. ◆

Düstere Diagnose

Die repressive Politik der Taliban verhindert eine angemessene Gesundheitsversorgung der Afghan*innen. Besonders gefährdet sind Frauen und Mädchen. **Von Vivien Mirzai**

Überfülltes Wartezimmer der Klinik in Qadis: Hunderte Afghan*innen starben im vergangenen Winter aufgrund von Lungenentzündungen und Unterernährung.
Foto: Kiana Hayeri / The New York Times / Redux / laif

Mit dem Abzug der internationalen Truppen und der Übernahme Afghanistans durch die Taliban steht der 15. August 2021 auch als Chiffre für den rapiden Verfall des Gesundheitssystems. Die Versorgung stünde »am Rande des Zusammenbruchs«, warnte in der Folge die Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Vor der Machtübernahme der Taliban deckten internationale Hilfsgelder 75 Prozent der öffentlichen Ausgaben ab. Dieses Geld fehlt nun im Gesundheitssektor. Das National Public Radio berichtete, dass die Vereinten Nationen im September 2021 zwar Nothilfe in Höhe von 45 Millionen Dollar an Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Land vergaben. In einem Bericht über die Gesundheitslage in Afghanistan aus dem vergangenen Jahr betont die NGO Ärzte ohne Grenzen (MSF) jedoch, dass Hilfsorganisationen nicht das gescheiterte Gesundheitssystem des Landes ersetzen können.

Aus dem MSF-Bericht geht auch hervor, dass viele Afghan*innen keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung haben. Der Befragung zufolge beklagen knapp 88 Prozent der Patient*innen die hohen Kosten für Behandlungen, Medikamente oder Anfahrt als ihr größtes Hindernis für den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Das sind 18 Prozent mehr als im Jahr 2021. Mehr als 45 Prozent berichten, dass sie zwar mindestens einmal im Jahr eine Gesundheitseinrichtung besuchten, aber mit der Behandlung nicht zufrieden waren. Zudem gaben knapp 63 Prozent der Befragten an, dass Ärzte Männer und Frauen nicht gleich behandelten.

Hohe Mütter-und Säuglingssterblichkeitsraten

Seit der Machtübernahme der Taliban dürfen sich Frauen und Mädchen nur noch eingeschränkt außer Haus bewegen. Möchten sie eine Gesundheitseinrichtung aufsuchen, muss ein männlicher Verwandter sie begleiten. Darüber hinaus untersagte die afghanische Regierung im Dezember 2022 Frauen, für Hilfsorganisationen zu arbeiten. Und im Bildungs- oder Gesundheitssektor dürfen sie mittlerweile nur noch eingeschränkt arbeiten. Ohne Ärztinnen und Pflegerinnen ist eine medizinische Versorgung von Mädchen und Frauen jedoch kaum möglich, da Berichten zufolge männliches Gesundheitspersonal Frauen und Mädchen gar nicht behandeln darf.

Afghanistan hat seit vielen Jahren eine der höchsten Mütter- und Säuglingssterblichkeitsraten der Welt. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen starben im Jahr 2020 von tausend Säuglingen 45, in Deutschland waren es drei. 638 von 100.000 afghanischen Frauen starben 2017 während der Schwangerschaft oder der Geburt. In Deutschland waren es damals sieben, heute sind es drei. Eine Studie konnte einen engen Zusammenhang zwischen Geschlechterungleichheit und Säuglingssterblichkeitsrate nachweisen. Laut dem Weltentwicklungsbericht 2022 liegt Afghanistan auf einem der untersten Plätze des Indexes der Geschlechterungleichheit, auf Platz 167.

Die Milliardeninvestitionen der USA und ihrer Verbündeten in das Gesundheitssystem Afghanistans verbesserten die medizinische Versorgung in den vergangenen Jahren deutlich. Doch die mühsam errungenen Fortschritte in der Gesundheitsversorgung von Müttern und Neugeborenen werden nach Ansicht von Ärzt*innen und internationalen Hilfsor-

ganisationen seit der Machtübernahme der Taliban durch Unterernährung, geflüchtetes Krankenhauspersonal und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Frauen zunichte gemacht.

Aus einem Bericht der Unabhängigen Afghanischen Menschenrechtskommission (AIHRC) aus dem Jahr 2018 geht hervor, dass damals rund 3.000 Afghan*innen jedes Jahr versuchten, sich selbst zu töten. Weltweit betrachtet begehen mehr Männer als Frauen Suizid. In Afghanistan jedoch werden schätzungsweise 80 Prozent der Suizidversuche von Frauen unternommen. Die Dunkelziffer ist hoch, denn in den religiös geprägten ländlichen Gebieten werden Suizidversuche verschwiegen – psychische Erkrankungen und deren Folgen sind stigmatisiert und gelten als unislamisch. Die Ursachen sind der AIHRC zufolge vielfältig und reichen von psychischen Problemen über häusliche Gewalt, Zwangsverheiratungen bis zu sozialem Druck. In einer in diesem Jahr von der US-amerikanischen National Library of Medicine veröffentlichten Studie über den psychischen Zustand von afghanischen Frauen heißt es, dass mehr als 79 Prozent der 664 Teilnehmerinnen Symptome einer Depression aufwiesen. Die Betroffenen zeichneten sich überwiegend durch folgende Merkmale aus: Sie waren mit höherer Wahrscheinlichkeit über 30 Jahre alt, lebten in ländlichen Gebieten, hatten ein niedriges Einkommen oder waren erwerbslos, waren erkrankt und hatten in den vorherigen Monaten traumatisierende Ereignisse erlebt.

Weltweit betrachtet begehen mehr Männer Suizid. In Afghanistan sind es vor allem Frauen.

Epidemie psychischer Störungen

Insgesamt seien psychische Störungen in Afghanistan alarmierend häufig, berichtet HealthNet TPO, eine der größten medizinischen NGOs des Landes. Die Verschlechterung der mentalen Gesundheit in Afghanistan ist auf viele Faktoren zurückzuführen. Konflikte, Armut und familiäre Verluste erschweren den Zugang vieler Betroffener zu qualifizierter Behandlung. Mangelnde Kenntnisse, minderwertige Ausbildung und mangelnde Ressourcen insbesondere in den ländlichen Gesundheitszentren erschweren es dem medizinischen Personal, psychische Störungen korrekt zu diagnostizieren und diese angemessen zu behandeln.

Psychische Störungen wiederum sind häufig eng mit Drogensucht verbunden. Laut dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung leben in Afghanistan schätzungsweise 3,5 Millionen Drogenkonsumierende. Das entspricht fast zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Seit der Machtübernahme durch die Taliban haben die meisten Drogenbehandlungs- und Rehabilitationszentren des Landes aufgrund unzureichender Ressourcen Schwierigkeiten, Drogenkonsumierende ausreichend zu versorgen. Der Mangel an Psychiater*innen führt außerdem dazu, dass falsche Diagnosen gestellt und falsche Medikamente verschrieben werden.

Zu der repressiven Gesundheitspolitik der Taliban und der desolaten medizinischen Infrastruktur des Landes kommen weitere Risikofaktoren: schlechter Ernährungszustand, geringe Impfquote sowie mangelnde Hygienestandards. ◆

Verzweifelt: Afghanische Bauern versuchen, einen Schwarm Heuschrecken auf einem Weizenfeld zu verscheuchen. Provinz Balkh, Juni 2023.
Foto: Wakil Kohsar / AFP / Getty Images

Land ohne Wirtschaft

Der internationale Zahlungsverkehr ist unterbunden, die Arbeitslosigkeit gestiegen, Investoren haben sich zurückgezogen, und Ernten sind vernichtet. In Afghanistan leiden Millionen Menschen an Hunger. **Von Annette Jensen**

Die Lage ist schlechter als je zuvor«, sagt Ahmad Shah Aminzai, Projektkoordinator der Organisation Save the Children in Afghanistan. Und der scheidende Chef des UN-Welternährungsprogramms David Beasley twitterte im März: »Millionen Menschen in Afghanistan stehen vor Hunger und Auszehrung.« Nach Angaben der UNO leben 97 Prozent der afghanischen Bevölkerung in Armut. Die Gründe für die dramatische Lage sind vielfältig.

Im August 2021 übernahmen die Taliban die Macht. Internationale Truppen, diplomatische Vertretungen und auch viele Nichtregierungsorganisationen verließen fluchtartig das Land. Afghanistan wurde weitgehend isoliert und vom internationalen Zahlungsverkehr abgeschnitten. Vermögen in Höhe von umgerechnet mehreren Milliarden Euro aus der Staatskasse wurden in den USA und der Schweiz eingefroren.

»Viele Leute haben ihr Gehalt verloren und kaum Geld, um sich genügend essen zu kaufen«, berichtet Stefan Recker von der Caritas, der seit 1995 in Afghanistan lebt. Zehntausende Menschen, die für ausländische Organisationen oder Truppen auf Militärbasen, in Büros oder als Übersetzer*innen gearbeitet hatten, verloren ihre Stellen. Gut ausgebildete Menschen verließen das Land. Auch das Einkommen vieler Frauen brach weg, seit ihnen verboten wurde, bei internationalen Organisationen zu arbeiten. Lehrerinnen verloren ihre Arbeit, weil Mädchen nur noch bis zur sechsten Klasse unterrichtet werden dürfen. »Die meisten Baustellen liegen brach, kaum jemand will hier noch investieren«, sagt Recker. Immer mehr Bettler bevölkern die Straßen. Und die Plätze, auf denen Handwerker und Tagelöhner auf Jobangebote warten, werden immer voller. »Viele Familien können sich nicht einmal mehr ausreichend Brot und Wasser leisten«, sagt Aminzai von Save the Children.

Auf humanitäre Hilfe angewiesen

Etwa 28 der 40 Millionen Einwohner*innen Afghanistans sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, um zu überleben. Auf dem Land, wo etwa 70 Prozent der Bevölkerung leben, ist die Situation noch schlechter als in den Städten. Binnengeflüchtete, die bereits seit Jahrzehnten in riesigen Lagern leben, sind vollständig von der Unterstützung durch Hilfsorganisationen abhängig.

»Einen Großteil unserer Arbeit können wir ohne Frauen nicht leisten«, berichtet Aminzai. Aus kulturellen Gründen ist es ausgeschlossen, dass ein fremder Mann irgendwo an die Tür klopft und die Bewohnerinnen fragt, welche Unterstützung sie benötigen. »Wir beziehen sehr deutlich Stellung gegenüber den Taliban und machen ihnen klar, dass wir das Arbeitsverbot der Frauen nicht akzeptieren«, sagt der Geschäftsführer der NGO, Florian Westphal, der Ende 2022 zuletzt in Afghanistan war. Es sei durchaus möglich, mit den Machthabern zu diskutieren. Dank jahrzehntelanger Kontakte zu Autoritäten auf Lokal- und Provinzebene habe Save the Children viele Projekte wieder aufnehmen und dabei auch Kolleginnen einsetzen können. Schließlich litten auch die Familien vieler Taliban unter der Lebensmittelkrise, und die Versorgung der Bevölkerung sei vielen ihrer Anhänger nicht egal. Aber natürlich ist die Situation »wackelig«, räumt Westphal ein. 4.500 Menschen arbeiten für Save the Children in Afghanistan. Bisher musste die Organisation niemanden entlassen.

> ***»Viele Familien können sich nicht einmal Brot und Wasser leisten.«***
> Ahmad Shah Aminzai

Bereits seit Jahrzehnten ist Afghanistan auf Lebensmittelimporte angewiesen. In den 20 Jahren vor dem überstürzten Truppenabzug hingen 70 Prozent der Staatsausgaben und 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vom Ausland ab, erklärt Recker von der Caritas. Die Bevölkerung wächst rasant. In den 1960er Jahren lebten in Afghanistan neun Millionen Menschen, heute sind es etwa 40 Millionen. Die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 15 Jahre. Zwar sind in manchen Regionen im Norden drei Ernten im Jahr möglich, doch sind weite Teile des Landes eine Hochgebirgswüste, und Landwirtschaft ist überwiegend auf die Täler beschränkt. Angebaut wird vor allem Weizen für Brot, das Hauptnahrungsmittel. Produziert werden aber auch Reis, Mais, Melonen, Gemüse und Ölsaaten. Granatäpfel und Zwiebeln werden zum Teil nach Indien, Pakistan, in den Iran und weitere Länder exportiert. Eine andere Einnahmequelle war und ist der Opiumhandel, der nach Angaben des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung seit 2022 wieder zugenommen hat. Der Heroin-Rohstoff aus Afghanistan dominiert den illegalen Weltmarkt.

Viele afghanische Familien besitzen nur wenig Land. Aufgrund des Erbrechts werden die Flächen unter den Söhnen geteilt, sodass die Erntemengen immer seltener zum Überleben ausreichen. Hinzu kommen die Konflikte zwischen verschiedenen Ethnien, die sich immer wieder gegenseitig vertreiben. Gegenwärtig haben die Paschtunen die Oberhand, aus denen sich die Taliban rekrutieren und zu denen auch nomadische Stämme zählen. Sie waren vor 20 Jahren von den Hazara aus dem zentralen Hochland vertrieben worden – seit Sommer 2021 läuft es verstärkt umgekehrt.

Dürre und Fluten

All diese Probleme werden durch die Klimakrise noch verschärft. So hat Afghanistan in den vergangenen drei Jahren die schlimmste Dürre seit Jahrzehnten durchlitten. Wasserquellen versiegten, die Preise für Vieh schnellten in die Höhe. Im August 2022 fielen dann die Monsun-Regenfälle im Osten des Landes wesentlich heftiger aus als üblich und vernichteten die Ernte auf vielen Feldern. Im März 2023 kam ein schweres Erdbeben in der gesamten Region hinzu.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer sind die aktuellen meteorologischen Daten. Die Schneeschmelze hat die Flüsse gefüllt, und endlich gab es auch ausreichend Regen im Frühjahr. Doch ausgerechnet das sind zugleich beste Voraussetzungen für die nächste Katastrophe: In acht nördlichen Provinzen und damit in der Kornkammer Afghanistans breitet sich die marokkanische Heuschrecke aus. Dürre, Überweidung und die passende Niederschlagsmenge im März und April sind ideale Voraussetzungen für die zwei bis vier Zentimeter langen Insekten. Die gefräßigen Tiere zählen zu den wirtschaftlich bedrohlichsten Schädlingen weltweit. Bei einer Plage vor 20 Jahren wurden acht Prozent der Weizenernte in Afghanistan, vor 40 Jahren sogar 25 Prozent vernichtet, meldet die Welternährungsorganisation FAO. Sie finanziert derzeit Programme, damit die Landbevölkerung die Tiere in einem frühen Entwicklungsstadium tötet.

Im vergangenen Jahr appellierte die UNO an die Weltgemeinschaft, 4,4 Milliarden Euro zur Bekämpfung der humanitären Katastrophe in Afghanistan zur Verfügung zu stellen – doch nur ein Bruchteil dessen kam zusammen. In diesem Jahr sieht es nicht besser aus. Was völlig fehlt, ist eine Perspektive, sagt Recker. »Nothilfe kann ja keine Wirtschaft ersetzen.« ◆

Iran: Millionen Schülerinnen droht die Vergiftung

Fortlaufende gezielte Gasangriffe auf Mädchenschulen im Iran bringen die Rechte auf Bildung, Gesundheit und Leben von Millionen Schülerinnen in Gefahr. Seit November 2022 wurden Tausende Schülerinnen mit Vergiftungen ins Krankenhaus gebracht.

Die Behörden führten keine angemessenen Untersuchungen durch, um den Angriffen ein Ende zu setzen, und taten die Symptome der Mädchen als „Stress“, „Aufregung“ und/oder „schädlicher psychischer Einfluss“ ab.

Bei den Giftangriffen scheint es sich um eine gezielte Kampagne zu handeln, um Schülerinnen für ihre friedliche Beteiligung an den landesweiten Protesten zu bestrafen, die Mitte September 2022 ausgebrochen waren. Dabei hatten die Schülerinnen unter anderem ihr obligatorisches Kopftuch abgelegt und ihr Haar öffentlich gezeigt, während sie Schuluniform trugen.

Iranische Schülerinnen, Sept. 2022, © privat

PROTECT THE PROTEST

Amnesty fordert:

- unverzüglich eine unabhängige, sorgfältige und zielführende Untersuchung der Vergiftung von Schülerinnen durchzuführen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.
- die Angriffe von einer unabhängigen internationalen Delegation, mit mehreren UN-Sonderberichterstatter*innen, untersuchen zu lassen.
- Mädchen einen gleichberechtigten und sicheren Zugang zu Bildung zu gewährleisten und sie vor jeder Form von Gewalt zu schützen.

Setz dich mit uns gemeinsam für Schülerinnen im Iran ein.

amnesty.de

AMNESTY INTERNATIONAL

Holt wichtige Fragen und Probleme auf die Bühne: Maria Anton, Chișinău im Frühjahr 2023.

Starke Frauen, starke Gesellschaft

In der Republik Moldau sind Frauen und LGBTI+ Gewalt ausgesetzt. Doch wird über dieses Problem nur wenig gesprochen. Drei Aktivistinnen sind dabei, das zu ändern. **Aus Chișinău Tigran Petrosyan (Text und Fotos)**

Sie steht stellvertretend für unzählige schweigende Mädchen und Frauen auf der Bühne: für Minderjährige, die zum ersten Mal ihre Menstruation bekommen und sich schämen; für Frauen, die geschlagen und vergewaltigt werden und die Schuld bei sich suchen; für Mädchen und Frauen, die unter autoritärer Erziehung und patriarchalen Beziehungen leiden.

Maria Anton ist Schauspielerin. »Mama« heißt das Theaterstück, in dem sie die Hauptrolle spielt. Sie erzählt das Trauma eines Mädchens, das seine Mutter verlor und immer wieder den Dialog mit ihr suchte. Es ist eine Geschichte über Beziehungen und Konflikte zwischen den Generationen und über Frauen, die auf der Suche nach dem Glück sind. Seit 2022 schmücken die Plakate mit dem Gesicht von Maria Anton das Gebäude des Theaters Luceafărul (Der Abendstern) in Chișinău, der Hauptstadt der Republik Moldau.

Zwischen Theater und Alltag ist Maria Anton auf der Suche nach Antworten: Wie kann man die Vergangenheit loslassen und anfangen, in der Gegenwart zu leben? Und wie können Frauen ihre Ängste überwinden, mit Frustration besser umgehen und Vorurteile ignorieren? Vor allem Frauen sehen »Mama« gern. »Es ist eine Einladung zur Selbstreflexion«, sagt die 27-jährige Schauspielerin und geht den langen Korridor des Theaters entlang, bis sie eine Tür erreicht, die in den Keller führt. Sie bleibt kurz stehen und sagt: »Aber die Frauen kommen mit ihrem Ehemann, den Söhnen oder dem Vater. Vielleicht wollen sie ihren Begleitern mit dieser Aufführung etwas andeuten?«

»Es ist eine Einladung zur Selbstreflexion.«
Maria Anton, Schauspielerin

Es gehe nicht nur um körperliche und sexuelle Gewalt. »Psychische Gewalt ist die häufigste Form der Misshandlung in vielen Familien«, sagt sie und geht eine Treppe hinunter. Von fern ist eine Frauenstimme zu hören, die ihr zuruft, wohin sie kommen soll. »Schau mal Liebling, das kleine Loch habe ich verschwinden lassen«, sagt die Schneiderin. In der Hand hält sie ein schwarzes Kleid, Antons Bühnenkostüm. Ein Lächeln erscheint auf ihrem Gesicht. Sie geht aus dem Keller in den Innenhof, in der Sonne glänzen ihre langen roten Locken.

Spät am Abend beginnen die Proben. Das gesamte Jahr über wird sie die Grausamkeiten und Misshandlungen, die täglich geschehen, auf die Bühne tragen. »Dass das Publikum applaudiert und weint, ist für mich ein gutes Zeichen dafür, dass sich in unserer Gesellschaft etwas zu verändern beginnt.«

Nur elf Frauenhäuser im Land

In dem Land mit seinen 2,6 Millionen Einwohner*innen steigt die Zahl häuslicher Gewalttaten jedes Jahr. Nach Angaben des Innenministeriums wurden 2012 rund 6.500 Fälle gemeldet, im Jahr 2020 waren es doppelt so viele. Jährlich werden etwa 34 Frauen von ihren Partnern getötet. 73 Prozent der Frauen haben mindestens einmal psychische oder physische Gewalt in der Partnerschaft erlebt, wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) angibt.

Veronica Cernat erschrecken diese Zahlen nicht. Im Gegenteil: »Heute trauen sich immer mehr misshandelte Frauen, die Hotline anzurufen. Sie sind besser über ihre Rechte informiert als je zuvor und wissen, welche Strafen den Täter erwarten.« Cernat leitet das Casa Mărioarei in Chișinău, eines von elf Frauenhäusern im Land. Der zweigeschossige Betonbau hat vergitterte Fenster und einen eingezäunten Garten. In der Sowjetzeit war das Gebäude ein Kindergarten. Zu Beginn der Unabhängigkeit in den frühen 1990er Jahren war es ein Treffpunkt für Obdachlose und Drogenabhängige, erzählt Cernat, bis Antonina Lucinschi, die Ehefrau des zweiten Präsidenten der Republik Moldau, Petru Lucinschi, daraus ein Frauenhaus machte. Ihr Porträt hängt deshalb gleich am Empfang. Darunter sitzt eine resolute Pförtnerin, die mit ernstem Blick den Eingang bewacht und ihren Platz nicht einmal für einen Buchweizenbrei zum Mittagessen verlässt. Jederzeit ist sie bereit, den Alarmknopf zu drücken.

Casa Mărioarei heißt übersetzt Haus der Maria. »Das hat nichts mit der Gottesmutter zu tun. Maria ist ein häufiger Frauenname in Moldau«, sagt Cernat. Sie ist 39, hat Kommunikationswissenschaften studiert und fast 20 Jahre lang Erfahrung in Frauenorganisationen gesammelt. Auch wenn sie über ernste Vorgänge spricht, lächelt sie, »weil dieses Haus ein Ort des Neuanfangs ist«.

22 Frauen mit ihren Kindern leben in zehn Zimmern, die mit Hochbetten, Tischen und Kleiderschränken aus Spanplatten möbliert sind. Das ganze Haus ist sauber und ordentlich. Auf der Treppe grüßen fröhlich zwei Kinder. Noch ist es ruhig im Gebäude, doch bald wird es lebendiger werden, wenn die Kinder aus

der Schule zurückkommen. Pro Jahr nennen bis zu 100 Frauen und Kinder das Haus der Maria zumindest zeitweise ihr Zuhause, rund 700 Betroffene von häuslicher Gewalt befinden sich pro Jahr in der Tagesbetreuung. Sie erhalten psychologische, rechtliche und soziale Hilfe, übernachten dort aber nicht.

Cernat ist stolz auf den Aufenthaltsraum. Als sie ihn betritt, geht sie sofort zum Fenster und zieht die grauen, blickdichten Vorhänge mit einem Ruck zur Seite, Licht und Hoffnung erfüllen das Zimmer. Ein großes Wandbild wird sichtbar: zwei Kinder schaukeln, ein Mädchen fährt Fahrrad, ein anderes fängt einen Schmetterling, ein Junge lässt einen Drachen steigen.

Auf dem Weg zu ihrem Büro im ersten Stock spricht Cernat klare Worte: »Es sind hauptsächlich Männer, die das Leben von Frauen und Kindern bedrohen. Doch heute lassen wir den Schlägern nicht mehr die Chance, die 45 zu umgehen«. 45 ist eine Abkürzung für das Gesetz Nr. 45 zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen. Das Parlament hat es im Jahr 2007 verabschiedet. »Es war schön formuliert, aber es hat anfangs nicht funktioniert«, sagt sie.

Auch Cernat hat sich dafür eingesetzt, dass dieses Gesetz in den vergangenen Jahren eine immer stärkere Wirkung entfalten konnte. 27 Nichtregierungsorganisationen, darunter auch Casa Mărioarei, schlossen sich zum Netzwerk Leben ohne Gewalt zusammen und sorgten dafür, dass das Gesetz Nr. 45 von Jahr zu Jahr ergänzt und verschärft wurde.

Während ein Kind früher im juristischen Sinn nur Zeuge von häuslicher Gewalt sein konnte, kann es jetzt auch als Opfer anerkannt werden. Während früher als Täter von häuslicher Gewalt nur der Ehemann angesehen wurde, umfasst der Tatbestand heute auch Gewalt durch den Ex-Ehemann, einen Liebhaber, einen Bruder, Eltern oder Kinder. Und im Jahr 2021 hat das Parlament endlich auch die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ratifiziert.

Auf ihrem Computer öffnet Cernat einen interaktiven Stadtplan und eine detaillierte Funktionsbeschreibung einer elektronischen Fußfessel. Auf richterliche Anordnung wird am Fußgelenk eines Täters ein kleiner rechteckiger Kasten befestigt und per GPS überwacht. Die Betroffene von Gewalt erhält ein weiteres Gerät, das piept, wenn sich der Täter nähert, und wird außerdem per SMS auf dem Handy benachrichtigt. Dasselbe Signal geht auch an die Polizei. Als Veronica Cernat diese Schutzmaßnahmen erläutert, lächelt sie und sagt bestimmt: »Mehr Kontrolle bedeutet mehr Sicherheit.«

Macht die Polizei da auch mit? »Es wird immer einen menschlichen Faktor geben. Vor allem in Dörfern, wo sich alle kennen«, meint Cernat. Es gebe Regionen im Süden, wo man von Frauenrechten nur träumen könne, wie in der selbstverwalteten Region Gagausien und in der selbsternannten Republik Transnistrien, die sich von Moldau abgespalten hat und in der Russland als Schutzmacht gilt. »Wenn der Täter dort zum Beispiel für den Bürgermeister arbeitet oder ein Cousin des Polizisten ist, dann bekommt die Frau noch mehr Ärger, wenn sie sich an die Polizei wendet, denn der Polizist wird sich zuerst bei ihrem Mann melden«, sagt sie.

Cernat, verheiratet und Mutter zweier Söhne, kennt Gewalt weder aus ihrer eigenen Familie noch von ihren Eltern. »In meinem Elternhaus wurden Mädchen immer unterstützt und gefördert.«

Auch für LGBTI+ ist häusliche Gewalt ein großes Problem. »Meistens handelt es sich um Gewalt der Eltern gegen ihre Kinder. Wenn sie Teenager sind, können sie

»Mehr Kontrolle bedeutet mehr Sicherheit.«
Veronica Cernat, Leiterin eines Frauenhauses

Bietet einen Ort des Neuanfangs an: Veronica Cernat, Chișinău im Frühjahr 2023.

Im ganzen Land als Aktivistin bekannt: Angelica Frolov, Chișinău im Frühjahr 2023.

vor Gericht gehen, und wir unterstützen sie dabei. Aber diese Fälle kommen in der Regel nicht vor Gericht, weil die Kinder nicht gegen ihre Eltern vorgehen wollen«, sagt Angelica Frolov von Gender Doc-M, der einzigen LGBTI-Menschenrechtsorganisation in Moldau.

Die 48-jährige Aktivistin wuchs in Moldau auf, als das Land noch zur Einflusssphäre der Sowjetunion gehörte. Sie heiratete, brachte einen Sohn auf die Welt. Warum die Beziehung zu ihrem Mann nicht funktionierte, verstand sie anfangs nicht. Im Alter von 30 Jahren begann sie, als lesbische Frau zu leben – zuerst heimlich und im Streit mit ihrem Mann, ihrer Mutter und ihren Schwiegereltern. Die Sozialpsychologin hielt die Konflikte aus, outete sich und beschloss, auch andere LGBTI-Personen zu unterstützen.

Wo die Regenbogenfahne weht

Vor fast 17 Jahren betrat sie zum ersten Mal das Haus von Gender Doc-M. Heute leitet sie dort Projekte für Lobbyarbeit und für Rechtshilfe. Auf dem dreistöckigen Haus mit seinen riesigen Metalltoren, das weit vom Zentrum Chișinăus entfernt liegt, weht die Regenbogenfahne. Jährlich melden sich hier rund 3.000 Menschen, um Rechtsberatung zu bekommen, mit einer Psychologin zu sprechen, feministische Literatur zu lesen, sich auf Geschlechtskrankheiten testen zu lassen oder um das HIV-Medikament Prep zu erhalten.

Mit ihrem blonden Kurzhaarschnitt und der schwarzen runden Brille ist Angelica Frolov im ganzen Land bekannt. Sie hat sich viele Mächtige in Politik und Wirtschaft zu Feinden gemacht. Ein Unternehmen entließ einen Mitarbeiter, als seine sexuelle Orientierung bekannt wurde. Abgeordnete hetzten gegen LGBTI. Der Bürgermeister von Chișinău wollte eine Pride-Parade verbieten. Der Metropolit, das Oberhaupt der orthodoxen Kirche, erklärte öffentlich, Schwule sollten nicht in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und im Bildungswesen arbeiten. Frolov spricht von »Wölfen im Schafspelz«: Vordergründig setzten sie sich für traditionelle Familienwerte ein, doch in der Realität seien sie politisch meist mit dem Kreml verbunden und machten prorussische Politik.

Trotz des Einsatzes von Frolov und Gender Doc-M verstummt die schwulen- und lesbenfeindliche Propaganda nicht. »Viele Menschen in Moldau wollen keine LGBTI als Nachbarn haben«, sagt Frolov. Aber ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) aus dem Januar 2023 zur Diskriminierung von lesbischen und schwulen Paaren in Russland gibt Gender Doc-M Aufwind. Die Organisation interpretiert das Urteil so, dass der EGMR alle Mitgliedstaaten des Europarats und damit auch die Republik Moldau aufgefordert habe, gleichgeschlechtliche Paare rechtlich anzuerkennen. Im Anschluss beantragte Frolov mit ihrer non-binären Lebenspartner*in die Ehe. Und als das Standesamt die Eheschließung verweigerte, reichte Frolov Klage ein.

Mit einem Gerichtsverfahren will sie Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess im Parlament nehmen. Wenn das Gericht negativ entscheidet, wird sich Gender Doc-M an den EGMR wenden. »Der moldauische Staat wird bei einer Verurteilung jedem homosexuellen Paar, das einen Antrag gestellt hat und abgelehnt wird, eine Entschädigung zahlen müssen«, sagt sie, während sie ein Magazin in den Zeitungsständer im Flur von Gender Doc-M steckt. Das Magazin hat die Schlagzeile »woman of power«.

Starke Frauen – das sind Angelica Frolov, Veronica Cernat und Maria Anton. In ihrem Alltag treffen sie selten aufeinander, obwohl sie für das dasselbe Ziel kämpfen: gleiche Rechte und ein Leben ohne Gewalt. Und sie alle erzählen stolz von den vielen Briefen, die sie erhalten, und in denen es oft heißt: »Dank Ihnen fange ich nun ein neues Leben an.« ◆

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: **www.amnesty.de/app**

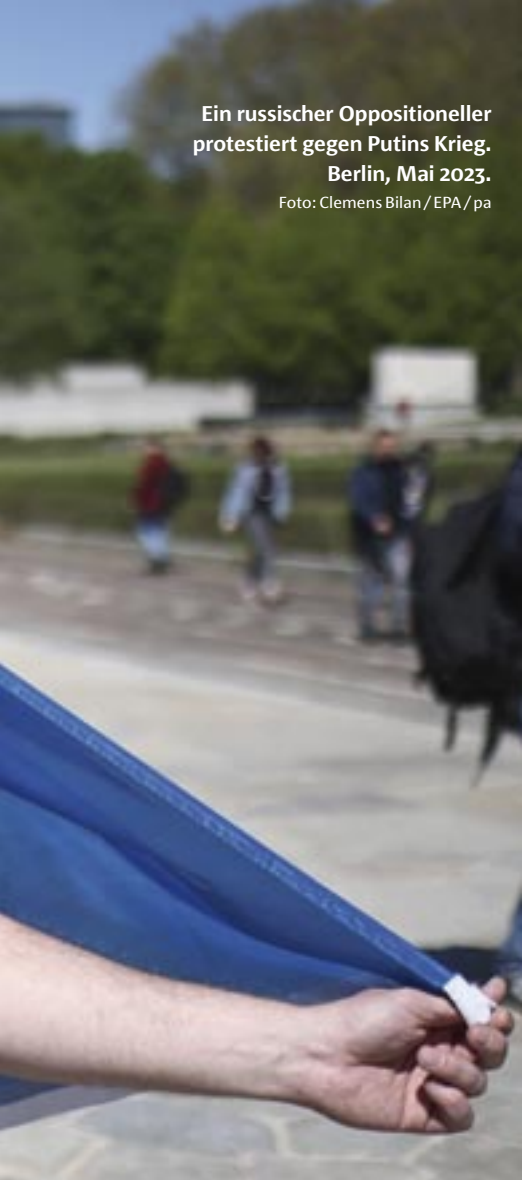
Regelt das endlich!

Viele russische Geflüchtete haben in Deutschland Probleme mit ihrer Aufenthaltserlaubnis. Wo sich Bund und Länder schwer tun, hilft die engagierte Zivilgesellschaft. Aber das reicht nicht. **Ein Appell von Peter Franck**

Wieder einmal haben sich die Worte des russischen Menschenrechtlers und Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow bestätigt: »Ein Land, das nicht die Rechte seiner eigenen Menschen respektiert, wird die Rechte seiner Nachbarn nicht respektieren«, hatte er einst formuliert. Der sich verschärfende Krieg der russischen Regierung gegen die eigene Zivilgesellschaft, den russische Menschenrechtler*innen spätestens seit Beginn der dritten Amtszeit Präsident Putins 2012 beobachten, wird von militärischer Aggression nach außen begleitet.

Bereits vor Beginn des Überfalls auf die Ukraine war mit Memorial eine der renommiertesten zivilgesellschaftlichen Organisationen Russlands aufgelöst worden, die 2022 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Im Zuge des staatlichen Vorgehens gegen »ausländische Agenten« und »unerwünschte ausländische Organisationen« und damit einhergehender strafrechtlicher Verfolgungen hatten sich bereits damals viele Aktivist*innen entschlossen, ihr Land zu verlassen.

Mit dem Überfall auf die Ukraine spitzte sich die Verfolgungssituation weiter zu und löste noch mehr Emigration aus. Rasch waren weitere Gesetze erlassen worden, die etwa wegen »Diskreditierung der Armee« oder »Verbreitung von Falschnachrichten« inzwischen zu langjährigen Haftstrafen geführt haben. Immer mehr Menschen, die bislang noch ausgeharrt hatten, wollten angesichts der



Ein russischer Oppositioneller protestiert gegen Putins Krieg. Berlin, Mai 2023.
Foto: Clemens Bilan / EPA / pa

zunehmend eingeschränkten Reisemöglichkeiten nun ebenfalls ihr Land verlassen. Wer über ein Schengen-Visum mit der Berechtigung für einen 90-tägigen Aufenthalt verfügte, kam direkt in die EU. Andere reisten zunächst nach Kasachstan, Kirgisistan, Armenien oder Georgien, um sich dort um die erforderlichen Einreisedokumente zu bemühen.

Manche machten sich mit Schengen-Visa auch auf den Weg nach Deutschland, weil es Signale der Solidarität gab. So sagte Bundesjustizminister Marco Buschmann im April 2022: »Wer Putins Weg hasst und die liberale Demokratie liebt, ist uns in Deutschland herzlich willkommen.« Man werde den Flüchtlingen aus Russland langwierige Asylverfahren ersparen und wolle, dass sie möglichst schnell eine Arbeitserlaubnis erhielten. Solche Worte zeigten Wirkung, und Russ*innen verstanden sie als Signal.

Bereits im April 2022 wandten sich Gedenkstätten, Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen in einem gemeinsamen Schreiben an die Bundesregierung und baten darum, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, damit aus Russland Angekommene einen humanitären Aufenthaltsstatus erhalten. Denn nur der versetzt sie in die Lage, hier einigermaßen gesichert zu leben und erwerbstätig zu sein. In ihrer Antwort ein rundes Vierteljahr später verwies die Bundesregierung darauf, dass sich das Bundesinnenministerium und das Auswärtige Amt bereits Ende Mai 2022 verständigt hätten, die Einreise mit humanitären Visa zu erleichtern, die zu humanitären Aufenthaltstiteln führen könnten. Wer bereits vorher ohne ein solches Visum eingereist sei, könne einen Asylantrag stellen.

International handlungsfähig bleiben

Die Gedenkstätten, NGOs und Stiftungen hatten in ihrem Schreiben jedoch bereits dargelegt, dass das Asylverfahren für viele Betroffene keine sachgerechte Lösung ist. Die Abgabe der Pässe im Asylverfahren führt dazu, dass sie ihre Arbeit in Deutschland nicht fortsetzen können, weil sie damit von unmittelbaren Kontakten auf internationaler Ebene ausgeschlossen sind. Und das just in einer Zeit, in der es darauf ankommt, in 30 Jahren aufgebaute Strukturen aufrechtzuerhalten – nicht zuletzt für die Zeit »nach Putin«.

Das betont auch Sergej Lukaschewski, der Leiter des Sacharow-Zentrums in Moskau: »Nach dem Beginn des Krieges war die russische Zivilgesellschaft auf viele Länder verteilt. Das Team des Sacharow-Zentrums und unsere Partner befanden sich in Georgien, Armenien, Frankreich, Israel, Montenegro, Kirgisistan und anderen Ländern. Finanzielle Unterstützer befinden sich nicht nur in der EU, sondern auch in den USA und Großbritannien. Wichtige Veranstaltungen, Treffen und Konferenzen finden in zahlreichen Städten innerhalb und außerhalb der EU statt. Deshalb ist es sehr wichtig, frei reisen zu können, um die Arbeit und die Partnerschaften fortzusetzen.«

Mehr als ein Jahr nach Beginn des Angriffskrieges sehen sich Bund und Länder immer noch nicht in der Lage, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass jene, die Russland vor Juni 2022 verlassen haben, aufenthaltsrechtlich genauso behandelt werden wie jene, die ab Juni mit humanitären Visa einreisen konnten. Dies könnte über Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern nach Paragraf 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes erreicht werden. So sehr die pragmatische Haltung Deutschlands bezüglich humanitärer Visa geschätzt wird, so enttäuscht sind die Betroffenen über die unnachgiebige Haltung in diesem Punkt, die den politischen Bekundungen nach Beginn des Angriffskrieges widerspricht.

> *»Es ist wichtig, frei reisen zu können, um die Arbeit fortzusetzen.«*
> Sacharow-Zentrum

Zivilgesellschaftliches Engagement konnte die Situation ein wenig verbessern. Denn die entsprechenden Organisationen haben erkannt, wie wichtig es ist, die jahrzehntelange Zusammenarbeit fortzusetzen – gerade unter den neuen Bedingungen, die russische Menschenrechtsverteidiger*innen existenziell gefährden. Es ist vor allem Gedenkstätten, Journalist*innen-Organisationen und den sie finanzierenden Institutionen zu verdanken, dass der »Tourist*innenstatus« in vielen Fällen in einen Aufenthaltsstatus geändert werden konnte, der auf Stipendien beruht. So erweiterte die Bundesstiftung Aufarbeitung ihr Stipendienprogramm »Memory Work« und sicherte damit die Förderung von 35 Memorial-Mitarbeiter*innen als Stipendiat*innen in Deutschland. Auch die Behörde der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien legte Förderprogramme auf.

Doch laufen viele dieser Stipendien bald aus, und es ist nicht absehbar, ob neue Mittel zur Verfügung stehen. Einigen sich Bund und Länder nicht auf eine Aufnahmevereinbarung, bleibt den Betroffenen nur noch der Weg ins Asylverfahren. Menschen, die praktisch alles hinter sich gelassen haben und im Exil seit mehr als einem Jahr völlig neuen Lebensbedingungen ausgesetzt sind, würden damit in ein Verfahren gedrängt, das ihre Arbeit zusätzlich erschwert.

Dabei braucht das, was von den Ansätzen einer Zivilgesellschaft in Russland noch übrig ist, alle Kraft und Unterstützung, um eine Aufgabe zu bewältigen, die der russische Soziologe Greg Yudin so beschreibt: »Es wäre gut, wenn alle, die jetzt außerhalb Russlands sind, darüber nachdenken würden, wie sie denen helfen können, die in Russland sind. Und wenn jeder in Russland darüber nachdenken würde, wie er denen helfen kann, die weit weg leiden. Wir werden es überstehen, aber wir können es nur gemeinsam überstehen.« Die deutsche Politik und Gesellschaft sollte dazu beitragen, was irgend möglich ist. ◆

»Ich werde weitermachen«

Semyon Gluzman wurde in der Sowjetunion wegen öffentlicher Kritik am Missbrauch der Psychiatrie für zehn Jahre inhaftiert. Heute ist er einer der bekanntesten Psychiater der Ukraine und streitet für eine menschenwürdige Versorgung. Seit Beginn des Krieges ist diese umso wichtiger geworden. Ein Gespräch über die psychischen Folgen des russischen Angriffskrieges, den Gulag und missglückte Reformen.

Interview: Gisela Krauss und René Papenfuß
Fotos: Johanna-Maria Fritz

Psychiatriereformer und ehemaliger politischer Gefangener: Semyon Gluzman im Garten des Mental Health Hospital No. 2 in Kiew.

Wie wirkt sich der russische Einmarsch auf die Versorgung psychisch erkrankter Menschen in der Ukraine aus?

Es gibt sehr viele Opfer dieses Krieges. Neben den getöteten und verwundeten Soldaten und Zivilpersonen gibt es auch viele traumatisierte Menschen. Allerdings wenden sich die Ukrainer*innen nur sehr selten an Psychiater*innen oder Psycholog*innen. In unserer postsowjetischen Kultur gibt es immer noch die weitverbreitete Haltung, sich einem Fremden gegenüber nicht zu öffnen.

Sie waren in der Sowjetunion inhaftiert, weil Sie den Missbrauch der Psychiatrie angeprangert hatten. Wie sah dieser Missbrauch aus?

Psychiater*innen haben psychisch gesunden Menschen psychiatrische Diagnosen ausgestellt. Am Serbski-Institut in Moskau gab es sogar eine spezielle politische Abteilung, Nummer 4, die direkt dem KGB diente. Bei Bedarf konnten sie dort sogar bei einem Frosch oder Hasen Schizophrenie diagnostizieren. Das Schicksal des bekannten Dissidenten Wladimir Bukowski war in dieser Hinsicht bezeichnend. Als er zum vierten Mal verhaftet wurde, teilte ihm der Leiter der politischen Abteilung des Serbski-Instituts, Professor Lunts, unverblümt mit: »Wir haben genug von Ihnen. Sie wollen offenbar immer noch keine Ruhe geben. Wir werden uns nie wieder sehen, denn Sie werden bis an Ihr Lebensende Insasse eines psychiatrischen Gefängniskrankenhauses bleiben. Sie haben einen schweren Verlauf von Schizophrenie.« Damals war der sowjetische Staatschef Breschnew zu einem offiziellen Besuch in Frankreich. Der französische Präsident bat Breschnew, die Strafe für Bukowski zu ändern. Daraufhin wurden der Direktor des Serbski-Instituts und die Leitung des KGB angewiesen, Bukowski als geistig gesund anzuerkennen. Professor Lunts traf sich erneut mit Bukowski und sagte ihm: »In dieser kurzen Zeit haben Sie sich erholt, Sie haben keine Geisteskrankheit mehr.« Bukowski wurde dann in ein politisches Gefängnis und später in ein Lager gebracht.

Sie haben als politischer Gefangener Berichte über das Leben im Lager geschrieben und nach draußen geschmuggelt. Wie ist Ihnen das gelungen?

Mir wurde irgendwann klar, dass die schwerwiegendste Anklage gegen die UdSSR die nüchterne, kurz beschriebene Wahrheit über unseren Lageralltag sein würde. Mir wurde klar, dass dieses Genre wichtiger sein würde als unsere Appelle etwa an die internationale Gemeinschaft. Ich teilte die Idee meinem Lagerfreund und Lehrer Ivan Svitlychny mit, und er stimmte mit Begeisterung zu. Zu dieser Zeit arbeitete ich an einer Nähmaschine und konnte schmale Papierstreifen mit Text zu Halbfabrikaten zusammennähen. So entstand eine Serie von Nachrichten mit dem Titel »Die Chronik des Archipels Gulag geht weiter. Chronik der Zone #35«. Es war sehr schwierig, unsere Publikationen zu schreiben, zu verstecken und dann in die Freiheit zu bringen. Das war Teamleistung.

Einmal sagte der KGB-Oberst Rozanov zu mir: »Sie sind der Meister, was die Anzahl der Veröffentlichungen unter allen sowjetischen politischen Gefangenen angeht!« Er wollte mich mit möglichen Vergeltungsmaßnahmen einschüchtern, erreichte aber das Gegenteil. Ich war stolz auf diese Anerkennung durch den Feind. Ein anderer KGB-Oberst namens Istomin fragte mich während der sogenannten Prophylaxe, einer Einschüchterungsmaßnahme: »Wie übermitteln Sie Informationen aus der Zone?« Ich antwortete: »Wir schreiben den zu übermittelnden Text auf ein leeres Blatt Papier. Und zu einer bestimmten Zeit, wenn ein amerikanischer Satellit über uns fliegt, halten wir das Blatt aus der Kaserne und geben dem amerikanischen Satelliten die Möglichkeit, den Text zu erfassen.« Der Oberst lachte lange und sagte dann: »Ich weiß Ihren Witz zu schätzen!« Tatsächlich war es profaner: Wenn eine Mutter oder Ehefrau zu Besuch kam, steckte sie sich die Informationen in Anus oder Vagina – obwohl es obligatorische gynäkologische Untersuchungen gab. Es ist traurig und gruselig, sich daran zu erinnern.

»Es gibt sehr viele Opfer dieses Krieges. Auch viele traumatisierte Menschen.«

Amnesty International hat sie 1977 als gewaltlosen politischen Gefangenen anerkannt. Die damalige Kogruppe Ärzte und Psychologen bemühte sich um Ihre Freilassung. Haben Sie von den Aktionen erfahren?

Wir wussten in den politischen Lagern so gut wie nichts über die Existenz und die Aktivitäten von Amnesty International. Wir waren streng isoliert. Ich habe erst nach dem Zusammenbruch der UdSSR erfahren, dass ich 1978 zum politischen Gefangenen des Jahres ernannt wurde. Nur wenige Leute wussten von unseren Schriften und deren Weitergabe. Das ist das Wesen der Konspiration: Wir konnten kein Risiko eingehen. Jemand aus deinem engen Umfeld konnte ein Schwätzer oder Agent sein. Es gingen also mehr Informationen nach außen als nach innen. In meinem Buch »Angst und Freiheit«, das vor drei Jahren ins Deutsche übersetzt wurde, habe ich darüber berichtet.

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 konnten Sie frei als Wissenschaftler und Psychiater arbeiten. Wie haben Sie diese Zeit damals erlebt?

Auch vor 1991 fühlte ich mich bereits frei. Ich schrieb, und zwar nicht nur über Themen der Psychiatrie. Ich habe einen langen Artikel über ein rein juristisches Thema veröffentlicht, in dem ich das Phänomen des Passwesens in der UdSSR und die sogenannte Propiska (Aufenthaltsregistrierung) analysierte. Ich habe meine

Semyon Gluzman: Angst und Freiheit. Vom Überleben eines ukrainischen Psychiaters im Gulag. Mabuse-Verlag, Frankfurt am Main 2020, 242 Seiten, 36,95 Euro

Artikel häufig in Moskauer Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht und an der Vorbereitung und Umsetzung mehrerer Dokumentarfilme mitgewirkt.

1994 habe ich dann mit Unterstützung europäischer Geldgeber in Kiew das Zentrum für die medizinische und soziale Rehabilitation von Opfern des Krieges und totalitärer Regime eröffnet. Ein Zentrum für ehemalige Gefangene, von Opfern des Holocaust über Gulag-Häftlinge bis hin zu heutigen Flüchtlingen. Viele dieser Menschen sind inzwischen alt und krank, sie erhalten diese wertvolle Hilfe bis heute umsonst. Der ukrainische Staat hat uns mit keinem einzigen Cent unterstützt. Damals wie heute ist die gesamte medizinische Versorgung in der Ukraine nicht besonders gut. Wir haben in unserem Zentrum etwa 60 Videointerviews mit Opfern von Repressionen gedreht und haben diese einzigartigen Interviews mehr als einmal dem ukrainischen Fernsehen angeboten. Doch leider war dort niemand interessiert. Meiner Ansicht nach ist die Zeit in der Ukraine nach 1991 weitgehend verschenkt. Das ist traurig.

Wird die Psychiatrie in der Ukraine heute noch missbräuchlich eingesetzt?

Der Missbrauch für politische Zwecke ist in der Ukraine verschwunden, denn der Hauptabnehmer ist verschwunden – der KGB. Aber von Zeit zu Zeit gibt es noch Missbrauch zu kommerziellen Zwecken. Dabei wird eine geistig gesunde Person mithilfe eines Psychiaters und eines Anwalts als krank diagnostiziert, um ihr Eigentum beschlagnahmen zu können. Solche Maßnahmen wurden sogar von Angehörigen der Opfer in Auftrag gegeben. Das kann auch heute noch passieren. Es gibt diesbezüglich ein hohes Maß an straffreier Korruption.

Sie forderten 2006 eine radikale Reform und Beseitigung von Missständen in der psychiatrischen Versorgung in der Ukraine, wie etwa die mangelnde Wahrung von Patient*innenrechten. Wie entwickelte sich die Situation daraufhin?

Es ist traurig, sagen zu müssen, dass die Präsidentschaft von Petro Poroschenko vielleicht eine der schwierigsten Perioden für die Psychiatrie in der Ukraine war. Auf Empfehlung der damaligen Gesundheitsministerin Uljana Suprun wurde ein fatales Reformprogramm auf den Weg gebracht. Selbst unter den Sowjets starben psychisch kranke Menschen nicht an Hunger und Kälte in Parks und auf der Straße. Ich habe viel darüber geschrieben und gesprochen, an Barmherzigkeit und Menschlichkeit appelliert. Zwar wurde Suprun als Ministerin abgesetzt, aber ihr Reformprogramm hatte bereits vieles, was wir mit Unterstützung westlicher Kolleg*innen geschaffen hatten, zerstört. Ich habe mich wiederholt an verschiedene internationale Organisationen gewandt und um Hilfe gebeten, aber die meisten weigerten sich, sich in die ukrainische Politik einzumischen. Hunderte von psychisch kranken Menschen starben auf der Straße an Hunger! Wie kann man angesichts dessen von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und humaner Medizin sprechen?

Was erhoffen Sie sich für die Entwicklung der Psychiatrie in der Ukraine nach dem Ende des Krieges? In welchem Maße können andere Länder und Organisationen beim Wiederaufbau helfen?

Ich bin sicher, dass sich die Situation in der ukrainischen Psychiatrie nach dem Krieg nicht verbessern wird. Sowohl die Regierung als auch der Gesetzgeber werden erst an letzter Stelle über psychisch kranke Menschen nachdenken. Dazu kenne ich mein Land zu gut. Ich bedauere zutiefst, dass ich meine jungen Jahre dem Kampf für die Humanisierung des psychiatrischen Systems in der totalitären UdSSR gewidmet habe. Denn heute, am Ende meines Lebens, befinde ich mich erneut in diesem Kampf – und das in einem unabhängigen demokratischen Staat. Andere Organisationen, auch Amnesty International, können uns leider kaum unterstützen. Sie werden uns nicht helfen können, etwas durchzusetzen, was der ukrainische Staat nicht tun will. Und weder wir, die Psychiater*innen, noch die Angehörigen unserer Patient*innen haben eine Lobby beim ukrainischen Gesetzgeber und der Regierung.

Amnesty kann die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Problem lenken und die Verantwortlichen auffordern, etwas zu ändern. Warum halten Sie das für aussichtslos?

Zum einen, weil hier Krieg herrscht. Aber auch, weil ich seit mehr als 30 Jahren mein Bestes tue, um gehört zu werden: Ich schreibe, ich weine, ich telefoniere. Vergeblich. Dennoch werde ich weitermachen, solange ich die Kraft dazu habe, solange ich am Leben bin. Und ich würde es sehr schätzen, wenn Amnesty International mich dabei unterstützt. ◆

Semyon Gluzman ist einer der bekanntesten Psychiater der Ukraine. Er wurde im Mai 1972 in Kiew verhaftet und wegen »antisowjetischer Agitation und Propaganda« zu sieben Jahren Arbeitslager und drei Jahren sibirischer Verbannung verurteilt. Er hatte einem prominenten Dissidenten in einem »gerichtspsychiatrischen Gutachten« völlige geistige Gesundheit bescheinigt. Im Jahr 1977 wurde er von Amnesty International als gewaltloser politischer Gefangener anerkannt. Gluzman schlug wiederholt Angebote des KGB aus, den »reformatorischen Weg« einzuschlagen, und musste daher seine gesamte Haftstrafe verbüßen. 1982 kehrte er nach Kiew zurück. Während seiner Haftzeit schrieben er und seine Mitgefangenen zahlreiche Berichte über das Leben in den Lagern, die herausgeschmuggelt und auch im Westen bekannt wurden. Gluzman machte den Missbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion weltweit bekannt.

Die Autor*innen sind Mitglieder des Aktionsnetzes Heilberufe bei Amnesty International Deutschland, das sich in den 1970er Jahren intensiv um die Freilassung Semyon Gluzmans bemüht hat. Nach mehr als 40 Jahren hat die Gruppe nun erneut Kontakt mit dem inzwischen 76-Jährigen aufgenommen.

Ausgeguckt

Überall in Europa werden Technologien zur Gesichtserkennung eingesetzt. Kritiker*innen sehen das Recht auf Privatsphäre, den Datenschutz sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Gefahr. Nun entsteht eine einheitliche EU-Gesetzgebung. Von Tobias Oellig

Man nimmt das Smartphone in die Hand, ein kurzer Blick und es entsperrt sich wie von Zauberhand. Keine nervige Eingabe eines Sicherheitscodes ist nötig, um schnell mal die Nachrichten zu überfliegen. Und vergessen kann man seine PIN auch nicht mehr. Gesichtserkennung macht es möglich – unsere unverwechselbaren biometrischen Daten weisen uns aus. Unser Gesicht ist wie ein Personalausweis.

Die Vermessung von Gesichtsmerkmalen erobert den Alltag, sie soll technische Anwendungen bequemer und sicherer machen. Am Flughafen Berlin-Brandenburg können Reisende seit Mai bei der Fluglinie Lufthansa ihre Identität biometrisch bestätigen. Dafür genüge »ein einziger Blick von Ihnen – ganz ohne Bordkarte oder Smartphone«, so bewirbt die Lufthansa ihr Angebot. Den Anwendungsmöglichkeiten sind bislang kaum Grenzen gesetzt. Medien berichteten kürzlich über eine skurrile Erscheinung, die auch in den Anwendungsbereich der Technologie gehöre: Auf öffentlichen Toiletten in China erhält man Toilettenpapier nur gegen Gesichtsscan. Pro Gesicht gibt die automatisierte Rolle 60 Zentimeter frei, wer mehrfach scannt, wird freundlich abgewiesen.

Gesichtserkennung im digitalen Alltag steckt auch voller Möglichkeiten der Kontrolle und Überwachung. Und davon machen Behörden weltweit häufig Gebrauch. Immer größere Datenverarbeitungskapazitäten und Fortschritte in der Technologie, mit der Gesichtsdaten aus der Ferne erfasst werden können, machen es möglich. Diese Entwicklung bedroht eine Reihe von Menschenrechten: den Datenschutz, die Privatsphäre, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und das Recht auf Nichtdiskriminierung.

Staatliche Nutzung und Schattenseiten

Amnesty International zufolge nutzen weltweit mindestens 64 Länder aktiv Gesichtserkennungssysteme. Auch in Europa werden solche Technologien seit einigen Jahren immer häufiger im öffentlichen Raum eingesetzt. Laut einer Umfrage der deutschen Organisation AlgorithmWatch aus dem Jahr 2019 nutzt die Polizei bereits in mindestens zehn EU-Ländern aktuell Software zur Gesichtserkennung. Acht weitere wollten die Technik zum Zeitpunkt der Umfrage bald einführen.

Die Anwendungszwecke sind vielfältig. Zumeist werden an Bahnhöfen und Flughäfen mit Videokameras biometrische Daten von Passant*innen erfasst

In China und in Europa weit verbreitet: Gesichtserkennung auf einem Monitor.
Foto: Gilles Sabrié / The New York Times / Redux / laif

und mit Datenbanken abgeglichen. Behörden nutzen die Technik, um vermisste Kinder zu finden oder um potenziell gewalttätige Fans zu identifizieren, die auf dem Weg zu einem Fußballspiel sind. In den Datenbanken befinden sich auch Personen, die unverdächtig sind – so auch in der deutschen Datenbank INPOL-Z, die Fotos von 4,6 Millionen Menschen umfasst. Als zum Beispiel die Popsängerin Beyoncé Ende Mai 2023 im walisischen Cardiff den britischen Teil ihrer Tournee startete, wurde im Stadtzentrum Gesichtserkennung eingesetzt. Die Behörden gaben als Grund an, das Konzert im Principality Stadium zu »unterstützen« und die Sicherheit zu gewährleisten. Auch in der Vergangenheit setzte die Polizei in England und Wales immer wieder Live-Gesichtserkennung bei besonderen Anlässen ein, zuletzt bei der Krönung des britischen Königs.

Laut AlgorithmWatch kommt Gesichtserkennung in Irland routinemäßig zum Einsatz, um Sozialleistungsansprüche zu prüfen. Im französischen Lyon sei ein Mann durch eine Überwachungskamera des Autodiebstahls überführt worden, berichtet die Organisation. Weil sein Gesicht zu einem Bild in einer Datenbank passte, konnte er in der Folge verhaftet, angeklagt und zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt werden.

»Die Kommission plant nur eine halbherzige Einschränkung.«
Lena Rohrbach, Amnesty

Anfang 2023 wurde in Frankreich ein Gesetzentwurf im Senat gebilligt, der ein flächendeckendes, von Künstlicher Intelligenz (KI) gesteuertes Videosystem zur Massenüberwachung während der Olympischen Spiele im Sommer 2024 in Paris vorsieht. Erstmals würde damit ein groß angelegter Einsatz von KI-gesteuerter Massenüberwachung in der Europäischen Union legalisiert.

Aus Veröffentlichungen von AlgorithmWatch geht auch hervor, dass Datenbanken in den Niederlanden Fotos von Verdächtigen enthalten, die nie eines Verbrechens angeklagt wurden. Im belgischen Kortrijk und im spanischen Marbella setze die Polizei auch Technologien zur »Körpererkennung« ein: Diese Systeme identifizieren Personen anhand ihres Laufstils oder ihrer Kleidung. Beide Systeme können auch Gesichter erkennen, doch sei diese Funktion ausgeschaltet, solange es noch keine gesetzliche Grundlage für ihren Einsatz gebe.

2017 startete in Deutschland ein einjähriges Pilotprojekt am Berliner Bahnhof Südkreuz, bei dem in einer Kooperation von Bundespolizei und Deutscher Bahn drei Systeme zur Echtzeit-Gesichtserkennung erprobt wurden. Die Systeme sollten bestimmte Personen aus einer Datenbank unter den vielen Menschen erkennen, die im Bahnhof unterwegs waren. Dabei offenbarte sich eine weitere Schwachstelle der Überwachungstechnologie: Die durchschnittliche Trefferquote lag lediglich bei 68,5 Prozent. Das schwächste System hatte eine durchschnittliche Trefferquote von nur rund 30 Prozent. Bei einem realen Einsatz wären zahlreiche Menschen zu Unrecht ins Visier der Behörden geraten. Ungenügender Datenschutz führte zudem dazu, dass das Gesicht eines Probanden ohne seine Zustimmung in der Tagesschau ausgestrahlt wurde.

Ein Gesetz muss her

In der EU wird bereits seit zwei Jahren über ein KI-Gesetz verhandelt. In einer Abstimmung vom 11. Mai 2023 einigten sich die Mitglieder des Europäischen Parlaments darauf, das Verbot der Gesichtserkennung im öffentlichen Raum in das KI-Gesetz aufzunehmen. Aber nicht in jedem Fall.

»Die Kommission plant leider nur eine sehr halbherzige Einschränkung von Gesichtserkennung zur Überwachung des öffentlichen Raumes«, sagt Lena Rohrbach, Datenschutz-Expertin von Amnesty in Deutschland. »Nur wenn Menschen live, also in Echtzeit, identifiziert werden und dies durch Strafverfolgungsbehörden geschieht, soll es verboten werden. Selbst für diese Fälle sind noch viele Ausnahmen vorgesehen.«

Die massenhafte Identifikation von Menschen wäre also weiterhin erlaubt, nur eben mit Zeitverzögerung. Videoaufnahmen könnten im Nachhinein mit Gesichtserkennungssystemen analysiert, Menschen auf den Videos identifiziert werden. Auch das sei ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Recht auf Privatsphäre, sagt Rohrbach. »Denn das kann die Anonymität im öffentlichen Raum beenden und Menschen davon abhalten, ihre Rechte bei Versammlungen oder auf Demonstrationen wahrzunehmen.«

Rohrbach ist dennoch optimistisch, dass Gesichtserkennungstechnologien im KI-Gesetz reguliert werden. »Hoffnung macht das EU-Parlament, das sich für ein weitaus umfassenderes Verbot ausgesprochen hat. Diese Position muss es jetzt gegenüber der Kommission und den Mitgliedsstaaten konsequent verteidigen.«

Kritiker*innen der Technologie hoffen außerdem auf einen »Brüsseler Effekt«: Dass ein europäisches KI-Gesetz zum weltweiten Standard für die Regulierung von Gesichtserkennung werden könnte und sich andere Länder in der Gestaltung ihrer Gesetzgebung an den EU-Vorschriften orientieren werden. ◆

»KEINERLEI SCHUTZ MEHR FÜR DIE RECHTE VON MINDERHEITEN«

Yariv Mohar ist Programmdirektor von Amnesty International Israel. Sein Team beobachtet und begleitet die seit Wochen stattfindenden zivilen Proteste gegen die Regierungspläne, die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofs einzuschränken.

Interview: Uta von Schrenk

Seit Jahresbeginn protestieren regelmäßig Zehntausende Israelis gegen die umstrittene Justizreform. Wie beurteilen Sie den Umgang mit den Demonstrierenden?

Amnesty International in Israel hat sich jeden Fall von exzessiver Gewaltanwendung oder rechtswidrigem Vorgehen gegen friedliche Proteste in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten angesehen, nicht nur im Zusammenhang mit der Justizreform. Im Großen und Ganzen entsprach die polizeiliche Überwachung der Demonstrationen der für Proteste jüdischer Israelis geltenden Norm in Israel. Aber es ist auch zu einigen schweren Übergriffen durch die Polizei gekommen – zum Beispiel traktierte ein berittener Bereitschaftspolizist eine junge Frau ohne ersichtlichen Grund mit einer Peitsche. Außerdem warf ein Mitglied der Polizei eine Blendgranate unsachgemäß und unerlaubt auf Demonstrierende. Das führte zu teils schweren Verletzungen.

Welche Auswirkungen auf Demokratie und Menschenrechte befürchtet Amnesty Israel durch die Justizreform?

Sollte das Gesetz verabschiedet werden, wird der Oberste Gerichtshof Israels nahezu bedeutungslos, da die Regierung dessen Richterinnen und Richter ernennen würde und die Prüfung von Gesetzen durch den Obersten Gerichtshof umgehen könnte. Das heißt, die Rechte von Minderheiten und Einzelpersonen werden keinerlei Schutz mehr erfahren. Israel wird im besten Fall zu einer Pseudodemokratie werden, in der nur diejenigen bestimmen, die die Mehrheit bilden. Die Rechte aller Menschen – insbesondere aber die der Palästinenserinnen und Palästinenser – werden stärker gefährdet sein.

Welche Auswirkungen hat die Politik der Regierung auf die Palästinenser*innen?

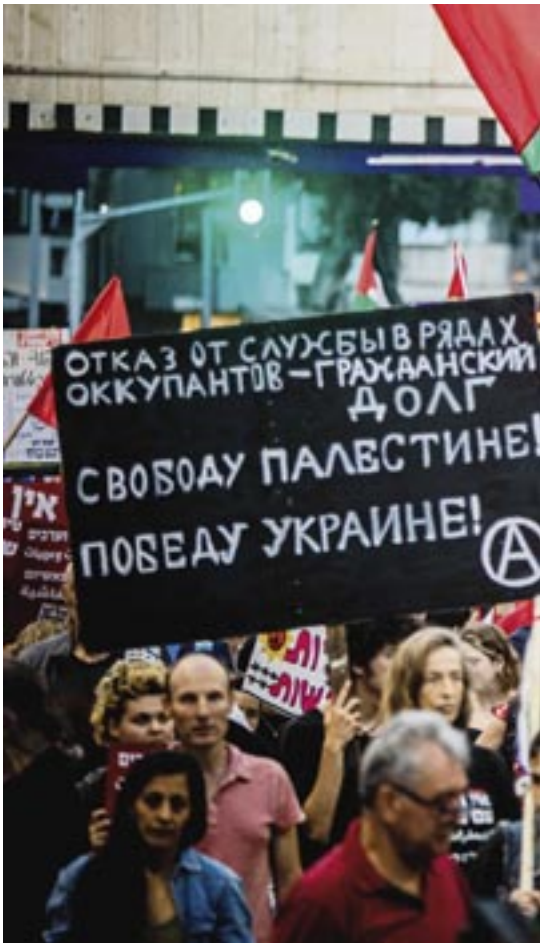
Es ist schwer zu sagen, aber einiges deutet darauf hin, dass versucht wird, arabischen Parteien die Teilnahme an den Parlamentswahlen zu verweigern, einige Kollektivstrafen für Palästinenserinnen und Palästinenser in den besetzten palästinensischen Gebieten zu verhängen und möglicherweise das Westjordanland teilweise oder ganz zu annektieren.

Was kann die Zivilgesellschaft in der derzeitigen Situation sonst noch tun, um die Umsetzung der Regierungspläne zu verhindern?

Sie kann massiv zivilen Ungehorsam leisten.

Wie kann man die israelische Zivilgesellschaft in dieser Auseinandersetzung am besten unterstützen?

Durch internationalen Druck auf die israelische Regierung, damit sie weder die Menschenrechte an sich noch die Unabhängigkeit der Institutionen einschränkt, die diese gewährleisten sollen. Zu diesen Institutionen gehört auch der Oberste Gerichtshof. Darüber hinaus sollten nützliche Informationen und Fähigkeiten mit der israelischen Zivilgesellschaft geteilt und die Gründe für den Widerstand weltweit bekannt gemacht werden.



Was plant Amnesty Israel zu tun, wenn die Regierung versucht, ihre Pläne durchzusetzen?

Amnesty Israel wird dann an einer Welle gewaltfreier Proteste teilnehmen, diese begleiten und über Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe gegen Demonstrierende berichten. ◆

Foto: Amnesty Israel

Gemeinsam gegen die Regierung protestieren: Tel Aviv, Juni 2023. Foto: Eyal Warshavsky/SOPA Images/ZUMA Press/pa

VERHEERENDE KONSEQUENZEN

Im Koalitionsvertrag der 37. israelischen Regierung schrieben die Partner eine ihrer Handlungsmaximen fest: »Das jüdische Volk hat das alleinige und unveräußerliche Recht über alle Teile des Landes Israel. Die Regierung wird die Besiedelung in allen Teilen des Landes Israel fördern – in Galiläa, dem Negev, dem Golan, Judäa und Samaria.« Mit »Judäa und Samaria« ist das Westjordanland gemeint.

Jüdische Israelis werden als Bürger*innen erster Klasse, palästinensische als Bürger*innen zweiter Klasse definiert. Teile der Regierung treten offen rassistisch auf. So negierte Finanzminister Bezalel Smotrich im März die Existenz des palästinensischen Volkes. Justizminister Yariv Levin bekundete im Mai, dass »Juden nicht mit Arabern zusammenleben wollen«.

Für das Zeigen palästinensischer Flaggen droht Haft von bis zu einem Jahr.

Die israelische Regierung arbeitet derzeit an zahlreichen Gesetzentwürfen – mit verheerenden Konsequenzen für die Menschenrechte in Israel und in den besetzten palästinensischen Gebieten. Ihre Justizreform untergräbt Fundamente der rechtsstaatlichen Ordnung und gefährdet insbesondere die Rechte von Minderheiten (siehe Seite 42).

Eine gegen die Rechte von Palästinenser*innen gerichtete Strategie lässt sich auch aus weiteren Plänen ablesen: So passierte am 1. März ein Gesetzentwurf zur (Wieder-)Einführung der Todesstrafe eine erste Anhörung im Parlament. Das Gesetz sieht die Todesstrafe für Menschen vor, die aus politischen Gründen eine*n Israeli töten oder Beihilfe dazu leisten. Für tödliche Attentate von Israelis gegen Palästinenser*innen gilt das Gesetz explizit nicht. Am 17. Mai passierte ein Gesetzentwurf, der das öffentliche Zeigen von Flaggen »verfeindeter Nationen oder Organisationen« verbietet, eine erste Anhörung. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, droht für das Zeigen palästinensischer Flaggen eine Haftstrafe von bis zu einem Jahr.

Mit Blick auf die besetzten palästinensischen Gebiete ist die Bilanz noch schlechter: In einem aktuellen Bericht kommt ein Zusammenschluss von 17 israelischen Menschenrechtsorganisationen zu dem Schluss, dass die Regierung die bestehende Apartheid in den besetzten Gebieten vertiefen wird. Im Februar übergab das israelische Verteidigungsministerium die Zivilverwaltung des Westjordanlandes an Finanzminister Smotrich. Laut Völkerrecht obliegt die Verantwortung über besetztes Gebiet aber nicht einer zivilen Behörde, sondern der Besatzungsarmee, welche die Zivilbevölkerung schützen muss. Expert*innen deuten dies als Schritt in Richtung Annexion.

Gegen all diese Pläne und Maßnahmen der Regierung regt sich seit Monaten massiver zivilgesellschaftlicher Widerstand von jüdischen und palästinensischen Israelis, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. ◆

Katja Müller-Fahlbusch

Wie spricht man auf Arabisch über Sex?

Frauen in Ägypten verständigen sich immer offener über Sexualität, vor allem in den Online-Netzwerken. Inzwischen verfügen sie auch über das Vokabular, um diese Themen zu diskutieren. Das liefert ein feministisch queerer Social-Media-Kanal: TheSexTalkArabic.
Von Miriam Amro

Von Ägypten geht eine Revolution aus, ganz leise. Eine Gruppe junger Frauen nutzt die Online-Netzwerke, einen ebenso stillen wie wirkmächtigen Raum. Die Revolution klingt so: »Ist es normal, dass eine Frau in der Hochzeitsnacht blutet?«, fragt eine Nutzerin auf Arabisch. »Nein, ist es nicht«, antwortet Fatma Ibrahim und ergänzt: »Es ist auch nicht normal, dass du beim Sex Schmerzen hast.« Eine andere Frau möchte wissen: »Kann ich schwanger werden, obwohl ich noch Jungfrau bin?« Fatma Ibrahim antwortet: »Ja, das kannst du. Du kannst auch bei einer äußeren Ejakulation schwanger werden, wenn Sperma danach in die Vagina gerät.« Auf den verschiedenen Social-Media-Kanälen von TheSexTalkArabic antworten Fatma Ibrahim und ihre Kolleginnen regelmäßig auf die Fragen ihrer Community, Fragen, die sich deren Mitglieder sonst nicht zu stellen trauen. Manche hören die Antworten zum ersten Mal.

Fatma Ibrahim ist 33 Jahre alt und promoviert derzeit an der Universität Glasgow in Sozialwissenschaften. Sie gründete TheSexTalkArabic im Juli 2018 zunächst als geschlossene Facebook-Gruppe von Ägypten aus. Gemeinsam übersetzten die Frauen wissenschaftliche Literatur und Studien zur sexuellen Gesundheit in leicht verständliches Arabisch. Aufklärungsliteratur gab es zwar, diese war aber oft in komplizierter Sprache verfasst. Andere Literatur sei oft aus einer religiösen oder konservativen Perspektive geschrieben, »in der es darum geht, wie Frauen ihren Männern gefallen können«, erklärt Ibrahim. »Wir wollen eine alternative Wissensquelle sein.« Die Administratorinnen schufen auf Facebook einen sicheren Raum für knapp tausend Mitglieder. Sie respektierten sexuelle Vielfalt und luden für medizinische Ratschläge Ärztinnen und Psychologinnen ein.

In vielen arabischen Gesellschaften ist Sex ein Tabuthema. Sex hat das erste Mal in der Hochzeitsnacht stattzufinden, gelebt wird das häufig anders. Die Diskrepanz zwischen traditionellen Vorgaben und tatsächlicher Realität sowie mangelnde Sexualerziehung tragen zur Un-

Im Aufbruch: Frauen in arabischen Ländern finden sexuelle Aufklärung informell oder im Internet.
Foto: Ummu Nisan Kandilcioglu / Anadolu Agency / Getty Images

gleichheit der Geschlechter in den arabischen Staaten bei. Laut einer Studie des Guttmacher-Instituts von 2018 sind 40 Prozent der Schwangerschaften in arabischen Ländern ungewollt, weibliche Genitalverstümmelung ist weit verbreitet, die Geburtenrate unter Teenagern überdurchschnittlich hoch. Auf dem Global Gender Gap Index zur Gleichstellung von Geschlechtern in 153 Ländern lagen Staaten aus der Region 2021 weit hinten, Ägypten auf Platz 129, Jordanien auf Platz 131 und Saudi-Arabien auf Platz 147. Wie spricht man da schamfrei über Sex – ohne gesellschaftliche Vorverurteilung, Anfeindung oder Diskriminierung fürchten zu müssen?

Die Online-Plattformen von TheSexTalkArabic setzen sich mit ihren täglichen Beiträgen für mehr sexuelle Offenheit und Empathie ein und betonen, dass es wichtig sei, andere Meinungen zu akzeptieren. In ihren Videos ermutigt das Team die Nutzer*innen, sich mit dem weiblichen Körper auseinanderzusetzen und Grenzen zu setzen, wenn andere körperlich oder verbal übergriffig werden. In detailreichen, oft auch humorvollen Illustrationen zeigen die Aufklärerinnen, wie unterschiedlich Vulven, Brüste und Penisse aussehen, oder sie diskutieren über Sexualpraktiken, Selbstbefriedigung und Sex Toys. Nicht selten müssen sie erklären, dass Homosexualität keine psychische Störung ist.

Körperliches Analphabetentum

»Ich bin in einem kleinen Dorf außerhalb von Kairo aufgewachsen. Sexualerziehung gab es zu Hause nicht. Im Gegenteil, ich fühlte mich den schädlichen Vorstellungen über die vermeintliche Rolle der Frau ausgesetzt«, sagt Ibrahim. Diese Erfahrung teilt sie mit ihrer Kollegin Rosanna Nageh, die für den Social-Media-Auftritt verantwortlich ist. Nageh kommt aus einer konservativ-religiösen Familie: »Über Sex wurde nicht gesprochen. Es wurden lediglich Geschichten erzählt, dass Menschen, die vor der Ehe Sex haben, in die Hölle kommen.«

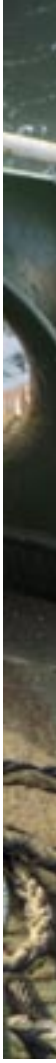
Mit 24 Jahren begann Ibrahim, sich auf eigene Faust Wissen über ihren Körper anzueignen und zog für ihr Studium nach England. »Mir wurde klar, wie sehr mich mein körperliches Analphabetentum für Ausbeutung anfällig machte«, sagt sie. Eine Gefahr für alle Frauen, egal in welchem Land.

Das Studium und der Erfahrungsaustausch in der damaligen Facebook-Gruppe öffneten ihr die Tür zu einem Wissen, das sie teilen wollte. Also gründete Ibrahim mit den anderen eine öffentliche Facebook-Gruppe. Ein Kanal auf Instagram, Twitter und TikTok sowie eine Website folgten. Die Themen treffen einen Nerv, TheSexTalkArabic hat heute mehr als 71.000 Follower*innen, zumeist junge Frauen von Marokko bis in den Irak. Immer mehr Frauen leisten ehrenamtlich Aufklärungsarbeit. Die Plattform hat inzwischen 35 Mitarbeiterinnen, darunter Gynäkologinnen, Autorinnen für sexuelle Gesundheit, Allgemeinmedizinerinnen, LGBTI-Aktivistinnen und Grafikdesignerinnen. Sie kommen aus Ägypten, Jordanien, dem Irak, Jemen und Saudi-Arabien, haben unterschiedliche geschlechtliche Identitäten und sexuelle Orientierungen, aber alle bezeichnen sich als »radikal, feministisch und queer«. Ihr gesellschaftlicher Beitrag wurde im vergangenen Jahr mit dem French Human Rights Award geehrt. »Die Auszeichnung hat noch einmal betont, wie wichtig unsere Arbeit ist – nicht nur in den arabischsprachigen Gesellschaften, sondern überall«, sagt Ibrahim.

> *»Es ist nicht normal, dass Du beim Sex Schmerzen hast.«*
> Fatma Ibrahim

Das gefällt nicht allen. Angefeindet werden die Frauen vor allem wegen ihres offenen Umgangs mit Homosexualität, die in Ägypten laut einem Gesetz aus dem Jahr 1961 strafbar ist. »Die LGBTI-Gemeinschaft wird auf Grundlage dieses Gesetzes häufig wegen gewohnheitsmäßiger Ausschweifung, Anstiftung und gewohnheitsmäßiger Prostitution angeklagt«, sagt Ibrahim. Wer seine Homosexualität leben will, riskiert viel. 2017 entschied der Oberste Rat für Presseregulierung, dass »Propagierung von Homosexualität« in ägyptischen Medien verboten sei. Sie sei eine »schändliche Krankheit, die verborgen werden muss«, hieß es in der Begründung. Die Kommentarspalten von TheSexTalkArabic machen deutlich, wie stark Ablehnung und Intoleranz gegenüber LGBTI+ in arabischen Gesellschaften sind. Immer wieder finden sich Hasskommentare wie »we will rape you« oder »we will kill you«. Einige schreiben, dass TheSexTalkArabic schädlich für die Gesellschaft sei. Doch die Macherinnen lassen sich nicht entmutigen. Auch wegen Rückmeldungen von Nutzerinnen wie dieser: »Ihr habt mein Leben verändert.«

Dabei stellen selbst die Anbieter der Kanäle eine Herausforderung dar. Kürzlich veröffentlichte das Team einen Beitrag über den Mythos des Jungfernhäutchens. Immer noch glauben viele Männer, dass eine Frau in der Hochzeitsnacht bluten müsse. »Es gibt da nichts, was ein Mann durchstoßen muss«, erklärten die Aktivistinnen. »Wenn eine Frau blutet, dann weil die Vagina gerissen ist.« Der Facebook-Text ging viral. Kurz darauf sperrte Facebook den Account wegen Verbreitung von »Nacktheit und Pornografie«. Fatma Ibrahim und ihr Team gingen dagegen vor: »Es hat Wochen gedauert, bis wir Facebook die falschen Anschuldigungen widerlegen konnten und die Seite wieder freigeschaltet wurde.« ◆



Isoliert auf Hoher See

Frauen sind in der Schifffahrtsbranche unterrepräsentiert. Das liegt vor allem an frauenfeindlichen Arbeitsbedingungen, die auch sexualisierte Gewalt begünstigen. **Von Frank Odenthal**

Am Anfang stand ein Blogeintrag auf der Website der Hilfsorganisation Maritime Legal Aid & Advocacy. Eine junge Frau schildert darin, wie sie an Bord eines Handelsschiffes von einem leitenden technischen Offizier vergewaltigt und anschließend gezwungen wurde zu schweigen. Sie hatte den Text anonym verfasst, wohl aus Scham, sicherlich auch aus Angst vor den Reaktionen.

Der Fall schlug hohe Wellen, vor allem in den USA, denn die junge Frau machte, als sie vergewaltigt wurde, dort eine Ausbildung an der Marineakademie. Da ihr Name zunächst nicht bekannt war, nannte die Presse sie »Midshipman X«, den unbekannten Seekadetten. Als sich kurz darauf eine weitere Frau meldete, an Bord desselben Schiffes vergewaltigt worden zu sein, wurde diese kurzerhand zu »Midshipman Y« erklärt.

Die beiden Frauen verklagten den dänischen Logistikriesen Maersk, Weltmarktführer beim Seetransport von Containern, auf dessen Schiff sich die Fälle zutrugen. Ende 2022 einigten sie sich außergerichtlich.

Die Frage nach den Arbeitsbedingungen von Frauen in der Schifffahrtsbranche ist damit aktueller denn je. Weniger als zwei Prozent der weltweiten Schiffsbesatzungen sind dem International Seafarers' Welfare and Assistance Network zufolge weiblich. Eine Offizierslaufbahn schlagen Frauen nur selten ein. Dabei wäre der Bedarf da, die Nachfrage nach maritimem Personal ist riesig, ob im gehobenen Dienst oder in den unteren Rängen.

Die All Aboard Alliance, eine Initiative von 36 Unternehmen aus der Schifffahrtsindustrie, die sich für geschlechtergerechte, diverse und inklusive Bedingungen einsetzt, hat die Arbeitsbedingungen von Frauen auf See näher untersucht. Die Gruppe hat im April 2023 eine Studie veröffentlicht, für die sie insgesamt 115 weibliche Seeleute quer durch alle Dienstränge und Herkunftsländer zu ihrem Alltag an Bord eines Schiffes befragt hat.

Heraus kamen 15 zentrale Problemfelder für Frauen auf Hoher See. In der ersten Kategorie geht es um Machtmissbrauch, der immer wieder zu sexueller Belästigung bis hin zu Vergewaltigungen führt. Erschreckende 66 Prozent der Frauen auf See gaben einer weiteren Studie der Initiative zufolge an, Zeugin sexueller Übergriffe geworden zu sein. 25 Prozent der Befragten sagten, sexuelle Übergriffe seien an Bord üblich.

Die Probleme setzen sich im sozialen Bereich fort. Frauen sehen sich dem Klatsch und Tratsch ihrer männlichen Kollegen ausgesetzt, selbst wenn sie sich passiv verhalten und nur beruflichen Austausch wünschen. Sie fühlen sich an Bord isoliert und alleingelassen. Manche berichten, sich für die Dauer der Fahrt außerhalb der Dienstzeiten in ihren Kabinen eingeschlossen zu haben aus Angst vor Übergriffen.

Tatsächlich ist die Situation an Bord eines Schiffes speziell, denn außerhalb der Zwölfmeilenzone befindet sich die Besatzung in internationalen Gewässern.

66 Prozent der Frauen auf See gaben an, Zeugin sexueller Übergriffe geworden zu sein.

Riskanter Job: Ein weibliches Crew-Mitglied arbeitet an Deck eines Frachtschiffes.
Foto: Arterra / Universal Images Group / Getty Images

Dann gilt das Recht des Flaggenstaates. Und ob sich die Schiffsregister Panamas, Liberias oder der Britischen Jungferninseln den Schutz ihrer weiblichen Seeleute besonders auf die Fahne geschrieben haben, ist zumindest fraglich.

Als weniger kompetent angesehen

»Es ist ein streng hierarchisches System, in dem der Kapitän das letzte Wort hat«, erklärt Susanne Justesen, die die Befragung der All Aboard Alliance leitete. Auf einem Schiff auf Hoher See seien Frauen, die belästigt werden, im Grunde von der Außenwelt abgeschnitten. »Erste Anlaufstelle an Bord ist der Erste Offizier, er ist normalerweise für die Gesundheit und das Wohlergehen der Besatzung verantwortlich«, sagt Luke Menzies, Sprecher der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft (ITF). »Sollte es unter den Offizieren allerdings eine Kultur geben, die sexuelle Belästigung toleriert, sollten sich Betroffene an die ITF-Vertretung des jeweiligen Landes wenden.«

Die ITF unterhält ein Netz von 150 Inspektor*innen in Häfen rund um den Globus, zu denen die betroffenen Frauen Kontakt aufnehmen können. Und die Britische Nichtregierungsorganisation Seafarerwaves, die mit der ITF kooperiert, bietet einen E-Mail-Beratungsservice an, für den Fall, dass ein Landgang nicht möglich ist.

In der zweiten Kategorie der Studie der All Aboard Alliance geht es um die Schwierigkeiten, den Beruf auf See erfolgreich ausüben zu können. Frauen berichten davon, als weniger kompetent angesehen zu werden als ihre männlichen Kollegen und sie ständig übertreffen zu müssen, um respektiert zu werden. Gleichzeitig beklagen sie, schlechteren Zugang zu Fortbildungsmaßnahmen zu haben und nicht für dieselben Aufgaben an Bord eingeteilt zu werden.

Die dritte Kategorie widmet sich den Beschäftigungsverhältnissen in der Schifffahrtsbranche. Zu lange Dienstverträge für einzelne Fahrten, keine familienfreundlichen Rotationsprogramme, um die Abwesenheit von zu Hause zu reduzieren, von Mutterschaftsurlaub ganz zu schweigen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO) haben zwar Mindeststandards zum Schutz schwangerer Frauen an Bord von Schiffen eingeführt, wie etwa angemessene Ruhepausen, Zugang zu medizinischer Versorgung, die Möglichkeit, das Schiff gegebenenfalls frühzeitig verlassen zu können. Doch auch hier gilt: Für die Umsetzung sind die jeweiligen Länder verantwortlich, auf Hoher See wiederum der Flaggenstaat.

Die letzte Kategorie thematisiert die Ausstattung an Bord, wie separate Toiletten und Umkleidekabinen für Frauen sowie Damenhygieneartikel, aber auch Schutzbekleidung für Frauen. Arbeitshandschuhe oder feuerfeste Schutzkleidung ist oftmals nur in Herrengrößen verfügbar, die Gefahr schwerer Verletzungen ist damit für Frauen erhöht.

Die einzelnen Kritikpunkte der Studie beschreiben allesamt längst bekannte Probleme. Bemerkenswert ist daher wohl eher, dass sie auch im Jahr 2023 noch nicht behoben sind.

Das liege nicht unbedingt am mangelnden Willen der Unternehmen, sagt Susanne Justesen. »Bei weniger als zwei Prozent weiblicher Besatzung sind die Bedürfnisse von Frauen nicht allen Arbeitgebern klar, weil sie kaum damit konfrontiert werden. Hier wollen wir das nötige Bewusstsein schaffen.« ◆

Sicherheit in Trümmern

Im türkischen Erdbebengebiet sind Frauen und Kinder vermehrt Gewalt ausgesetzt. Zivilgesellschaftliche Initiativen tun ihr Bestes, um sie zu schützen. **Aus Hatay und Adana Sabine Küper-Büsch**

Zerrüttet: Durch das Erdbeben, das das türkisch-syrische Grenzgebiet am 6. Februar 2023 erschütterte, starben mehr als 50.000 Menschen, Millionen wurden obdachlos. Auch die Stadt Antakya wurde schwer getroffen.
Foto: Metin Yoksu / AP / pa

Familie Elgi und Selver Büyükkeleş im Zeltlager von Serinyol, Provinz Hatay. Foto: Sabine Küper-Büsch

In der Nacht des 6. Februars wurde die Familie Elgi* um 17 Minuten nach vier Uhr aus dem Schlaf gerissen. Sie wohnte in der Innenstadt von Antakya, das von dem Erdbeben besonders stark betroffen war. Nurgül Elgi hatte zehn Tage zuvor ihr drittes Kind zur Welt gebracht, und ihre Mutter Fatma war zu Besuch. Die Frauen beeilten sich, das Haus zu verlassen. Draußen waren es fünf Grad Celsius. Sie konnten in der Eile fast nichts mitnehmen. Auf der Straße erwartete sie ein Inferno – eingestürzte und einstürzende Häuser.

Dass sie überlebten, kommt den Frauen heute wie ein Wunder vor. Sie sitzen auf Plastikstühlen vor ihren Zelten in Serinyol in der Provinz Hatay nahe der syrischen Grenze. Nurgül Elgi zeigt ein Foto ihres eingestürzten Wohnhauses. Vier Stockwerke rutschten auf die Seite und demolierten auch ihr Auto, das dort stand. Großmutter Fatma hält den Enkel ganz fest im Arm. In den ersten Tagen hatten sie Notunterkünfte gebaut. Wegen der Kälte sorgten sie sich vor allem um das Neugeborene, sammelten Kleidung und Decken aus den Trümmern. Baby Murat gluckst, er trägt einen selbst genähten Strampler, die Oma ein lila T-Shirt aus Hilfsgüterlieferungen.

Die Elgis leben zusammen mit 278 anderen Erdbebenopfern in der Zeltstadt »Campus der Freunde«, die der Musiker Mehmet Suavi Sungar gegründet hat. Sungar hatte am Abend vor dem Erdbeben ein Konzert in Diyarbakır gegeben und war am nächsten Morgen nach Hatay gereist, um zu helfen. Die 41 stabilen Zelte stammen aus Militärbeständen. »Wir haben großes Glück im Unglück«, sagt Nurgül. »Hier sind die Bedingungen sehr viel besser als anderswo.« Momentan haben sie kein Geld, um sich eine neue Wohnung in einer anderen Stadt zu mieten. Nurgül Elgis Mann Osman sucht im 200 Kilometer entfernten Adana nach Arbeit, bislang erfolglos.

»Hier sind die Bedingungen sehr viel besser als anderswo.«
Nurgül Elgi

Viele Menschen verzweifeln unter diesen Bedingungen. Unweit der Zeltstadt erschoss ein Vater am 4. April seine Tochter in ihrer Notunterkunft mit einem Jagdgewehr. Hinterher sagte er, es sei ein Unfall gewesen, er habe auf die Jagd gehen wollen. Die Umstände werden noch ermittelt. Was die Elgis besonders schockiert, ist der Missbrauch von jugendlichen Erdbebenopfern in einem Krankenhaus. Zwei Schwestern aus Syrien, 13 und 18 Jahre alt, waren in Antakya nach zehn Stunden aus den Trümmern ihres Hauses gerettet und in das staatliche Krankenhaus gebracht worden. Dort herrschte Chaos, weil der Strom ausgefallen war. Die beiden Mädchen lagen verletzt in dem dunklen Gebäude. Ein Mann bot ihnen Hilfe an, raubte der Älteren ihren Goldschmuck und bedrängte die Jüngere sexuell. »Nachdem der Bruder zwei Tage später aus den Trümmern des Hauses geborgen wurde, vertrauten sich die Mädchen ihm an, so dass der Mann festgenommen werden konnte«, empört sich Nurgül Elgi.

Zunahme von Kinderehen

Doch auch andere Formen von Missbrauch weiten sich aus. So wird in der Region zunehmend gegen das Mindestalter von 18 Jahren bei Eheschließungen verstoßen. Einen starken Anstieg befürchtet Gülan Önkol von der Kinderkommission der Lila Solidarität, einem feministischen Bündnis der sozialistischen Partei der gesellschaftlichen Freiheit (TPÖ). Eine Befragung stützt ihre Beobachtung: Ende März teilte die Unicef-Kinderschutzspezialistin Pınar Öktem Arıkan bedrückende Ergebnisse einer Untersuchung der Vereinten Nationen im Erdbebengebiet mit. Demnach gibt es bis zu 44 Prozent Kinderehen in den Familien syrischer Geflüchteter und knapp 15 Prozent in türkischen Familien. Mädchen würden vor allem verheiratet, damit sie bei der Hausarbeit, in der Pflege oder in der Landwirtschaft helfen, aber auch um die Familie zu versorgen. 25 Prozent der befragten Männer gaben an, dass Mädchen ab 15 Jahren für sie keine Kinder, sondern Frauen seien, zehn Prozent erklärten, dass der Eintritt der Regelblutung für sie der Heiratsfähigkeit gleichkomme.

Auch auf politischer Ebene sind solche Überzeugungen verbreitet. Der Abgeordnete der Nationalversammlung und Vorsitzende der radikalislamischen Hüda-Partei Zekeriya Yapıcıoğlu befürwortet die Kinderehe. Die Hüda-Partei ist als Teil der Regierungskoalition in den kommenden fünf Jahren mit vier Sitzen im türkischen Parlament vertreten. Zusammen mit anderen Konservativen des Parteienbündnisses von Präsident Recep Tayyip Erdoğan will die Partei erreichen, dass der Mann wieder Oberhaupt der Familie ist, den Wohnort bestimmt und darüber entscheidet, ob Frauen arbeiten dürfen. Nach dem Erdbeben hatte die Aufsichtsbehörde für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) auf ihrer Webseite bereits die Heirat zwischen Eltern und Adoptivkindern ausdrücklich als religiös unbedenklich bezeichnet. Erst nach öffentlicher Empörung über die Anstiftung zum Kindesmissbrauch im Erdbebengebiet wurde die entsprechende Passage gelöscht.

Seit dem Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention zur Prävention von häuslicher Gewalt im Sommer 2021 sind

Selver Büyükkeleş vom feministischen Bündnis Lila Solidarität. Foto: Sabine Küper-Büsch

die an Frauen und Kindern verübten Straftaten in der Türkei deutlich gestiegen. Nach Angaben der zuständigen Behörde wurden 2022 landesweit 44.260 Frauen Opfer von Gewalt, im Jahr davor waren es noch 42.412. Zudem wurden 2.102 Fälle von Kindesmissbrauch aktenkundig, 2021 waren es 1.573. Im Erdbebengebiet multiplizieren sich die Risikofaktoren für Übergriffe, warnen Frauenrechtler*innen.

Solidarität der Frauen

Die Zeltstadt steht neben einer ehemaligen Sportanlage der Stadtverwaltung von Serinyol. Der Pool im Garten ist leer, die Wasserrutsche verwaist. Selver Büyükkeleş sitzt daneben an einem Tisch. In einem der vier Zelte mit Hilfsgütern gibt es Bücher und Spielzeug. Den weiblichen Erdbebenopfern und ihren Kindern stehen inzwischen Toiletten und Duschen zur Verfügung. »In den ersten Tagen gab es überhaupt nichts, um auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen einzugehen. Keine Hygieneartikel oder Toiletten, keine Waschmöglichkeiten«, erzählt sie. Die 27-Jährige ist Teil des landesweiten Netzwerks Frauen-Solidarität, in dem sich verschiedene Berufsgruppen und Frauenverbände zusammengeschlossen haben. Sie selbst ist Mitglied der Lila Solidarität.

Im Erdbebengebiet litten die Frauen vor allem unter der restriktiven Politik der Behörden, berichtet Büyükkeleş. Die junge Frau hat das Erdbeben in Armutlu überlebt, einem Viertel in Antakya, in

»In den ersten Tagen gab es nichts für die Bedürfnisse von Frauen.«
Selver Büyükkeleş

dem vor allem arabische Alevit*innen wohnten. Zusammen mit etwa 400 Überlebenden hatte sie tagelang vergeblich auf Hilfe gewartet. »Die erste Maßnahme der Katastrophenschutzbehörde in Hatay war, eine Toilette zu beschlagnahmen, die wir im zentralen Sevgi-Park errichtet hatten«, berichtet Büyükkeleş. »Auch unsere autonom errichteten Unterkünfte mussten wir abbauen.« Begründet wurden die Maßnahmen nicht, bald mussten die staatlichen Stellen jedoch einsehen, dass sie der Masse an Hilfsbedürftigen nicht gewachsen waren und ließen Eigeninitiativen wieder zu.

Die Lila Solidarität betreut neben dem Hilfszentrum in Serinyol, das Büyükkeleş koordiniert, vier weitere Orte, in denen alleinstehende Frauen in gesonderten Zelten unterkommen können. Das ist dringend notwendig. Die staatlichen Camps nehmen nur Familien auf. »Das führt jedoch dazu, dass Frauen, die eigentlich von ihren Männern getrennt lebten, nun gezwungenermaßen auf engstem Raum wieder mit ihnen zusammenwohnen«, erklärt Büyükkeleş. »Eine Frau kam zu uns, weil ihr Mann, von dem sie sich gerade scheiden lässt, sie mit Wasser aus einem Teekessel verbrüht hatte. Der bestritt das natürlich und behauptete, sie habe das selbst gemacht. Sie berichtete uns, er bedrohe sie mit dem Tode, wenn sie die Scheidung nicht zurückziehe. Wir haben sie jetzt evakuiert und in einer anderen Provinz untergebracht. Ihre beiden Kinder musste sie bei den Schwiegereltern zurücklassen.«

Eine Recherche in einem staatlichen Camp verweigerte der Gouverneur von Hatay mit der Begründung, dies würde die Bewohner*innen stören. Büyükkeleş erkennt darin ein Muster: »Niemand soll hinter die Kulissen blicken. Denn zunächst gab es in dem Camp nicht einmal getrennte Duschen. Dies führte dazu, dass die Frauen sie nicht benutzten, weil sie sich vor sexuellen Belästigungen fürchteten.«

Neben Büyükkeleş sitzt eine junge Frau und malt ein Bild: eine Sonnenblume in knallgelben Farben. Filiz R. ist 22 Jahre alt und studiert an der Mustafa Kemal Universität in Hatay Kunst auf Lehramt. Ihre langen Haare hat sie zu einem Knoten gebunden, den ein Zeichenstift fixiert. Sie betreut Malgruppen für Kinder. Das Zeichnen ist derzeit aber auch für sie selbst eine hilfreiche Beschäftigung, um der in Trümmern liegenden Wirklichkeit Farbe zu verleihen. In Kahramanmaraş, dem Epizentrum des Bebens, erzählt die junge Frau, erschoss ein Lehrer, der seine Frau und zwei Kinder verloren hatte, seine zwölfjährige Tochter und dann sich selbst. »Ich kann Verzweiflung verstehen, auch Selbstmordgedanken. Aber warum musste er das Kind töten?« Psycholog*innen sprechen in solchen Fällen von erweitertem Suizid. Doch die Terminologie fasst die unmenschlichen Realitäten im Erdbebengebiet nicht. ◆

* Namen der Familienmitglieder geändert.

Das provisorische Zuhause der Familie Elgi in der Zeltstadt »Campus der Freunde«.

Das eingestürzte Wohnhaus der Elgis mit dem verschütteten Auto. Fotos: Sabine Küper-Büsch

Von der Türkei errichtetes Lager in Idlib, Syrien. Die Regierung Erdoğan will syrische Geflüchtete dorthin »zurückführen«. Foto: Yahya Nemah / EPA / pa

Geflüchtete als Prügelknaben

Am 28. Mai gewann Amtsinhaber Recep Tayyip Erdoğan die Präsidentschaftswahl in der Türkei. Der Wahlkampf war von Hetze gegen syrische Geflüchtete geprägt.

Der Wahlkampf in der vom Erdbeben schwer getroffenen südtürkischen Provinz Adana hatte vor allem ein Thema: Geflüchtete als Landplage. Auf einem Wahlplakat war ein Mann zu sehen, der versucht, einen Stacheldrahtzaun zu überwinden. Der Text dazu lautete: »Die Terroristen werden niederknien, Geflüchtete nach Hause geschickt und die Diebe zur Rechenschaft gezogen werden.« Mit Hetze wie dieser warb das von der Republikanischen Volkspartei (CHP) angeführte »Bündnis der Nation« von Kemal Kılıçdaroğlu in der Grenzregion zu Syrien um Stimmen.

Doch auch die AKP machte gegen die zumeist syrischen Geflüchteten im Land Stimmung. Erdoğan favorisiert ihre Rückführung in die von der Türkei kontrollierte Enklave Afrin in Nordsyrien. Während des Wahlkampfs sagte er, in den vergangenen Jahren seien bereits 500.000 Geflüchtete freiwillig in ihre Heimat »zurückgeführt« worden und seine Regierung bereite die Rückkehr von einer Million Menschen vor. Gegen die angebliche Freiwilligkeit sprechen aktuelle Berichte von Menschenrechtsorganisationen über erzwungene Deportationen. Der Amnesty-Jahresbericht für 2022 stellte Hunderte willkürliche Festnahmen, Inhaftierungen und rechtswidrige Abschiebungen von syrischen Geflüchteten durch die türkischen Behörden fest.

Kareem O. floh 2016 mit seiner achtköpfigen Familie aus Aleppo, als die Stadt im syrischen Bürgerkrieg durch Bombenangriffe fast völlig zerstört wurde. Seine beiden Söhne arbeiten jetzt als Erntehelfer und verdienen umgerechnet 14 Euro für zehn Stunden Arbeit am Tag. »Wo sollen wir hin?«, fragt der 68-jährige Syrer. »Nach Afrin? Zu den Islamisten?«

Dem Menschenrechtsanwalt Ilhan Örgün zufolge sind Syrer*innen in Adana, einem der fruchtbarsten Anbaugebiete der Türkei, inzwischen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er verweist auf den Global Slavery Index der Organisation Walk Free, in dem die Türkei nach Nordkorea, Mauretanien, Eritrea und Saudi Arabien auf Platz fünf steht. »Syrer sind momentan Sklaven, Prügelknaben bei den Wahlen und werden in der Praxis allenfalls geduldet. Die Mehrheit hat keinen gesicherten Aufenthaltsstatus«, kritisiert Örgün. Dass die Geflüchteten im Wahlkampf eine so zentrale Rolle einnahmen, liegt aus seiner Sicht auch an der Wirtschaftskrise.

Örgün ist Koordinator des »Vereins für das Recht auf ein faires Verfahren« in Adana. Er unterstützt syrische Gefangene, die nach seinen Angaben in Nordsyrien von den dortigen, mit der türkischen Armee kooperierenden Milizen der Freien Syrischen Armee festgenommen wurden. Den Gefangenen wird vorgeworfen, Teil der kurdischen Milizen der YPG zu sein, die von der Türkei als Terrororganisation eingestuft wird. Örgün bezweifelt, dass das der Fall ist. Die meisten seien dafür zu alt, körperlich nicht trainiert, sie seien vielmehr Bauern. Viele der Inhaftierten seien zu langen Haftstrafen verurteilt worden. »Bei den Prozessen wird das Recht mit Füßen getreten. Sie haben keine Übersetzer, die Leute unterschreiben Aussagen, die sie nicht verstehen«, sagt der Menschenrechtsanwalt. Auch Örgün wurde bereits mehrfach angeklagt – wegen Herabsetzung der Sicherheitskräfte. Verurteilt wurde er bislang noch nicht. ◆

Sabine Küper-Büsch

Dein Feind und Helfer

Die Polizei genießt großes Vertrauen bei der deutschen Bevölkerung. Doch zunehmende Berichte über Rassismus, rechtsextremen Terror und gewaltsame Übergriffe auf Bürger*innen lassen das gute Image bröckeln.
Ein Standpunkt von Stephan Anpalagan

Es sind Zahlen, von denen andere Berufsgruppen nur träumen können: Mehr als 80 Prozent der Menschen in Deutschland haben großes oder sehr großes Vertrauen in die Polizei. Sie gehört seit Jahrzehnten zu den Berufen mit dem höchsten Ansehen, und im deutschen Fernsehen beschäftigen sich beinahe 100 Serien regelmäßig mit ihrer Arbeit.

Man kann kaum glauben, dass diese Institution ein Imageproblem hat, obwohl bereits Kinder »Räuber und Gendarm« spielen und Erwachsene in nahezu kultischer Verehrung jeden Sonntagabend den »Tatort« schauen. Seit einigen Jahren bekommt das Bild der freundlichen Polizei allerdings Risse. Risse, die selbst für die Mitte der Gesellschaft sichtbar werden. Nachrichten über Polizeigewalt, Rassismus, Rechtsextremismus, ja sogar Terrorismus in den Reihen der Polizei machen Schlagzeilen. Die seit Ewigkeiten eingeübten Erklärungen verfangen nicht mehr: Die Rede von den »Einzelfällen« taugt ebenso wenig wie der Verweis, die Polizei sei lediglich das »Spiegelbild der Gesellschaft«.

Es ist bemerkenswert, mit welch stoischer Realitätsleugnung Polizeifunktionär*innen, Polizeigewerkschafter*innen und Innenminister*innen die zahlreichen Vorfälle kleinreden und konsequenzlos an sich vorbeiziehen lassen. Dabei wäre es durchaus angemessen, die demokratiefeindlichen Umtriebe in den Sicherheitsbehörden zum Anlass zu nehmen, um deren Aufsicht, Kontrolle und Transparenz zu überprüfen und deren Selbstheilungskräfte zu stärken.

Die Grenzüberschreitungen der uniformierten und bewaffneten Staatsdiener*innen zeichnen ein düsteres Bild: In Essen, Mülheim und Münster stehen Dutzende Polizist*innen im Verdacht, rechtsextreme Bilder in WhatsApp-Gruppen geteilt zu haben. Dem Ermittlungsbericht des Innenministeriums in Nordrhein-Westfalen ging das Handeln der Polizist*innen »deutlich über das Posten rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Inhalte« hinaus und wies »nahezu alle Aspekte des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« auf. Dennoch muss niemand mit Haftstrafen rechnen. Die allermeisten Beschuldigten befinden sich weiterhin im Dienst.

In Düsseldorf wurden zwei Polizisten verurteilt, die einen wehrlosen Mann am Boden fixiert und minutenlang geschlagen haben, bis das Opfer mehrere Knochenbrüche im Gesicht erlitt. Sechs weitere Beamte sicherten die Szene gegen Zuschauer*innen ab. Vor Gericht bestritten die Beamten die Vorwürfe. Nur durch die Aufzeichnungen von Überwachungskameras in der Düsseldorfer Altstadt konnten die Täter überführt und verurteilt werden. Beide Polizisten befinden sich noch immer im Dienst. Die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Auffallend viele »Einzelfälle«

In Frankfurt ließ sich bis zum 1. Polizeirevier zurückverfolgen, wie Anschriften von Rechtsanwältinnen, Politiker*innen und anderen öffentlichen Personen abgerufen wurden. Sie alle erhielten kurz darauf Morddrohungen, die mit NSU 2.0 unterschrieben waren. Als man die Privaträume der Polizistin durchsuchte, die die Daten abgerufen haben soll, stellte man fest, dass sie Mitglied einer rechtsextremen Chatgruppe war, die ausschließlich aus Polizist*innen bestand. Ein be-

Zufall? Personenkontrolle bei einem Partywochenende in Stuttgart, 2. Mai 2022.
Foto: Arnulf Hettrich / Imago

sonders aktives Gruppenmitglied war bereits in der Vergangenheit mit rechtsextremen Sprüchen aufgefallen: Er wohnt mit seinem Bruder, der ebenfalls Polizist ist, in der Rechtsextremistenhochburg Kirtorf. Als man ihre Wohnungen und Grundstücke durchsuchte, fanden die Beamt*innen eine Ausstattung vor, die sie als »Nazi-Museum« bezeichneten.

Und dann sind da noch die Polizist*innen, die sich Terrororganisationen wie »Nordkreuz« oder der »Gruppe S.« angeschlossen haben, Patronen, Leichensäcke und Löschkalk horteten und an einem »Tag X« politische Gegner ermorden, vermeintliche Fremde vernichten und die staatliche Ordnung stürzen wollten.

Doch trotz dieser und zahlreicher weiterer Vorfälle im ganzen Land heißt es vonseiten der Polizei und der Innenministerien, dies seien »Einzelfälle«. Sie seien nicht repräsentativ für einen latenten Rassismus innerhalb der Sicherheitskräfte, seien kein Beleg für einen strukturellen Rechtsextremismus in der Polizei. Problematisch sei vielmehr die fehlende Anerkennung und die Gewalt gegenüber Polizeibeamt*innen.

*Die Taten einzelner Polizeibeamt*innen finden nicht im luftleeren Raum statt.*

Rechtswidrige Kontrollen

Das ist nicht ganz falsch. Wer sich in diesen gefährlichen Dienst begibt, hat es verdient, dass sie oder er ordentlich ausgebildet, ausgerüstet und ausgestattet wird. Dass sie oder er vernünftig bezahlt und geschützt wird. Dass sie oder er von uns allen geachtet und respektiert wird. Doch mit der Ausbildung, der Ausrüstung, der Ausstattung, den Befugnissen, den Mandaten, der Stellung in unserer Gesellschaft geht auch eine besondere Verantwortung einher.

Die Taten einzelner Polizeibeamt*innen finden nicht im luftleeren Raum statt. Polizist*innen bewegen sich in einer Umgebung, in der sich die Ressentiments gegenüber ganzen Bevölkerungsgruppen in offiziellen Polizeibegriffen wie »Nafri« oder »Döner-Morde« entladen. Kaum ein rassistischer Anschlag kommt ohne Polizeiversagen und »Ermittlungspannen« daher. In Fällen rechtsextremen Terrors wie beim NSU oder in Hanau werden regelmäßig die Angehörigen der Opfer verdächtigt – einzig und allein, weil sie Migrant*innen sind. Tausende Polizist*innen kontrollieren jeden Tag nichtweiße Bürger*innen dieses Landes, weil sie das »Racial Profiling« so gelernt haben. Mittlerweile gebieten Gerichte dieser rechtswidrigen Praxis immer häufiger Einhalt.

Der Wunsch nach einer besseren, transparenteren Polizei unter demokratischer Kontrolle geht zurück auf Schutzgüter von Verfassungsrang: dem Wunsch, dass der Staat die Menschenwürde verteidigt, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, dass niemand in diesem Land um Leib und Leben fürchten muss.

Dies sicherzustellen, ist Aufgabe der Polizei. Denn mit großer Macht ist große Verantwortung verbunden. Der Vertrauensvorschuss in die beliebteste Berufsgruppe existiert. Aber nicht mehr uneingeschränkt. ◆

Der Autor ist Diplom-Theologe, Publizist und Geschäftsführer der gemeinnützigen Unternehmensberatung »Demokratie in Arbeit«.

GRAPHIC REPORT: POLIZEIGEWALT

»Mein Auge explodierte«

Von Oliver Grajewski

Es gab eine besorgniserregende Zunahme bei Augenverletzungen oder dem vollständigen Verlust des Augenlichts.
Außerdem gab es Knochen- und Schädelbrüche, Hirnverletzungen, Verletzungen innerer Organe, Blutungen, psychische Traumata.
In den vergangenen Jahren haben die Verfügbarkeit und der Einsatz von Gummigeschossen weltweit zugenommen ...
... und die Militarisierung der Polizeiarbeit bei Protesten vorangetrieben.
Amnesty fordert gemeinsam mit weiteren Organisationen ein Abkommen, um den Handel mit Gummi- und Plastikgeschossen und anderen Waffen zu kontrollieren.
"MY EYE EXPLODED"
Den ganzen Bericht finden Sie unter amnesty.de/polizeigewalt-report

Jede*r kann mich lesen

Gegen Rassismus und Diskriminierung – in Sachsen bringen der Verein JederMensch und Amnesty unterschiedliche Personen ins Gespräch, um Vorbehalte abzubauen. **Aus Leipzig Harriet Wolff (Text und Fotos)**

Hanna ist zufällig vorbeigekommen. Die Lehramtsstudentin für Sonderpädagogik war nur für eine kurze Literaturrecherche in der Leipziger Stadtbibliothek. Eine Schiefertafel hat die 22-Jährige dann neugierig gemacht. Darauf steht in Kreide »Living Library« – veranstaltet von Amnesty International und JederMensch. Hanna betritt interessiert das sogenannte Leipzig-Zimmer, den lichten, großen Veranstaltungsraum der Stadt im ersten Stock der Bibliothek.

»Lasst uns miteinander statt übereinander reden« lautet das Motto der Workshops, deren Herzstück die »Human Books« sind, die »menschlichen Bücher«. Es sind Menschen, die hier und an anderen Orten in Sachsen ihre persönliche Geschichte erzählen. Menschen, die die Kraft finden, zum Beispiel von ihrer Flucht über das Mittelmeer zu berichten. Oder die in ein offenes Gespräch gehen über ihr Leben als non-binäre oder autistische Person. Die Living Library hat Schnittmengen mit dem Konzept der Zeitzeug*innengespräche – doch im Unterschied zu ihnen ist die Zeit, über die man gemeinsam spricht, die Gegenwart.

John Berger, im Hauptberuf Lehrer für Ethik und Gemeinschaftskunde an einer Pflegeschule, hat 2019 als erster in Deutschland begonnen, zusammen mit anderen Engagierten bei Amnesty Sachsen das Konzept der Living Library zu entwickeln. Auslöser war ein bewegender Besuch bei Amnesty im tschechischen Prag. Dort stößt das Konzept schon länger auf großen Zuspruch, unter anderem in Schulen und Universitäten. »Es schafft sichere Begegnungsräume, in denen Menschen ihre Geschichte mit anderen teilen und ihre Erfahrungen respektvoll austauschen«, sagt Berger.

An diesem sonnigen Nachmittag sind es unter anderen Hanna und Simon, die sich zu einem Gespräch von rund 20 Minuten zusammenfinden. Insgesamt sechs Human Books sind gekommen, um aus ihrer Lebensgeschichte zu erzählen. Sie werden vor und nach den Treffen von den Ehrenamtlichen von JederMensch behutsam betreut, heute sind neben John Berger auch Liane Brandt und Peer Belz dabei. Jede*r Teilnehmende kann jederzeit das Gespräch abbrechen oder auf bestimmte Fragen nicht antworten.

Am Eingang zum Leipzig-Zimmer stehen auf bedruckten Zetteln die Kurzbiografien der anwesenden Human Books, die für Gespräche zur Verfügung stehen. Zu ihnen gehört auch Emmanuella, die mit 17 Jahren von Nigeria nach Deutschland floh. »Es ist nicht einfach für mich, in die Vergangenheit zu gehen, aber ich will nicht mehr, dass mir die Vergangenheit wehtut. Deshalb erzähle ich davon«, sagt sie. »Ich will Bewusstsein schaffen für das, was ich erlebt habe, will über meine Flucht, das Kentern mit dem Boot und mein Ankommen hier sprechen.« Heute ist Emmanuella 23 Jahre alt, lebt in Halle und hat ihre Ausbildung zur Kinderpflegerin unterbrochen, weil sie Mutter geworden ist.

John Berger erklärt die Idee des Konzepts: »Wir alle haben Vorurteile und denken in Stereotypen. Living Libraries können Perspektivwechsel provozieren, sie machen sensibler für Diskriminierungen. Und sie lassen uns hoffentlich empathischer zuhören.« Ziel der Workshops ist es, einen zugewandteren, aufgeschlosseneren Umgang mit anderen Menschen, Kulturen und Religionen zu fördern.

Offen für Gespräche: Simon und Hanna, Chamberlin, Emmanuella mit Sohn, Sabine und Mika (von links).

Organisator John Berger, Amnesty Sachsen.

Hanna, die Lehramtsstudentin, hat sich für ein Gespräch mit Simon entschieden, der ebenfalls in Nigeria geboren wurde. Auf seinem biografischen Zettel heißt es unter anderem: »Simon lebt seit 1997 in Deutschland. In den ersten Jahren wurde er hier extrem erniedrigt. Dennoch konnte er einen Masterabschluss (…) machen. Als erste Maßnahme in seiner Arbeitslosigkeit musste er einen Gabelstaplerschein machen, statt Unterstützung für die Jobsuche in seinem Fachgebiet zu erhalten.« Mitten im Gespräch fragt der 51-Jährige Hanna ganz direkt: »Was glaubst du, ist das Bild von Afrika zum Beispiel in den Medien?« Simon schafft es, eindringlich zu vermitteln, wie das meist sehr negative Fremdbild Afrikas zu seinen diskriminierenden Erfahrungen hierzulande beigetragen hat.

Hanna hört aufmerksam zu, stellt immer wieder konzentriert und einfühlsam Fragen. Die Studentin ist dankbar, dass sie spontan derart viel Input mit nach Hause nimmt. »Das wird mich weiter beschäftigen, das hat mich sehr berührt. Und ganz klar ist mir heute auch geworden: Niemand flüchtet, verlässt seine Heimat einfach so, ohne einen schwerwiegenden Grund.«

Wiebke Buth, Vorstand für Menschenrechtsbildung und -training bei Amnesty Deutschland, sieht die Living Libraries als ein spannendes, neues Konzept der Menschenrechtsbildung. Es verstärke »wichtige Prinzipien von Amnesty – nämlich über, durch und für Menschenrechte zu lernen«. Die unmittelbaren Begegnungen »im emotionalen Bereich, die schon in der Vorbereitung für die Veranstaltenden zeitintensiv und fordernd sind, fördern die Zivilcourage, es ist ein extrem positives Geben und Nehmen«. Buth hofft, dass sich die Living Libraries im deutschsprachigen Raum etablieren.

Auch Mika und Sabine sprechen an diesem Tag angeregt miteinander. Sabine ist Lehrerin an einer Oberschule in Delitzsch, sie möchte das Format an ihrer Schule einführen. Mika hat auf seinem Biografiezettel notiert: »19 Jahre alt, trans* nicht-binär, queer und aus dem Autismus-Spektrum. (…) Hilfe von Autismus-Beratungsstellen und Psycholog*innen zu erhalten, ist schwierig und langwierig (…).«

Sabine will von Mika wissen: »Wie hast du gemerkt, dass du anders bist?« – »Mein Alltag kostet mich extrem viel Anstrengung«, erzählt Mika. »Heute weiß ich aber zum Beispiel, was man beim Bäcker sagt – früher war ich in einer solchen Situation überfordert. Ich habe das Gymnasium geschafft, aber ich musste mich nach der Schule sofort ins Bett legen.« Sabine fragt betroffen nach: »Hast du Unterstützung von deiner Familie?« – »Ich hatte es nicht so gut bei meinen Eltern, die wollen mein Sein, so wie ich bin, nicht wahrhaben.« Heute lebt Mika in einer Wohngemeinschaft in Leipzig, seine Mitwohnenden nehmen sein Anderssein an, schätzen ihn für das, was er ist.

»Das Gespräch wird mich weiter beschäftigen, das hat mich sehr berührt.«
Teilnehmerin Hanna

»Für mich ist es anstrengend, als Human Book von mir zu sprechen. Aber die Menschen müssen wissen, wie vielfältig andere Menschen sind. Denn erstmal freuen sich die wenigsten über die Abweichung von der Norm«, meint Mika. Sabine bedankt sich bei ihm; der Austausch hat sie darin bestärkt, ihre Schüler*innen zur Teilnahme an einer Living Library zu ermuntern. »Das Leben ist nicht nur der begrenzte Raum, den man täglich durchquert. Ich will sie an eine offenere, vorurteilsfreiere Sichtweise heranführen.«

Chamberlin, der 2010 aus Nigeria nach Deutschland kam und in Halle eine migrantische Selbsthilfeorganisation mitbegründet hat, sieht seine Arbeit als Human Book als Auftrag »gegen die Angst vorzugehen« – gegen die eigene und die der Mitmenschen: »Es ist nicht immer gewollte Diskriminierung. Oft ist es einfach fehlende Information über andere Erfahrungen«, meint der 40-Jährige. Chamberlin ist stolz darauf, bei der Living Library mitzumachen, wofür er wie alle lediglich eine Aufwandsentschädigung erhält: »Jeder und jede kann mich lesen, ich freue mich immer auf die Gespräche.« ◆

LIVING LIBRARY – GESCHICHTEN VON MENSCH ZU MENSCH

JederMensch e. V. (Living Libraries und Demokratiebildung), Zum Goldberg 20, 06118 Halle (Saale), www.jedermensch.info kontakt@jedermensch.info, @JedermenscheV

DENKERIN FRAGEN: ANGELIKA NUSSBERGER

Viele Autofahrer*innen sehen ihre Freiheit durch die sogenannten Klimakleber*innen eingeschränkt. Diese wiederum sagen, sie nehmen ihr Recht auf öffentlichen Protest wahr. Wer ist im Recht? Bei gesellschaftlichen Konflikten gilt es immer, einen Ausgleich zwischen widerstreitenden Interessen zu finden, dies umso mehr, wenn die jeweiligen Positionen auch grundrechtlich geschützt sind, hier einerseits die allgemeine Handlungsfreiheit gemäß Art. 2 Abs. 1 des Grundgesetzes, andererseits die Versammlungsfreiheit gemäß Art. 8 des Grundgesetzes – dies allerdings nur, soweit die Behinderungen keine strafbare Nötigung darstellen. Die Klimakleber nehmen eine Art Endzeitverantwortung für sich in Anspruch. Sie wollen nicht »im Recht«, sondern außerhalb des Rechts agieren. Allerdings ermöglicht die Demokratie Entscheidungen zu Klimafragen. Ich sehe nicht, dass die Klimakleber und Klimakleberinnen den Nachweis erbracht hätten, dass sie bessere, allgemein akzeptierte Lösungen haben als jene, die im demokratischen Prozess gefunden werden.

Die Klimakrise gefährdet schon heute in vielen Regionen des globalen Südens sowohl das Recht auf Gesundheit als auch das auf Nahrung. Wie kann das Völkerrecht den Klimaschutz legitimieren und voranbringen? Aus meiner Sicht sind multilaterale Abkommen der beste Weg. Darin lassen sich konkrete Pflichten festlegen, die auch sanktionierbar sind. Es ist auch möglich, flexible Klauseln zu vereinbaren, die dem wissenschaftlichen Fortschritt entsprechend anzupassen sind. Die Versuche, den Klimaschutz vor internationale Gerichte – wie gegenwärtig den Internationalen Gerichtshof, den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – zu bringen, halte ich für weniger aussichtsreich. Bleiben die gerichtlichen Feststellungen vage, bringen sie nicht viel, sind sie sehr konkret und auf die unterschiedlichen Staaten zugeschnitten, ist zu erwarten, dass sie als nicht legitim erachtet und nicht befolgt werden.

Was ist der wirksamste Hebel für den Klimaschutz? Das Wichtigste ist, dass alle – sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene – an einem Strang ziehen. Dafür ist vor allem Aufklärung notwendig. Leider sind es immer erst die Katastrophen, die die Dringlichkeit des Klimaschutzes vor Augen führen.

Interview: Uta von Schrenk

Angelika Nußberger ist Professorin für Rechtswissenschaften und leitet die Akademie für europäischen Menschenrechtsschutz an der Universität Köln. Zuvor war sie unter anderem Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Foto: J. Fischnaller / Uni Köln

DAS STECKT DRIN: RÜSTUNG

2,2 Billionen US-Dollar, das sind umgerechnet mehr als 2 Billionen Euro. So hoch belaufen sich die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahr 2022. Das ist ein neuer Höchstwert. Die größte Steigerung der Ausgaben war in Europa wegen des Ukrainekriegs zu verzeichnen.

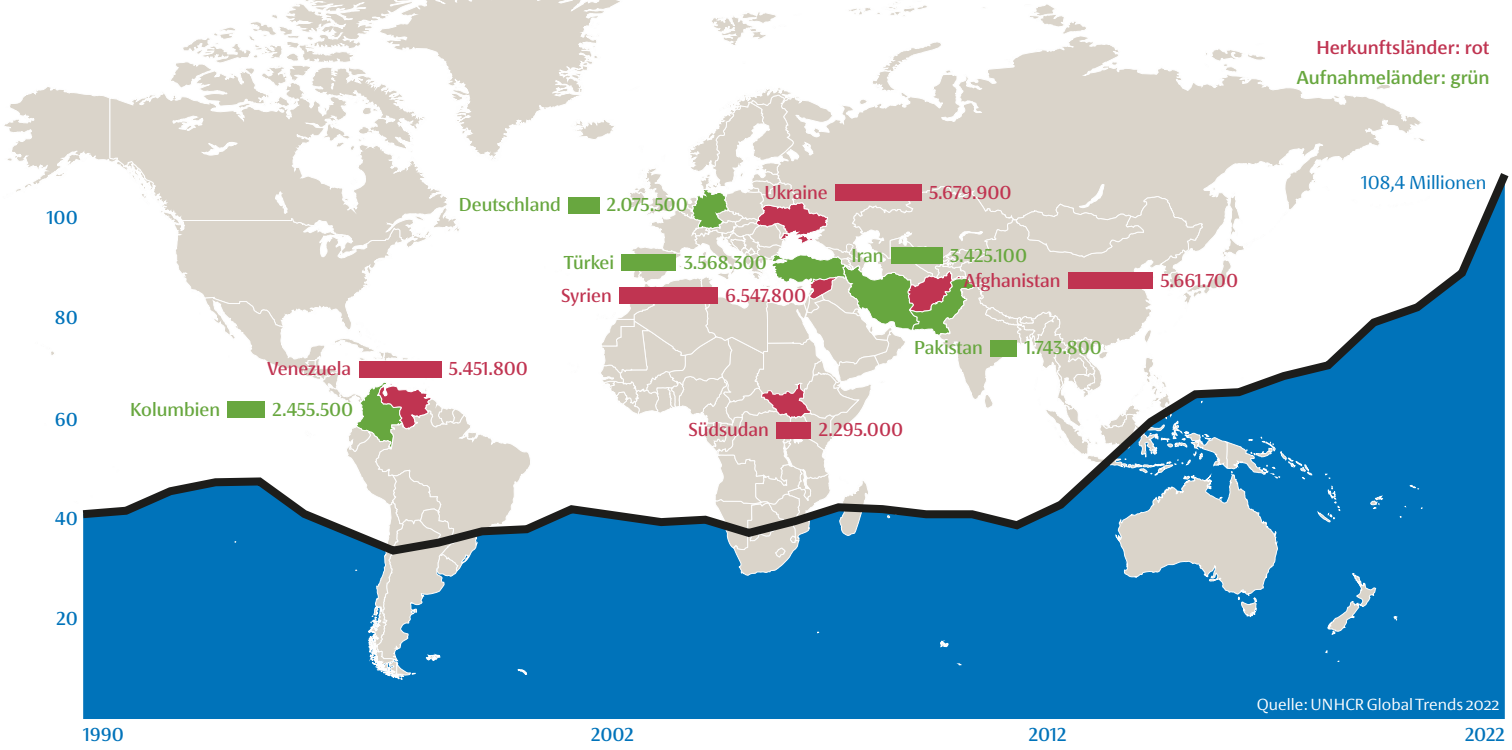
An der Spitze der weltweiten Ausgaben stehen weiterhin die USA mit 877 Milliarden US-Dollar, gefolgt von China (292 Milliarden), Russland (86,4 Milliarden), Indien (81,4 Milliarden) und Saudi-Arabien (75 Milliarden). Auf diese Staaten entfallen zusammen 63 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik (56 Milliarden US-Dollar) liegen auf Platz sieben.

Nur in Afrika gingen die Militärausgaben im Jahr 2022 zurück, nämlich um 5,3 Prozent. Dagegen stiegen sie in Europa um 13 Prozent, im Nahen Osten um 3,2 Prozent, in Asien und Ozeanien um 2,7 Prozent und in Amerika um 0,3 Prozent.

Quelle: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)
Foto: Nerthuz / Shutterstock

SKIZZIERT: GEFLÜCHTETE

108,4 Millionen. So viele Menschen waren Ende vergangenen Jahres auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen . Die meisten von ihnen (76 Prozent) fanden Schutz in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die Mehrzahl der Geflüchteten stammt aus Syrien, der Ukraine, Afghanistan, Venezuela und Südsudan.



BESSER MACHEN: BUNTSTIFTE

Artikel 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbietet Diskriminierung, unter anderem auch aufgrund der Hautfarbe. Der Blick in einen Standardmalkasten zeigt: weit gefehlt. Als Hautfarbe findet sich dort in den allermeisten Fällen nur ein einsamer hellrosa Wachsmal- oder Buntstift. Der Blick aus dem Fenster oder in den Spiegel zeigt, dass dieser eine Stift jedoch nicht ausreicht, um die reale Vielfalt abzubilden. »Viele Kinder können sich selbst, ihre Freund*innen oder ihre Eltern mit dem einen als Hautfarbe deklarierten Stift nicht realistisch malen«, schreibt das Berliner Startup Hautfarben. »Nicht selten stellen sie sich in einem gewissen Alter die Frage: ›Bin ich deswegen nicht normal?‹«

Zusammen mit einem Freund hat Malte Bedürftig Ende 2016 beschlossen, dem Hellrosa weitere Farbtöne hinzuzufügen, um Stereotypen bereits im Kinderzimmer entgegenzuwirken. Das Startup begann mit einem Set zwölf verschiedener Hauttöne. Heute hat das Kleinunternehmen unter anderem auch diskriminierungsfreie Malbücher und Puzzle im Sortiment.

»Unsere Vision ist eine offene, vorurteilsfreie Gesellschaft«, lautet das Credo der Firma. Entsprechend unterstützt sie mit ihren Erlösen gemeinnützige Projekte für Zusammenhalt, Integration und eine Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung, etwa das Projekt »Engagierte Newcomer:innen«, das Geflüchtete und Migrant*innen beim Start in ein Ehrenamt begleitet.

www.hautfarben-buntstifte.de

NAHID TAGHAVI

Der Gesundheitszustand der in Teheran inhaftierten iranisch-deutschen Frauenrechtlerin Nahid Taghavi hat sich enorm verschlechtert. Seit ihrer Festnahme im Oktober 2020 war sie monatelang in Isolationshaft und wurde gefoltert. In einem unfairen Gerichtsverfahren wurde sie zu zehn Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Schreibe an den iranischen Botschafter in Deutschland und fordere Taghavis Freilassung!

KLICKEN FÜR AMNESTY

WWW.AMNESTY.DE/MITMACHEN

Was ist politische Haft?

Was genau bezeichnen wir mit politischer Haft? Und was unterscheidet sie von rechtmäßigen Inhaftierungen? Der Sozialwissenschaftler **Christoph Steinert** analysiert die Hintergründe des Begriffs und die langfristigen Folgen seiner Praxis.

Die Gründung von Amnesty International ist eng verknüpft mit dem Einsatz für gewaltlose politische Gefangene. Der englische Rechtsanwalt Peter Benenson veröffentlichte im Jahr 1961 in der britischen Zeitung The Observer einen Artikel, in dem er die Leser*innen dazu aufrief, sich für die Befreiung von gewaltlosen politischen Gefangenen in der Salazar-Diktatur in Portugal einzusetzen. Die aus diesem Aufruf entstandene Aktion »Appeal for Amnesty« gilt als der Anfang von Amnesty International. Bis heute ist politische Haft ein weit verbreitetes Instrument der Repression gegen Andersdenkende und Minderheiten geblieben. Mit dem Briefmarathon, den Briefen gegen das Vergessen, Eil- und Appellaktionen sowie mit Petitionen setzt sich Amnesty immer noch für gewaltlose politische Gefangene ein.

Woran aber erkennt man politische Haft, und was unterscheidet politische Gefangene von rechtmäßig inhaftierten Straftätern? Inhaftierungen gelten innerhalb eng definierter Grenzen als ein legitimes Instrument des Strafrechts. Kaum jemand würde behaupten, dass die Inhaftierung des norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik eine Menschenrechtsverletzung darstellt. Somit unterscheiden sich Inhaftierungen von anderen Formen staatlicher Repression wie Folter, die immer als Menschenrechtsverletzung anzusehen ist.

Im Falle von Inhaftierungen ist es notwendig, die Gründe und Umstände des Freiheitsentzugs genauer zu betrachten. Entscheidend für die Beurteilung, ob jemand ein politischer Gefangener ist, sind die Handlungen des Staates und nicht des oder der Gefangenen. Das heißt, dass man ein politischer Gefangener sein kann, ohne selbst politisch motiviert gehandelt zu haben.

Die relevante Frage für die Beurteilung von politischer Haft ist nach Anga-

Brutaler Einsatz motorisierter Polizei gegen Protestierende: Teheran, September 2022.
Foto: AP

Entscheidend für die Beurteilung, ob jemand ein politischer Gefangener ist, sind die Handlungen des Staates und nicht des oder der Gefangenen.

ben der UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen, ob der Staat mit der Inhaftierung gegen fundamentale Menschenrechte verstoßen hat. Haftstrafen verletzen die Prozessrechte eines Gefangenen, wenn kein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen Gericht stattfindet. Ein solcher Verstoß liegt zum Beispiel im Fall von Sulaimon Olufemi in Saudi-Arabien vor, der während seines Verhörs gefoltert wurde und keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand hatte. Prozessrechte werden ebenfalls verletzt, wenn jemand über längere Zeit ohne Anklage oder richterliches Urteil festgehalten wird. Außerdem können Menschenrechte durch den Inhalt eines Hafturteils verletzt werden, wie im Fall von mehreren indonesischen Männern, die im Jahr 2020 ausschließlich wegen ihrer sexuellen Orientierung inhaftiert wurden. Sämtliche Haftstrafen, die Menschen aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, sexueller Orientierung, religiöser Überzeugung, gewaltloser politischer Ideologie oder ethnischer Zugehörigkeit diskriminieren, sind als politische Haft zu betrachten.

Für legitime Inhaftierungen ist es nicht ausreichend, dass eine Haftstrafe auf Grundlage nationaler Gesetze »rechtmäßig« ist. Häufig verstoßen nationale Gesetze in Diktaturen gegen die Menschenrechte. Zum Beispiel verletzt das thailändische Gesetz gegen Majestätsbeleidigung, wonach jede kritische Äußerung über das Königshaus zu einer Haftstrafe führen kann, das Recht auf freie Meinungsäußerung. Inhaftierungen müssen immer im Lichte international gültiger Menschenrechtsprinzipien beurteilt werden. Sie sind ausschließlich dann als legitim zu betrachten, wenn sie in einem fairen und öffentlichen Verfahren von einem unabhängigen und unparteiischen Gericht verhängt wurden und die Menschenrechte achten. In allen anderen Fällen spricht man von politischer Haft, und Amnesty International setzt sich für eine unverzügliche Freilassung dieser politischen Gefangenen ein.

Langfristige Folgen von politischer Haft

Autokratische Regierungen verfolgen mit politischen Inhaftierungen meist das Ziel, Oppositionelle zum Schweigen zu bringen und somit potenzielle Gefahren für ihre Herrschaft zu eliminieren. Außerdem sollen politische Inhaftierungen eine abschreckende Wirkung entfalten und die gesamte Bevölkerung disziplinieren. So versucht zum Beispiel das autokratische Regime in Iran seit Monaten, die Protestbewegung durch Masseninhaftierungen von Regierungskritiker*innen unter Kontrolle zu bekommen.

Neue Forschungsergebnisse legen nahe, dass politische Inhaftierungen für autokratische Regierungen langfristig destabilisierend wirken können. Die Ergebnisse beruhen auf umfassenden statistischen Analysen zu politischer Haft in der ehemaligen DDR, worüber dank der Stasi-Archive hochwertige Daten vorliegen. Die empirischen Analysen zeigen, dass ostdeutsche Bürger*innen in denjenigen Regionen des Landes früher und in größerem Umfang gegen das SED-Regime protestierten, in denen ein größerer Anteil der Bevölkerung Opfer von politischer Haft geworden war.

Die langfristig destabilisierenden Folgen von politischer Haft lassen sich sowohl durch direkte Auswirkungen auf die politischen Gefangenen als auch durch indirekte Auswirkungen auf den Rest der Bevölkerung erklären. Politische Haft begünstigt das Entstehen oppositioneller Netzwerke, da politische Gefangene in Haftanstalten oft mit anderen Dissident*innen in direkten Kontakt kommen. So galt zum Beispiel das Gefängnis Robben Island in Südafrika als Brutstätte der Oppositionsbewegung gegen die Apartheid.

Politische Haft verleiht Führungsfiguren der Opposition zudem eine besondere Legitimität, da sie ihre Bereitschaft signalisieren, selbst unter hohen persönlichen Kosten für ihre Ideale einzustehen. Historische Beispiele wie Nelson Mandela, Mahatma Gandhi, Aung San Suu Kyi oder Václav Havel zeigen, dass ehemalige politische Gefangene oft eine entscheidende Rolle im Widerstand gegen autokratische Regime einnehmen. Außerdem erzeugen politische Inhaftierungen Wut und Empörung im restlichen Teil der Bevölkerung. Angetrieben vom Ziel, politische Gefangene aus der Haft zu befreien, mobilisieren sich Oppositionsbewegungen oft in direkter Reaktion auf politisch motivierte Inhaftierungen.

Im Falle der ehemaligen DDR trugen die Proteste gegen politische Haft zum Ende des SED-Regimes bei. Proteste gegen politische Haft finden auch heute in zahlreichen autokratischen Staaten wie Belarus oder Iran statt. Es bleibt eine offene Frage, inwieweit und unter welchen Umständen diese Proteste zu Regimewechseln führen. Die Forschungsergebnisse lassen darauf schließen, dass politische Haft nicht nur eine menschenverachtende, sondern langfristig auch eine kontraproduktive Strategie für Diktaturen ist. Von Teheran bis Minsk scheitern autokratische Staaten bei dem Versuch, unliebsame Ideen hinter Gitter einzusperren und säen dabei ungewollt selbst den Keim des Widerstands gegen ihre eigene Herrschaft. ◆

Dr. Christoph Valentin Steinert hat zum Thema politische Haft an der Universität Mannheim promoviert. Er forscht als Postdoctoral Fellow an der Universität St. Gallen zu menschenrechtlichen Beschwerdemechanismen der Vereinten Nationen und untersucht die Ursachen und Folgen von Menschenrechtsverletzungen in autokratischen Staaten. Seit 2010 ist er Amnesty-Mitglied.
Foto: Farina Stock / Uni Mannheim

Unabhängiger Menschenrechts-journalismus

Seit 50 Jahren erscheint das Amnesty Journal, auch wenn es anfangs Amnesty International Informationen hieß. Über Erfolge, »deprimierende Themen« und die Geschichte eines Heftes, das längst nicht mehr nur gedruckt wird. **Von Maik Söhler**

Zum Geburtstag zuerst ein ehrliches Bekenntnis: Die Ausgabe 7/73 aus dem Juli 1973 ist vermutlich nicht die erste, sondern nur die älteste uns erhalten gebliebene Ausgabe des Journals. Es hat wahrscheinlich davor schon Ausgaben gegeben. Aber in keinem unserer Archive war ein solches Heft zu finden, und auch ein Aufruf an unsere Leser*innen, mal im Keller oder Regal nachzusehen, verhallte ohne Echo.

So nehmen wir eben die Ausgabe 7/73 zum Anlass, um das 50-jährige Erscheinen des Amnesty Journals zu feiern, das damals Amnesty International Informationen hieß, danach AI Informationen, AI Info, AI Journal, schließlich Amnesty Journal. Umfasste die Ausgabe 7/73 noch zwölf Seiten reinen Text in Schwarz-Weiß, so kommen die meisten Ausgaben des Jahres 2023 mit mehr als 80 Seiten daher – Farben, Bilder und Grafiken inklusive.

Was anfangs einmal im Monat gedruckt wurde, erscheint seit 2008 alle zwei Monate, dafür aber als Print-Ausgabe, E-Paper, App für unterschiedliche Betriebssysteme und online auf amnesty.de/journal.

Sieht man sich die ersten Ausgaben der Jahre 1973 bis 1975 an, dann bestechen sie durch eine schnörkellose Direktansprache: In diesem oder jenem Land gibt es Menschenrechtsverletzungen, und Amnesty International fordert die Verantwortlichen auf, das zu beenden. Daneben stehen viele Texte in eigener Sache; sie betreffen Probleme der Buchhaltung, des internationalen Austauschs, oder sie dokumentieren, was der ehrenamtliche Vorstand in Deutschland gerade zu sagen hatte. Jahrzehntelang gehörten solche Beiträge zum Journal wie die Druckerschwärze. Später wurden sie in der Mitte des Heftes gebündelt, dieser Teil hieß dann »Intern«. Seit 2008 informierte »Intern« als eigenes Magazin über die Belange der Mitgliedschaft. Mittlerweile ist es nur noch im Intranet zu finden.

»Hohe journalistische Qualität«

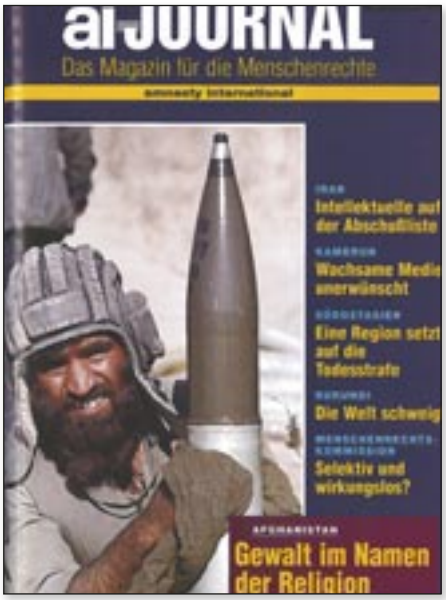
Wera Reusch, die Anfang der Nuller Jahre Journal-Redakteurin war, erinnert sich: »Wir haben mit eineinhalb Stellen jeden Monat ein Journal produziert – alles geplant und redigiert, viel selbst geschrieben, uns um alle Fotos gekümmert. Gleichzeitig haben wir jeden Monat ein gedrucktes Intern produziert und waren im Urlaubs- oder Krankheitsfall auch die Vertretung der Pressestelle.« Auch einige Nachteile analoger Zeiten sind Reusch im Gedächtnis geblieben: »Die Beiträge der Mitglieder kamen mit der Post und mussten abgetippt werden. Unsere Korrekturleserin schickte ihre handschriftlichen Anmerkungen Blatt für Blatt per Fax, wenn nicht gerade Papierstau oder die Rolle zu Ende war.«

Mit ihr und schon lange vor ihr hatte Harald Gesterkamp mit Überarbeitung und Produktionschaos zu kämpfen. Von Ende 1991 bis Anfang 2002 war er Journal-Redakteur. »1991 war das AI Info ein reines internes Mitteilungsblatt, redaktionell aufbereitet wurden nur Berichte aus der Amnesty-Zentrale in London«. Gesterkamp sah es als seine Aufgabe an, das Journal professioneller zu machen. Und tatsächlich erwuchs aus seinem Anspruch mit der Zeit auch ein professionell gemachtes Heft. Immer häufiger gelang der Blick über den Tellerrand, erste externe Autor*innen schrieben fürs Journal.

Mitte der 1990er Jahre wurde das Journal dann farbig. Zuerst gab es eine Farbe pro Heft, später mehr. Und auch positives Feedback auf die Arbeit von Amnesty wurde im Heft gesammelt. So entstanden die »Erfolge«. Ende der Neunziger folgte ein eigenes Redaktionsstatut, das seitdem die Eigenständigkeit des Journals betont und absichert. Der damalige Generalsekretär Volkmar Deile hielt »uns den Rücken frei«, erinnert sich Gesterkamp und verweist auch darauf, dass er politisch in einer »guten Zeit« für Amnesty International gearbeitet habe. »Nach dem Mauerfall gab es für die Menschenrechte viele Fortschritte«, sie seien »auch international kaum infrage gestellt worden, anders als heute.«

Gesterkamp ist stolz auf eigene Recherchen und im Amnesty-Archiv gefundene Dokumente zur Colonia Dignidad in Chile. Als Beweismittel sollten sie noch

»1991 war das AI Info ein reines internes Mitteilungsblatt.«
Harald Gesterkamp



wichtig werden in einem Prozess, den die Colonia Dignidad gegen Amnesty führte. Nach zwei Jahrzehnten gewann Amnesty den Prozess.

»Eine hohe journalistische Qualität« bescheinigt Gesterkamp dem heutigen Journal, und exakt die gleichen Worte wählt Anton Landgraf, der von 2004 bis 2016 als Journal-Redakteur arbeitete. Weil es unabhängig sei, könne es »Menschenrechtsjournalismus machen und Themen teilweise früher als renommierte Zeitungen oder Magazine in den Blick nehmen«. Hinzu kämen ein Fokus auf die Arbeit von Amnesty und ein klares Layout, das seit mehr als 17 Jahren der freie Gestalter Heiko von Schrenk verantwortet.

Für Landgraf gehört die Ausgabe 12/1 zum Jahreswechsel 2008/09 zu den Highlights der Journal-Geschichte: Damals wurde gemeinsam mit dem Greenpeace Magazin ein Heft zum Thema 60 Jahre Menschenrechte produziert. Optisch ein Meilenstein, »aber die Greenpeace-Kolleg*innen fanden die Amnesty-Themen so deprimierend, dass sie das nicht wiederholen wollten«. Umso wichtiger bewertet er die Ausgabe 1/2016 (»Was uns Mut macht«), die positive Themen und konstruktive menschenrechtliche Ansätze versammelte.

Neben den Tops gehören auch die Flops zum Journal: Diverse Botschaften afrikanischer Länder dürften sich in den Zehner Jahren über verwechselte Flaggen in einer Fußball-WM-Beilage ebenso gewundert haben wie später die Historiker*innen Chiles, dessen Militärherrscher Augusto Pinochet im Journal kurzerhand einem Nachbarland zugeschlagen wurde. Wundern durften sich auch die Abonnent*innen des Journals, als die Printauflage im Jahr 2019 plötzlich von 100.000 auf Null gesetzt wurde und die Leser*innen aus dem Nichts heraus aufgefordert wurden, sich für ein gedrucktes Heft oder ein E-Paper per Newsletter zu entscheiden. Immerhin: Fast 19.000 Leser*innen entschieden sich seither neu für die gedruckte Version, mehr als 93.000 erhalten mittlerweile den Newsletter.

Das sind, nach 50 Jahren, gute Zahlen für das Amnesty Journal. Und auch die Verbreitung unserer Artikel auf der Website und in Online-Netzwerken kann sich sehen lassen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass seit mittlerweile fünf Jahrzehnten auch viele unsichtbare Hände und Köpfe am Journal mitarbeiten. Ohne die qualitätssichernde Unterstützung aus dem Haupt- und dem Ehrenamt von Amnesty International wäre das Amnesty Journal sicher nicht das, was es ist. ◆

»KRIEG DEFINIERT UNS NICHT«

Die Nördlichen Marianen im Pazifik sind seit dem Zweiten Weltkrieg ein militärisches Trümmerfeld und für die USA und China weiterhin strategisch interessant. **Theresa Arriola** engagiert sich gegen die Militarisierung der Region.
Von Luciana Ferrando

Foto: privat

Bombensplitter und andere Kriegsaltlasten am Strand zu finden, war für Theresa Arriola ganz normal, als sie ein Kind war. Sie sammelte sie wie andere Kinder Muscheln sammeln. Schiffswracks und Rümpfe von Kampfflugzeugen oder Panzern, die aus dem Meer ragen, dienten ihr als Spielkulissen. Zu Hause in ihrem Garten lag eine alte Bombe, ihre Tante bewahrte in die Jahre gekommene Kugeln auf.

Damals konnte die heute 35-jährige Aktivistin noch nicht verstehen, dass es sich um Zeugnisse des Zweiten Weltkriegs handelte. Ihre Heimat, die Pazifikinsel Saipan, die zu den Nördlichen Marianen gehört, war ein strategischer Ort für Kämpfe zwischen Japan und den USA. Die »Schlacht um Saipan« kostete 1944 mehr als 40.000 Menschen das Leben. Von dort starteten später die Flugzeuge, die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki warfen.

Die Nördlichen Marianen waren in der Vergangenheit von Spanien, dem Deutschen Reich und Japan besetzt. Aktuell gehören sie offiziell zu den USA, verfügen aber über Autonomierechte und eine eigene Verfassung. Erst als Jugendliche fing Arriola an, sich mit der komplexen kolonialen Geschichte der Inseln auseinanderzusetzen.

Entscheidend dafür war die im Februar 2023 gestorbene Aktivistin Jacinta Kaipat. Sie war Künstlerin und Anwältin der indigenen Refaluwasch-Chamorro-Gemeinschaft. Arriola bewunderte sie. »Als ich Jacinta zum ersten Mal begegnete, brachte ich Stift und Papier mit, um alles aufzuschreiben. Sie sagte mir, ich solle den Stift weglegen und einfach zuhören«, erzählt Arriola. »Das war der Beginn einer wunderbaren Freundschaft.« Kaipat habe ihr gezeigt, wie sinnvoll es sei, sich gegen den Militarismus zu engagieren, und sie habe »indigene Frauen ermutigt, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen«.

Für die Chamorro, die zusammen mit den Refaluwasch zu den Ureinwohnern der Inseln gehören, seien zwei Dinge wichtig: die Familie und »Inafa'maolek«: »Dieser Begriff bedeutet, in Harmonie mit der Natur und unserem Land zu sein. Das ist aber unmöglich, solange wir von zukünftigen Kriegen und Militarisierung bedroht sind«, sagt Arriola. Das möchte sie auch ihren vier Kindern weitergeben.

Arriola engagiert sich im Rahmen der Initiative Our Common Wealth 670. Die Organisation versucht mit Bildungs- und Aufklärungsarbeit, mehr Bewusstsein für die aktuelle militärische Bedrohung der Region zu schaffen. Diesem Ziel folgte auch die digitale Ausstellung »Everyday Life in an Imperial Archipelago«, die 2022 an der Freien Universität Berlin entstand. Sie zeigt vor allem künstlerische Aufnahmen des indigenen Widerstands. Arriola hält in Europa, den USA und Kanada Vorträge zu diesem Thema. »Die Nördlichen Marianen sind oft unsichtbar. Je sichtbarer wir werden, desto weniger angreifbar werden wir.«

Auch in ihrer akademischen Laufbahn setzt sich Arriola für die Rechte der indigenen Bevölkerung und gegen die Militarisierung ein. Sie studierte Geschichte und Kulturanthropologie und schrieb eine Dissertation über Militarismus und die Umwelt auf den Nördlichen Marianen unter besonderer Berücksichtigung indigener Identitäten.

Derzeit arbeitet Arriola als Assistenzprofessorin an der Concordia Universität in Montreal, Kanada. »Krieg ist auf unseren Inseln nicht unvermeidlich, nur weil er in der Vergangenheit stattgefunden hat«, sagt sie. »Auch wenn er Teil unseres historischen Gedächtnisses ist, definiert er nicht, wer wir sind.« In den Medien gehe es häufig um mögliche Kriege auf den Inseln, die USA und China spielten dabei eine große Rolle. »Das ist nicht die Zukunft, die ich für meine Kinder will«, sagt Theresa Arriola. »Ich wünsche den nächsten Generationen eine Zukunft, in der sie alle in Frieden die Schönheit unserer Heimat genießen können.« ◆

ZAHL WELTWEITER HINRICHTUNGEN AUF HÖCHSTEM STAND SEIT FÜNF JAHREN

Ein Anfang Juni vorgelegter neuer Bericht von Amnesty International zur weltweiten Anwendung der Todesstrafe dokumentiert für das Jahr 2022 mindestens 883 Hinrichtungen in 20 Ländern – dies ist der höchste Stand seit dem Jahr 2017. Hinzu kommen Tausende Hinrichtungen in China, Nordkorea und Vietnam, die unter Verschluss gehalten werden. Der Anstieg ist vor allem auf Hinrichtungen im Nahen Osten zurückzuführen. In Saudi-Arabien wurden an nur einem Tag 81 Menschen exekutiert. Im Iran wurden 2022 mindestens 576 Hinrichtungen vollstreckt.

Julia Duchrow, die stellvertretende Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, sagte: »Die iranische Führung ist für 65 Prozent der weltweit bekannt gewordenen Hinrichtungen im vergangenen Jahr verantwortlich. Die internationale Gemeinschaft muss den politisch-diplomatischen Druck auf die iranische Regierung spürbar erhöhen und sich vehement für das Recht auf Leben einsetzen.«

Sechs Länder haben die Todesstrafe im vergangenen Jahr vollständig oder teilweise abgeschafft.

(»Todesstrafe gegen Demonstrierende«, Amnesty Journal 02/2023)

Der Bericht kann hier als PDF-Datei heruntergeladen werden:

SYSTEMATISCHE MENSCHENRECHTS-VERLETZUNGEN IN EL SALVADOR

In den Gefängnissen El Salvadors werden Gefangene systematisch gefoltert und gequält. Berichten zufolge starben Inhaftierte aufgrund von Hunger oder Misshandlung und wurden geheim bestattet. Die salvadorianische Menschenrechtsorganisation Cristosal veröffentlichte Ende Mai eine Untersuchung von 153 Todesfällen in Haft, die schwere Menschenrechtsverletzungen des Wach- und Sicherheitspersonals belegt. Der umfassende Bericht untersucht den Zeitraum ab dem 27. März 2022, als die Behörden den Ausnahmezustand verhängten, der seitdem immer wieder verlängert wurde. Anlass war die Ermordung von 87 Menschen innerhalb von zwei Tagen, nachdem ein Pakt zwischen der Regierung und kriminellen Banden gescheitert war. Seitdem wurden zahlreiche Gesetzesänderungen beschlossen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begünstigen.

Inhaftierte im Gefängnis La Esperanza, San Salvador, Juni 2023.
Foto: Presidency of El Salvador / Handout / Anadolu Agency / pa

Auch Amnesty International hat systematische Menschenrechtsverletzungen während des Ausnahmezustands festgestellt. Verfahrensgarantien wie die Unschuldsvermutung und das Recht auf Verteidigung sind ausgesetzt. Festnahmen erfolgen oft willkürlich aufgrund persönlicher Merkmale wie Tätowierungen, eines bestimmten Aufenthaltsorts oder anonymer Anzeigen. Mittlerweile befinden sich seit der Verhängung des Ausnahmezustands mehr als 70.000 Menschen in Haft, die mehrheitlich aus marginalisierten Gebieten und Gesellschaftsschichten stammen.

An den Menschenrechtsverletzungen sind viele Akteure beteiligt: Polizei und Militär wenden extreme Gewalt an. Das Parlament verabschiedet Strafrechtsreformen, die internationalen Vereinbarungen über faire Verfahren widersprechen, und missachtet mit der wiederholten Verlängerung des Ausnahmezustandes die Verfassung. Die Justiz ist nicht unabhängig und wirkt an der Verletzung von Menschenrechten mit. Um der Eskalation staatlicher Gewalt entgegenzuwirken, fordert Amnesty die internationale Gemeinschaft auf, sich mit der Situation in El Salvador zu befassen.

(»Festnahmen ohne Ende«, Amnesty Journal 04/2022)

Weitere Informationen:

SUDANESISCHE SCHRIFTSTELLERIN

Kämpfen? Lesen!

»Make a difference by a book«: Unter diesem Motto hat die Autorin **Stella Gaitano** im Sudan 14 Bibliotheken aufgebaut. Weil sie in ihren Büchern Gewalt und Machtmissbrauch im Land kritisierte, erhielt sie Todesdrohungen und musste fliehen.
Von Cornelia Wegerhoff

In ihren Büchern schildert die Autorin die Konflikte und Kriege, die bittere Armut der Menschen in ihrem Land.
Foto: Maximilian Gödecke

Kamen in Nordrhein-Westfalen: Kleinstadt-Idylle im östlichen Ruhrgebiet. Bevor auf dem Alten Markt der traditionelle Maibaum aufgestellt wurde, hat Stella Gaitano mitgeholfen, den großen Kranz zu flechten, der an der Spitze hängt. Einige Literaturbegeisterte erkannten die Schriftstellerin dabei wieder, denn im Herbst war sie mit der bekannten Kölner Autorin und Schauspielerin Renan Demirkan bei einer Lesung in der Schlosskirche zu Gast. Auch ihre beiden Söhne, 12 und 14 Jahre alt, haben schon Anschluss gefunden: Sie spielen beim VfL Kamen Fußball.

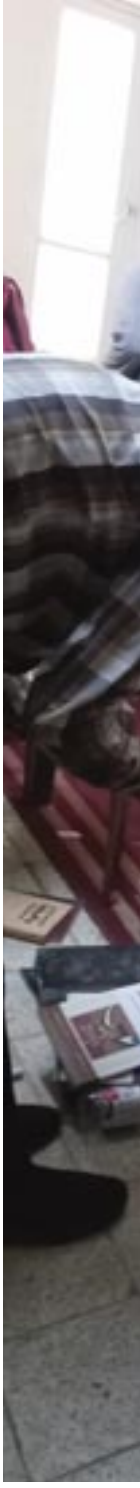
»Ich bin sehr dankbar dafür, dass meine Familie und ich hier in Kamen so freundlich aufgenommen wurden. Vor allem danke ich Papa Bernhard«, sagt Stella Gaitano. Sie meint den Lyriker Bernhard Büscher, bei dem sie gerade am Küchentisch sitzt. Der Kamener ist Mitglied des PEN-Zentrums Deutschland und steht Stella Gaitano bei ihrem Neuanfang in Deutschland zur Seite. Nach ihrer Flucht aus dem Sudan 2022 erhielt sie ein »Writers-in-Exile«-Stipendium des Schriftstellerverbands. Sie lernt jetzt Deutsch, schreibt an einem neuen Buch. Und doch ist die 43-Jährige in Gedanken derzeit öfter in Khartum als in Kamen. Sie macht sich große Sorgen um ihre Angehörigen und Freunde dort, denn seit Mitte April herrscht im Sudan der Ausnahmezustand – wieder einmal.

Leichen auf den Straßen

Grund sind die schweren Gefechte zwischen dem sudanesischen Militär und paramilitärischen Milizen, die von zwei rivalisierenden Generälen angeführt werden. Seitdem wurden mehr als 1.800 Menschen getötet. Die Bilder der Leichen auf den Straßen und der eiligen Evakuierung ausländischer Staatsbürger*innen gingen um die Welt. Die Bewohner*innen der Hauptstadt Khartum blieben zwi-

»Das Militär hat die Revolution gestohlen.«
Stella Gaitano

Im Zentrum der sudanesischen Schriftsteller-Union in Khartum freut sich die Initiatorin im Jahr 2021 über die vielen Bücherspenden.



schen den Fronten zurück. Sie hätten größtenteils keinen Strom und kein Wasser, berichtet Gaitano, die versucht, den Kontakt zu halten. Die Supermärkte seien leer, es fehle an Essen und Medikamenten, es gebe Plünderungen. Nach UN-Angaben waren bis Anfang Juni mehr als 1,6 Million Sudanes*innen auf der Flucht. Zehn Anläufe zu einer landesweiten Waffenruhe gab es mittlerweile, doch es wird weiter gekämpft.

»Wir haben das alles erwartet«, stellt Stella Gaitano nüchtern fest. Sowohl der sudanesische Armeechef und De-facto-Präsident Abdel Fattah al-Burhan als auch RSF-Befehlshaber Mohammed Hamdan Dagalo, ehemals Vizepräsident, hätten große Truppen hinter sich, enorme Mengen an Waffen und keinerlei Loyalität gegenüber der Zivilbevölkerung. 2021 putschten sie sich gemeinsam an die Macht, zerstritten sich dann aber. Beide seien keine Unbekannten, sagt die Schriftstellerin. Sie hätten auch schon in der westsudanesischen Konfliktregion Darfur zahlreiche Verbrechen begangen. Stella Gaitano hat sich nie mit Kritik an Korruption und Gewalt zurückgehalten. Nachdem sie wiederholt Todesdrohungen erhielt, musste sie untertauchen und aus dem Sudan fliehen.

Als Nestbeschmutzerin diffamiert

Die Autorin ist in Khartum geboren und aufgewachsen, aber ihre Eltern stammen aus dem Südsudan. 2011, als der Südsudan unabhängig wurde, erklärte der damalige sudanesische Staatschef Omar al-Baschir alle Bürger*innen mit südsudanesischen Wurzeln zu Fremden, sie wurden staatenlos. Gaitano war schon damals eine bekannte Schriftstellerin. Sie schrieb für Zeitungen und hatte mit ihrem ersten Kurzgeschichtenband »Wilted Flowers« (Verwelkte Blumen) für Aufsehen gesorgt: In tiefgründigen Geschichten schilderte sie die Folgen der jahrzehntelangen Konflikte und Kriege im Sudan, das große Leid, die bittere Armut der Menschen.

Der sudanesischen Regierung war sie schnell ein Dorn im Auge. Stella Gaitano war Hasskampagnen ausgesetzt, verlor ihre Arbeit. 2011 ging sie in den Südsudan, in der Hoffnung, in dem jungen Staat herrsche mehr Gerechtigkeit. »Aber es gab wieder Korruption, es gab wieder Diskriminierung, und die politisch Verantwortlichen spielten verschiedene ethnische Gruppen gegeneinander aus«, erzählt sie. Als Stella Gaitano öffentlich Kritik übte, diffamierte man sie als Nestbeschmutzerin und zensierte ihre Texte.

Nachdem im Südsudan 2013 Krieg ausbrach, kehrte die Autorin 2015 in den Norden zurück, nach Khartum. Doch war sie dort nur geduldet, musste vorsichtig sein, um nicht inhaftiert und abgeschoben zu werden. Auch beim sudanesischen Volksaufstand 2018/19 hielt sie sich im Hintergrund, dokumentierte aber das Aufbegehren der jungen Generation. Zwar sei Langzeitdiktator al-Baschir gestürzt worden, doch habe das Militär die Revolution gestohlen, stellt Stella Gaitano klar. Ihr schon vor dem Aufstand erschienener Debütroman »Eddo's Soul«, der die Abgründe eines zerrissenen Landes auslotet, erschien später auch auf Englisch. Es war das erste Werk einer Autor*in mit südsudanesischen Wurzeln, das international besprochen und ausgezeichnet wurde.

Ab 2020 habe sie wieder im Sudan reisen können, erzählt Stella Gaitano. Sie wollte sich für den Friedensprozess stark machen und bot in Darfur Workshops für

Freiwilligen-Teams sammeln, sortieren und verpacken die Bücher für den Weitertransport in die lokalen Bibliotheken.

In Armenvierteln und abgelegenen Regionen gibt es jetzt kostenlosen Zugang zu Büchern und Kulturangeboten.

Fotos: Stella Gaitano

kreatives Schreiben an. Sie habe die jungen Leute aufgefordert, mehr zu lesen, sich zu bilden. Doch die hätten ihr erklärt, in den armen, abgelegenen Regionen Darfurs könne man keine Bücher kaufen, es gebe auch kaum Büchereien. Zurück in Khartum startete Gaitano ihre Initiative »Make a difference by a book« (»Mit einem Buch etwas bewegen«). Sie rief öffentlich dazu auf, Bücher zu spenden. Mit Erfolg: Binnen weniger Monate kamen mehr als 22.000 Bücher zusammen. In Darfur und auch in anderen Krisenregionen, etwa im Bundesstaat Blauer Nil, in den abgelegenen Nuba-Bergen und auch in Armenvierteln von Khartum konnte sie innerhalb von zwei Jahren 14 Bibliotheken eröffnen. Die Ausleihe ist kostenlos, Freiwillige helfen bei der Organisation. Eine Bücherei befindet sich in einem ehemaligen Gefängnis, das nach der Revolution zu einem Frauen- und Jugendzentrum umgebaut wurde.

Stella Gaitano strahlt, wenn sie von ihrer Initiative spricht. Sie selbst habe als Kind bis zur 6. Klasse Probleme mit dem Lesen und Schreiben gehabt, gibt sie offen zu. Ihre Eltern konnten ihr nicht helfen, sie waren Analphabet*innen. »Aber meine Mutter erzählte uns jeden Abend Gute-Nacht-Geschichten. Wenn sie aus dem Zimmer ging, erzählte ich meinen beiden Schwestern im Zimmer einfach die Fortsetzung. Bis meine Mutter rief: ‚Stella, schlaf jetzt!'« Irgendwann habe sie begonnen, ihre Geschichten aufzuschreiben. Ihre Kommiliton*innen an der Universität, wo sie Pharmazie studierte, hätten ihre Texte dann an eine Zeitung geschickt. So habe ihre Reise begonnen, erzählt Stella Gaitano lächelnd. Doch beim Gedanken an den jüngsten Gewaltausbruch verfinstert sich ihr Gesicht.. Die Autorin hofft inständig, dass die jungen Sudanes*innen weiter lesen statt zu kämpfen, und sie tut alles dafür, um ihre Initiative auch von Kamen aus zu unterstützen: »Das wird unsere Art der Revolution.« ◆

Den Teufelskreis durchbrechen

Im südafrikanischen Gqeberha lernen Kinder und Jugendliche aus einem Township, sich künstlerisch auszudrücken. **Von Lena Reich**

Die Bilder an den Wänden zeigen bunte Hütten, vor denen zwei Frauen um einen Suppenkessel stehen, oder eine Frau, die einem kleinen Mädchen aus einem Buch vorliest. Auf einer Zeichnung ist eine Figur inmitten eines Raumes dargestellt, den Kopf zur Brust geneigt. Eine sehr zeitgenössische Stimmung geht von diesen Werken aus, die von Kindern und Jugendlichen aus dem Township Walmer gemalt wurden und die Räume der Kunstschule Masifunde zieren.

»Das ist Kunst, das ist Leben«, sagt Banele Njadayi stolz und deutet mit seinem riesigen Schlüsselbund auf die Malereien. Der 41-jährige mit der großen Brille und einem freundlichen Lächeln leitet die Kunstschule der Masifunde Changemaker Academy in Gqeberha, wie die südafrikanische Stadt Port Elizabeth seit Februar 2021 heißt. Als Njadayi die Tür zum Kunstraum aufschließt, strömen ein Dutzend Schüler*innen wortlos an ihm vorbei und nehmen gelassen an zwei langen Tischen Platz. Aus dem Schrank greift der Kunstlehrer einen Stapel DIN A 3-Blätter, Paletten mit Ölkreiden und verteilt sie. Täglich bietet er hier Malkurse an, am Nachmittag, wenn die Kinder aus den Schulen nach Hause kommen und über freie Zeit verfügen. »Damit sie nicht auf dumme

Unterricht in der Malklasse von Masifunde.
Foto: Laura Klapper

*»Bei uns lernen die Schüler*innen, ihren Blick auf die Welt zu schärfen.«*
Banele Njadayi

Gedanken kommen«, sagt Njadayi, der selbst aus einem Township stammt.

Über bodentiefe Fenster fällt der Blick auf einen kleinen Garten, in dem zwei Wassertanks stehen. Dahinter glänzen die Wellblechdächer von Walmer, das zu den ältesten informellen Vierteln der Stadt gehört. Nach Schätzungen der NGO Masifunde, Trägerin der gleichnamigen Kunstschule, leben hier auf rund vier Quadratkilometern mehr als 40.000 Menschen. Die Hälfte davon sind Kinder und Jugendliche. Ihnen will Njadayi Kraft geben: »Für mich ist Kunst die Möglichkeit, mit der Welt zu kommunizieren, ohne den Mund aufmachen und sprechen zu müssen. Bei uns lernen die Schüler*innen, ihren Blick zu schärfen und ihre Meinung, ihre Wahrnehmung der Welt in Bildern und Skulpturen zu äußern.« Für die Malereien, die nun im Flur der Schule hängen, bat er die Mädchen und Jungen, ein Motiv aus Kunstbüchern zu wählen, zu denen sie in der Bibliothek Zugriff haben. Diese Motive sollten sie auf ihre eigene Weise interpretieren und mit ihrer persönlichen Situation in Verbindung bringen. »Es war eine Art Bewusstseinsübung, auch um zu verstehen, was in unseren Gemeinden vor sich geht.«

Als Njadayi vor zehn Jahren sein Studium am College in Gqeberha abbrach und begann, als Kunstvermittler bei Masifunde zu arbeiten, waren die Kunstgruppen noch übersichtlich. Heute unterrichtet er knapp 200 Kinder und Jugendliche. Erst mit der Zeit sei das Bewusstsein der Familien dafür gewachsen, dass Kunst und kreative Arbeit den sozialen Zusammenhalt fördern und das Selbstvertrauen stärken. Unter Njadayis Regie stellen die Kids ihre Kunstwerke in Galerien der Stadt aus und sorgen damit auch für einen Austausch zwischen denen, die in den Townships wohnen, und jenen, die auf der anderen Seite leben.

Ohrringe aus Wellblech vom Dach

Einer, der es auf die andere Seite geschafft hat, ist Lwando Lunika. Als 16-Jähriger verwandelte er mit der Masifunde-Malgruppe die grauen Betonwände in Walmer in bunte Kunstwerke, nahm mit seinen mitreißenden Porträts an einer Schulausstellung in Gqeberha teil und beeindruckte die Direktorin des Wits Arts Museum in Johannesburg derart, dass sie ihn mit einem Stipendium zum Weitermachen ermutigte. Heute gehört Lunika zu den gefeierten zeitgenössischen Künstler*innen Südafrikas und wird von einer Johannesburger Galerie vertreten. Sein riesiges Bild hängt im Flur und erinnert die Kinder daran, dass auch er einmal in der Kunstschule Masifunde war. Masifunde ist isiXhosa, eine der elf Landessprachen Südafrikas, und heißt: Lasst uns lernen. Mit Chören, Theatergruppen, Musikunterricht und anderen Programmen setzt das 45-köpfige Team auf Bildung durch Vertrauen und gibt den rund 350 Kindern und 200 arbeitslosen Jugendlichen Struktur in ihrem Leben. In der Schmuckwerkstatt gleich neben dem Hauptgebäude verarbeiten Trainees das Wellblech der Dächer zu Ohrringen und Ketten, die sie in Malls und auf Märkten verkaufen, machen junge Väter eine Ausbildung zum Barrista oder sorgen für die Stromversorgung des Gebäudekomplexes durch Solarpanels. Mit Bewerbungstrainings und einem riesigen Computerraum unterstützt Masifunde die Zukunft der Jugend. »Mit Jugend meinen wir Menschen zwischen 18 und 35 Jahren«, erklärt Banele Njadayi«Die Hälfte hat die Schule abgebrochen, mehr als die Hälfte ist arbeitslos.« Knapp 30 Jahre nach dem Ende der Apartheid und dem Versprechen Nelson Mandelas, Bildung für alle zu etablieren, versucht der Verein, den Teufelskreis aus Armut, Korruption, schlechter Gesundheitsversorgung und Gewalt zu durchbrechen.

Amnesty International macht seit Jahren auf das marode Bildungssystem Südafrikas aufmerksam, das noch immer vom Erbe der Apartheid gezeichnet ist. Viele Schulen haben kein fließendes Wasser oder angemessene Toiletten. Oft lernen bis zu 60 Kinder in einem Klassenraum, in dem der Putz von den Wänden bröckelt und die Infrastruktur kurz vor dem Zusammenbruch steht. Die Corona-Pandemie hat die Probleme noch verschärft. Ein im Februar veröffentlichter Amnesty-Bericht belegt, dass unter dem Lockdown in Südafrika, der länger als drei Monate dauerte und mit einer strikten Ausgangssperre verbunden war, besonders Kinder und Jugendliche aus ärmeren Gemeinden litten. Sie hatten weder Strom- noch Internetanschluss, lebten mit ihrer Familie in viel zu kleinen Hütten aus Stein oder Wellblech und hatten kaum zu essen. Zeitgleich wurde ein Alkohol- und Zigarettenverbot ausgesprochen, quasi eine ganze Nation auf kalten Entzug gesetzt, die Gewalt nahm extrem zu.

Auch davon erzählen die selbstgemalten Bilder in den Fluren der Kunstschule Masifunde. »Wir hatten wirklich Angst um unsere Kinder, weil sie durch die Schulschließung kein Schulessen bekamen«, sagt Njadayi und breitet eine Zeitung vor sich aus. Während der Pandemie kreierte er mit seinen Kolleg*innen mehrere Ausgaben voller Bildergeschichten und Rätsel gegen Langeweile und Stress und verteilte sie mit Essenspaketen an den Haustüren der Familien. Auch jetzt ist die Kunstschule mehr als ein Ort der Kreativität und künstlerischen Ausbildung. Sie ist ein Schutzraum für die Jugend von Walmer und damit für das ganze Viertel. ◆

Botschaft der Hoffnung

Die malische Musikerin Fatoumata Diawara ist längst ein Weltstar. Trotzdem singt sie in ihrer Muttersprache Bambara – für Versöhnung und gegen weibliche Genitalverstümmelung. **Von Thomas Winkler**

Fatoumata Diawara ist noch ein wenig krank. Man hört es ihrer Stimme an, die müde aus dem Telefon kommt. Die Sängerin und Musikerin ist aber überzeugt von der heilenden Kraft ihrer Profession: »Ich kann krank sein, aber wenn ich auf die Bühne gehe, ist alles verflogen. Musik heilt, zumindest die Seelen der Menschen.« Musik, glaubt Diawara, hat eine Macht, die keine andere Kunstform hat, erst recht nicht die Politik. Musik bringt Menschen zusammen, hebt ihre Stimmung, sie kann der kleinste gemeinsame Nenner sein – und sogar Feinde zusammenbringen und einen Krieg beenden.

Fatoumata Diawara muss es wissen, es ist ihr schließlich 2013 beinahe gelungen, einen Krieg zu beenden. Der scheinbar ewig währende Bürgerkrieg in ihrer Heimat hatte neue grausame Höhen erreicht, es gab einen Aufstand der Tuareg, einen Putsch des Militärs, und Islamisten besetzten Teile des Nordens. Die Musikerin hatte schon einen gewissen Bekanntheitsgrad – über Mali und ihre damalige Wahlheimat Frankreich hinaus – als sie das Projekt »United Voices of Mali« startete. 40 der bekanntesten Musiker*innen aus verschiedenen Landesteilen und unterschiedlicher ethnischer Herkunft fanden zusammen. Mit dem Song »Mali-ko« warben sie für Frieden und bewiesen, dass ethnische, religiöse und lokale Differenzen überwunden werden können. Mali sei zwar bis heute ein zerrissenes Land, doch sei dieses Lied noch heute jeden Tag zu hören, sagt Diawara voller Stolz: »Es ist fast so etwas wie eine Nationalhymne geworden. Seitdem weiß ich, dass man mit Musik etwas erreichen kann.«

Nun scheint sie sich ein ungleich größeres Projekt vorgenommen zu haben. Eine Utopie: Der Videoclip zu »Nsera«, der ersten Single aus ihrem neuen Album »London Ko«, beginnt mit dem Bild eines Kindersoldaten, der von seinem viel zu großen Helm erdrückt zu werden scheint. Aber schnell wechselt die Stimmung: Man sieht Menschen selbstbewusst in die Kamera blicken, sie tragen traditionelle und moderne Kleidung, tanzen klassisches Ballett und im HipHop-Club, gehen auf die Jagd und fahren mit dem Motorrad durch die Stadt. Mit seinem ansteckenden Rhythmus und einem Refrain, der sich im Ohr festsetzt, präsentiert »Nsera« ein Afrika, das bunt, divers, traditionell und zugleich modern, aber vor allem friedlich ist. Am Ende wirft der Kindersoldat Helm und Maschinengewehr in einen Sumpf. Der dreieinhalb Minuten lange Film ist ein Fest aus Farben und Eindrücken, ein Traum davon, was Mali sein könnte.

Nein, antwortet Diawara, das Mali aus »Nsera« entspreche nicht der Wirklichkeit, aber nur eine Fantasie sei es eben auch nicht: »Afrika kann sehr farbenfroh sein, aber die politische Realität ist oft dunkel. Es gibt immer Hoffnung, aber das Leben ist hart, es gibt Krieg, es herrscht Armut, Kinder gründen Gangs und bringen sich gegenseitig um. Aber mir geht es auch darum, dass es nicht so wirkt, als würde der ganze Kontinent in Selbstmitleid versinken, denn es gibt auch Länder wie Ghana oder Nigeria, die auf einem guten Weg sind. Wenn es Missstände in einem Land gibt, muss man sie aber benennen.«

Das tut Diawara, vor allem die Situation der Frauen thematisiert sie immer wieder. »Sete« ist der zweite Song in ihrer Karriere, in dem sie die weibliche Beschneidung verurteilt. Die Genitalverstümmlung, so heißt es in dem Lied, gefährde das Leben der kleinen Mädchen, dabei seien sie die Zukunft des Landes.

Die Sängerin hat selbst Unterdrückung erfahren. 1982 als eins von 21 Kindern ihres Vaters in der Elfenbeinküste geboren, wuchs sie unter schwierigen Bedingungen in Mali auf. Mit 18 Jahren wurde sie für die Bühne entdeckt und spielte

»Als ich vor der Zwangsehe weggerannt bin, habe ich alles aufgegeben.«
Fatoumata Diawara

Auf ihrem neuen Album »London Ko« arbeitet Diawara mit dem Britpopper Damon Albarn und anderen internationalen Musiker*innen zusammen.
Foto: Julie Edwards / Avalon / pa

in Paris bei einer »Antigone«-Inszenierung mit. Zurück in Bamako bekam sie ein Angebot einer renommierten Schauspieltruppe, aber ihre Eltern verboten ihr die Schauspielerei und wollten sie stattdessen verheiraten. Sie floh vor der Zwangsehe und tourte die nächsten sechs Jahre als Schauspielerin, Tänzerin und Sängerin durch die Welt. »Als ich weggerannt bin, habe ich alles aufgegeben, ich hatte nicht mal einen Euro in der Tasche«, erinnert sie sich. »Aber ich hatte ein Ziel, ich wollte Künstlerin werden und von meiner Kunst leben können.«

Brücke zwischen Mali und der Welt

Das ist ihr längst gelungen. Den endgültigen Durchbruch schaffte sie 2007 mit der Hauptrolle im Musical »Kirikou«, später sang sie Background für Jazz- und Soul-Legenden wie Herbie Hancock, Dee Dee Bridgewater und Bobby Womack, trat in Glastonbury auf, dem wichtigsten Festival Großbritanniens, gewann beim Africa Festival Würzburg den Africa Festival Award und arbeitete mehrfach mit der Indie-Pop-Band Gorillaz zusammen. Deren Mastermind Damon Albarn, einst Chef der Britpop-Ikonen Blur, sei mittlerweile »mehr als ein Freund«, sagt sie. »Er ist ein Bruder.« Sechs der 14 Songs auf »London Ko« hat Diawara gemeinsam mit Albarn geschrieben: »Er hat zu mir gesagt: Du bist die Brücke, die Mali mit dem Rest der Welt verbindet.«

Die Verbindung zu dieser Welt hat die Sängerin, die zwischen Italien und Mali lebt, zweifellos aufgenommen. Sie feiert internationale Erfolge – und singt weiterhin ausschließlich in ihrer Muttersprache Bambara. Warum nicht auf Englisch? »Ich mache das für die Menschen in Mali«, sagt sie. »Mir geht es darum, die Mentalität der neuen Generation zu verändern. Wenn ich vor einem westlichen Publikum spiele, weiß ich, dass die Menschen in einer Gesellschaft leben, in der sie zu viel Arbeit und keine Zeit zum Genießen haben – meine Aufgabe ist es, diesen Menschen Freude zu bereiten. Sie sollen sich aufgehoben fühlen in meiner Musik, geborgen wie ein Baby.«

Dass diese »Babys« die Nachfahr*innen jener Kolonisator*innen sind, die einst ihre Heimat ausgebeutet haben und der Grund für viele Probleme sind, die Mali bis heute plagen, ist Diawara bewusst. Fragt man sie, ob sie Hoffnung hat für Afrika, ob ihre Utopie für Mali eines Tages doch Wirklichkeit werden könne, dann wird die müde Stimme am anderen Ende der Telefonleitung plötzlich kräftiger, kämpferischer: »Ich glaube fest an mein Land, meinen Kontinent. Die Afrikaner müssen lernen, ihre eigene Geschichte zu schreiben. Wenn wir immer nach Papa rufen, werden wir nicht erwachsen. Aber es muss auch endlich Schluss sein mit dem Paternalismus. Den Kolonisatoren sage ich: Wir kündigen die alten Verträge auf! Wir brauchen keinen Papa und keine Mami, wir können auf eigenen Füßen stehen.« ◆

Fatoumata Diawara
»London Ko«
(3ème bureau/
Wagram Stories)

Fritz Kittels Mut

In einer Wanderausstellung begibt sich die Schriftstellerin Esther Dischereit auf die Spuren eines Reichsbahnarbeiters, der ihre Mutter und ihre Schwester vor Deportation und Ermordung rettete. **Von Brigitte Werneburg**

Der Mann war nicht in der Hitlerjugend, nicht bei der SA und kein NSDAP-Parteimitglied. Das zeigt der Fragebogen, den jede*r Deutsche nach 1945 in der amerikanischen Besatzungszone ausfüllen musste. Offenbar war er auch kein Parteigänger der KPD oder SPD und auch kein bekennender Christ. Fritz Kittel war ein schweigsamer, eigenständig urteilender, mutiger Mann. Ein Bahnarbeiter. Im Ersten Weltkrieg war er mit dem Ehrenkreuz der Frontkämpfer ausgezeichnet worden.

Als die Schriftstellerin Esther Dischereit im Berliner Landesarchiv nach den Akten ihrer Mutter Hella Zacharias und ihrer Schwester Hannelore fragte, sagte der Angestellte: »Sie sind hier aufgelistet: im Buch der Juden aus Berlin. Sie sind tot.« Den anschließenden Dialog gibt Dischereit wie folgt wieder: »Ich sagte: Nein, sie sind nicht tot. Ich kann es bezeugen. Der Archivar sagte, dann könne er diese Namen aus dem Buch der ermordeten Berliner Juden streichen. Ich sagte, ja. Er sagte: Wann habe ich das schon einmal in den letzten Jahrzehnten tun können. Eigentlich nie. Er holte einen Stift.«

Es war Fritz Kittel, der Hella Zacharias, die mit ihrer Tochter untergetaucht und auf der Flucht war, vor Deportation und Tod rettete. Als Bahnarbeiter war er für die Ladung und Entladung der Waggons am Bahnhof Sorau, heute Zary, zuständig. In dieser Stadt in der Niederlausitz hatten sich Hella und Hannelore Zacharias, die ursprünglich in Berlin lebten, 1943 unter falschem Namen bei ihrer Bekannten Ida Goldberg angemeldet. Doch weil sie dort nicht bleiben konnten, nahm Fritz Kittel die beiden auf und versteckte sie im Lazarettweg 1.

Von diesem Fritz Kittel, der sich nicht wegduckte, sondern ausscherte, gegen das Gesetz verstieß und zwei Menschen zur Seite stand, als sie Hilfe brauchten, handelt eine Wanderausstellung, die nach Stationen in Berlin, Chemnitz und Herringen auch in Frankfurt am Main und Nürnberg gezeigt wird, recherchiert und realisiert von Esther Dischereit mit Unterstützung der Deutschen Bahn.

Vom Nichtwissen und Hörensagen

Ausstellungsort in Berlin war das Technikmuseum. Im Lokschuppen 2 fiel eine große weiße Tafel auf, mit einer Chronologie auf der einen und bunten Filmstills auf der anderen Seite. Sie stammen aus kurzen Videos über die Recherchen. Dazu kommen drei Schränke: einer für Fritz Kittel, einer für Hella und Hannelore Zacharias und einer für die Bahn. Zieht man die Schubladen der Schränke auf, sieht man unter Glas alte Fotografien, Briefe, Notizen, Broschüren, amtliche Dokumente und kleine Objekte wie eine goldene Uhr mit Kette, die Fritz Kittel immer bei sich trug, oder eine gehäkelte Handtasche von Hella Zacharias Mutter.

In den untersten Schubladen finden sich 17 kurze »Texte zum Mitnehmen«. In diesen literarisch verdichteten Notizen spricht Esther Dischereit auch vom Nichtwissen und Hörensagen, das mit Fritz Kittel verbunden ist, vom Ahnen und Vermuten, das – anders als die Dokumente und Objekte – nicht ausgestellt, aber erinnert und erzählt werden kann.

Tafel und Schränke waren im Technikmuseum direkt neben einem jener Güterwagen platziert, die zum Transport in die Konzentrations- und Vernichtungslager eingesetzt wurden. Die Reichsbahn stellte damals für jede*n Deportierte*n einen ermäßigten Tarif für Sonderzüge in Rechnung und verdiente gut an den Transporten. Ohne ihre Logistik und Ressourcen wäre der Holocaust nicht möglich gewesen. Die Deutsche Bahn als Nachfolgerin der Reichsbahn hat sich erst nach einem quälend langen Prozess zu ihrer Mittäterschaft bekannt und Historiker*innen beauftragt, dieses Kapitel ihrer Vergangenheit aufzuarbeiten.

Bei der Ausstellungseröffnung in Berlin sprach Bahnchef Richard Lutz. Anwesend waren auch Fritz Kittels Tochter Ernestine und sein Enkel Peter Kittel. Als Esther Dischereit sie ausfindig gemacht hatte, waren sie völlig ahnungslos. Denn Fritz Kittel hatte weder von der Frau erzählt, die er erst versteckt und zuletzt als seine Ehefrau ausgegeben hatte, noch von deren Tochter, die in Sorau als seine vermeintliche Nichte die Schule besuchte und am Sonntag sogar den Gottesdienst, um nicht aufzufallen. Nach dem Krieg war der Kontakt zwischen Kittel und den beiden Frauen abgerissen. Esther Dische-

Als Ehefrau und Tochter getarnt, überlebten Hella und Hannelore Zacharias.

Der Bahnarbeiter Fritz Kittel machte nicht viel Aufhebens um sein mutiges Engagement.
Fotos: Deutsche Bahn AG / Dominic Dupont

reit hörte ihre Mutter zwar seinen Namen nennen, doch starb die Mutter früh, und die Schwester begann erst nach und nach über ihren Überlebenskampf zu sprechen, zuletzt in einem Video für die Ausstellung.

Ein Personalausweis der Deutschen Reichsbahn, der am 23. März 1945 für »Hella Kittel« ausgestellt wurde, belegt, dass Fritz Kittel seine Schützlinge mit nach Westen nahm, als sich die Rote Armee Sorau näherte. Mit dem letzten Zug aus dem Osten erreichten sie das hessische Herringen, wohin der Bahnarbeiter in den letzten Kriegswochen versetzt worden war. Dort gingen Hella und Hannelore den anrückenden amerikanischen Panzern entgegen und baten um Hilfe. Im Schrank »Hella und Hannelore Zacharias« findet sich ein handgeschriebener Zettel eines Befehlshabers, der sie zu Schutzbefohlenen der Befreiungsarmee erklärte. Später wurde der Zettel durch eine Bescheinigung der Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte in Groß-Hessen ersetzt. Dazu schreibt Esther Dischereit: »Das ist ein Papier, das meine Mutter erhielt. Wie sehen die Papiere aus, die die Menschen, die sich heute haben retten können, erhalten? Nützen sie denen, die sie erhalten? Wofür? Hoffentlich erhalten sie solche Papiere.«

Im dritten Schrank erschließen Dokumente die Geschichte der gewöhnlichen Reichsbahner, etwa des Oberbaurats Richard Brademann, der in einem Schreiben an die Reichskanzlei 1933 Kolleg*innen als jüdisch, als marxistische Gewerkschafter*innen oder Freimaurer*innen denunzierte, oder des stellvertretenden Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn, Albert Ganzenmüller, der tatkräftig an den Deportationen mitwirkte. Er wurde wegen Beihilfe zum Mord vor Gericht gestellt, doch wurde der Prozess gegen ihn 1973 aus gesundheitlichen Gründen eingestellt. Er lebte danach noch 23 Jahre unbehelligt. Reichbahndirektor Paul Levy dagegen wurde 1935 wegen seiner jüdischen Herkunft entlassen und 1943 im KZ Auschwitz ermordet. ◆

Multimediale Spurensuche: In den Schubladen finden sich alte Fotografien, Briefe, Dokumente – und Alltagsgegenstände wie die gehäkelte Handtasche.

Die Wanderausstellung ist vom 16. August bis 15. Oktober im Museum Judengasse in Frankfurt am Main und ab Mitte Oktober im DB-Museum in Nürnberg zu sehen.

»Ich lernte, dass jeder, der mit dem Rechtssystem in Berührung kommt, schuldig ist.« Reyhaneh Jabbari 2008 im Gerichtssaal.

Foto: Golara Sajadieh / epa / pa

»Denn der Wind wird dieses Buch sein«

Shole Pakravan, Aktivistin gegen die Todesstrafe, erzählt vom kurzen, aber eindrucksvollen Leben ihrer Tochter Reyhaneh, die mit 26 Jahren im Iran unschuldig hingerichtet wurde. **Von Parastu Sherafatian**

Als ich, Reyhaneh Jabbari, 20 Jahre alt war, lernte ich nach und nach Verfahrenstechniken. Ich lernte, dass eine Angeklagte schon vor der Verhandlung und der Verurteilung schuldig ist. Ich lernte, dass jeder, der mit dem Rechtssystem in Berührung kommt, schuldig ist, bis das Gegenteil bewiesen wird.« Dies schrieb Reyhaneh in einem Brief, den sie gegen Ende ihrer siebenjährigen Haft verfasste. Sie war im Alter von 19 Jahren inhaftiert worden, nachdem sie sich mit einem Messer gegen einen Mann gewehrt hatte, der sie vergewaltigen wollte. Er starb kurz darauf, und Reyhaneh wurde zum Tode verurteilt. 2014 wurde sie trotz eines öffentlichen Aufschreis und des unermüdlichen Einsatzes ihrer Familie hingerichtet.

Während der Jahre im Gefängnis schrieb Reyhaneh häufig. Sie brachte ihre Gedanken, Sorgen und alles, was ihr hinter den Mauern der berüchtigten iranischen Gefängnisse geschah, auf Papier – oft in Form von Briefen an ihre Familie, insbesondere an ihre Mutter, Shole Pakravan. Diese sammelte jede Form von Kommunikation mit ihrer Tochter, auch Telefonate, die sie aufzeichnete und später verschriftlichte. Um einen der letzten Wünsche ihrer Tochter zu erfüllen, nämlich »dem Wind übergeben zu werden«, schrieb Shole Pakravan nun die Geschichte ihrer Tochter nieder.

Das Buch »Wie man zum Schmetterling wird« beschreibt nicht nur mit eindringlichen Worten die grausame und ungerechte Realität des iranischen Justizsystems, sondern schildert auch eine unerschütterliche Beziehung zwischen Mutter und Tochter. Das Leben der beiden Frauen wird parallel erzählt, die Perspektive der inhaftierten Reyhaneh wechselt sich ab mit der ihrer Mutter außerhalb des Gefängnisses. Shole Pakravan öffnet den Leser*innen auf eindrucksvolle Art die Augen, indem sie über den tiefen Schmerz berichtet, den Todesurteile auslösen. Beide Frauen haben zu keinem Zeitpunkt die Hoffnung aufgegeben, dass Reyhaneh und andere zum Tode verurteilte Menschen Gerechtigkeit erfahren werden. Und obwohl man als Leser*in von Anfang an weiß, wie Reyhanehs Leben enden wird, hofft man während des Lesens doch auf ein Wunder.

»Auch wenn Reyhaneh nicht wieder lebendig wird – keine andere Frau soll ein ähnliches Schicksal erleiden wie sie«, schreibt Shole Pakravan in ihrem Buch. Ein Satz der erklärt, was ihren unermüdlichen aktivistischen Einsatz gegen die Todesstrafe bis heute antreibt. »Wie man zum Schmetterling wird«, bildete die Grundlage des diesjährigen Berlinale-Gewinnerfilms »Sieben Winter in Teheran«. Es ist ein einprägsames Werk, das anhand des Schicksals von Reyhaneh vom Leben in Irans Gefängnissen erzählt und von dem großen Leid, das Hinrichtungen verursachen. ◆

Shole Pakravan, Steffi Niederzoll: Wie man zum Schmetterling wird. Das kurze, mutige Leben meiner Tochter Reyhaneh Jabbari. Piper, Berlin 2023, 272 Seiten, 24 Euro

BÜCHER

Schwarz und Frau

Tsitsi Dangarembga, die 2021 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, ist vor allem durch ihre Tambudzai-Trilogie bekannt. Darin beschreibt sie, wie eine Frau in Simbabwe um weibliche Selbstbestimmung kämpft. Ihr Einsatz für Freiheitsrechte ist den Machthaber*innen in ihrer Heimat ein Dorn im Auge: 2022 wurde Dangarembga wegen Teilnahme an einer Demonstration zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt. Im Mai 2023 sprach der Oberste Gerichtshof sie frei.

Mit »Schwarz und Frau – Gedanken zur postkolonialen Gesellschaft« veröffentlichte die Autorin nun einen Essayband über ihre persönlichen Erfahrungen mit Kolonialismus, Rassismus und Sexismus. Schonungslos analysiert sie die Übernahme kolonialer Mechanismen durch die Machthaber*innen in Simbabwe nach der Unabhängigkeit und den schwierigen Kampf schwarzer Feministinnen: »Die Tatsache, dass wir uns einen Platz genommen haben, so wie wir sind, (…) macht uns zum größten Albtraum des Status quo.«

Für Dangarembga war das Schreiben ein Prozess, sich ihrer selbst bewusst zu werden: »Auch wenn es den Prozess des Schreibens nicht einschränkt, dass ich schwarz und eine Frau bin, so positioniert es doch, worüber ich schreibe.« Eindrucksvoll ist ihr Plädoyer für eine revolutionäre Dekolonisierung: »Wenn die Logik der Aufklärung Rassismus, Sklaverei, Genozid und Kolonialismus war, dann ist Dekolonisierung die einzige Logik, die Hoffnung für die Zukunft birgt. (…) Dekolonisierung, die alle von Furcht befreit, erfordert eine neue Revolution der Fantasie und dessen, was sie diskursiv hervorbringt.«

Ihre Essays sind ein brillanter Beitrag zur Dekolonisierungsdebatte und eine Einladung zur kritischen Auseinandersetzung mit unseren Selbstgewisssheiten wie auch mit dem Text selbst.

Tsitsi Dangarembga: Schwarz und Frau – Gedanken zur postkolonialen Gesellschaft. Aus dem Englischen von Anette Grube. Quadriga, Köln 2023, 159 Seiten, 22 Euro

Im Schatten des Vaters

Haus, Baum, Wachstum. Das sind die zentralen Metaphern eines neuen Buchs, das von der Sehnsucht nach Verortung und Halt erzählt. Fikri Anıl Altıntaş beschwört allerdings kein romantisches Heimatidyll. Im Gegenteil. »Im Morgen wächst ein Birnbaum« ist von einer nervösen Unruhe geprägt, vom stetigen Zweifel des Autors, von rastloser Selbstreflexion: Wer bin ich? Warum ist das so? Wer und wie möchte ich sein?

Altıntaş wurde 1992 in Wetzlar geboren und ist seit Jahren ein gefragter Publizist zu den Themen Männlichkeit und Rassismus. Als Botschafter von UN Women Germany setzt er sich dafür ein, Männer für Geschlechtergerechtigkeit zu sensibilisieren. In seinem Erzähldebüt blickt er nun auf die eigene Familiengeschichte und macht deutlich, wie dankbar er seinen Eltern ist. Durch harte Arbeit und Entbehrungen haben sie ihm, der Politik- und Osteuropawissenschaften studierte, eine andere Lebensrealität ermöglicht. Dennoch tut sich Altıntaş schwer damit, seinen Vater uneingeschränkt zum Vorbild zu nehmen: »Denn es gab auch eine andere Seite: das Schreien, die Vorwürfe, das strenge Auftreten, die Bestrafungen.«

»Im Morgen wächst ein Birnbaum« erzählt keine klischeehafte Geschichte über einen autoritären türkischstämmigen Vater. Vielmehr denkt Altıntaş feinfühlig und differenziert darüber nach, wie seine eigenen Männlichkeitsvorstellungen davon beeinflusst wurden, dass sich sein Vater ihm gegenüber kaum verletzlich zeigen konnte. Erklärungen sucht er etwa in den Rassismuserfahrungen der Familie, aber auch in der Fluchtgeschichte nach dem Militärputsch 1980.

Altıntaş' Fokus auf seinen Vater als zentrale Sozialisationsinstanz mag sinnvoll erscheinen. Gleichzeitig fällt aber auf, wie gesichtslos die Mutter sowie mehrere namenlose Freundinnen und Geliebte bleiben. Diese große Leerstelle wäre ein idealer Ausgangspunkt für ein weiteres Buch.

Fikri Anıl Altıntaş: Im Morgen wächst ein Birnbaum. Btb, München 2023. 176 Seiten, 22 Euro

Bedrohte Jugend

»Du hast dir vielleicht im Geiste vorgestellt, wie ich aussehe. Wenn du dich an stark übertriebenen jüdischen Stereotypen orientierst, dann liegst du goldrichtig. Masel tov. Ich bin ein wandelnder Bar Mizwa: mit dunklen Locken und einer ziemlich prägnanten Nase.«

Isaac Blum verleiht seinem Ich-Erzähler Jehuda Rosen, genannt Hoodie, eine Erzählstimme, die durchzogen ist von Selbstironie und Selbstreflexion. Scharfsinnig, zuweilen sarkastisch, aber immer glaubhaft berichtet Hoodie aus der Mitte einer jüdisch-orthodoxen Gemeinde in den USA. Es ist eine Geschichte über die erste Liebe, das Heranwachsen in einer Glaubensgemeinschaft, das hin- und hergerissen sein zwischen Erwartungen und Zwängen, die mit den eigenen Wünschen und Träumen des Teenagers unvereinbar scheinen. Denn Hoodie verliebt sich in Anna-Marie, eine Nichtjüdin, die zu allem Überfluss die Tochter der Bürgermeisterin ist, die Stimmung gegen die wachsende jüdische Gemeinde macht. Obwohl Hoddie weiß, dass er keinen Kontakt mit Anna-Marie haben darf, sucht er ihre Nähe und gerät in immer größere Schwierigkeiten, bis er schließlich von der jüdisch-orthodoxen Gemeinschaft und sogar von seiner Familie geächtet wird.

Parallel zu Hoodies persönlichem Konflikt mehren sich die antisemitischen Übergriffe. Es beginnt mit Hakenkreuzen auf Grabsteinen, Jugendliche werden auf offener Straße verprügelt. Die Gewalt gipfelt in einem Terrorakt, bei dem mehrere Menschen getötet werden. Hoodie überlebt den Anschlag schwer verletzt und erzählt für die Leser*innen rückblickend die Vorgeschichte der Katastrophe. Vor dem Hintergrund jüdischen Lebens in den USA und wachsendem Antisemitismus stellt »Ruhm und Verbrechen des Hoodie Rosen« immer wieder die universelle Frage nach Freiheit und Menschlichkeit.

Isaac Blum: Ruhm und Verbrechen des Hoodie Rosen. Aus dem Englischen von Gundula Schiffer. Beltz & Gelberg, Weinheim 2023, 224 Seiten, 15 Euro, ab 14 Jahren

Bücher: Georg Schäfer, Till Schmidt, Marlene Zöhrer

Als Burka Band musizieren Frauen aus Afghanistan hinter dem Ganzkörperschleier.
Foto: Monika Enterprises

Benefiz aus dem Underground

Die Compilation »Hope For Her Future« macht mit der ganzen Bandbreite und Power experimenteller Popmusik auf die schwierige Lage von Mädchen in Afghanistan aufmerksam. **Von Thomas Winkler**

Gut gemeint ist bekanntlich nicht immer gut gemacht. Gerade in der populären Musik herrscht bisweilen die Ansicht vor, die edle Absicht könne das musikalische Ergebnis retten. Wohltätige Musikprojekte wie Bob Geldof und Band Aid haben zweifellos ihre Verdienste, aber »Do They Know It's Christmas?« bleibt trotzdem großer Kitsch. Das gilt auch für die deutsche Band für Afrika mit ihrem Lied »Nackt im Wind«.

Die Gefahr, in die Falle der Gefühlsduseligkeit zu tappen, besteht bei »Hope For Her Future – A Compilation for Girls in Afghanistan« nicht. Das Projekt wurde vom Musiker*innen-Netzwerk Underground Institute initiiert und in Zusammenarbeit mit der in Hamburg ansässigen NGO Afghan Women's Association umgesetzt. Die Compilation versammelt zwar unterschiedliche Stile und Künstler*innen aus vielen verschiedenen Ländern, wirft sie aber nicht nach Band-Aid-Vorbild zusammen, um den kleinsten gemeinsamen Nenner für einen Radiohit zu finden. Stattdessen steuern alle Beteiligten jeweils ein eigenes Stück bei – und die 25 Songs stehen zwar im Dienst der guten Sache, sind aber auch eine breit angelegte Demonstration dessen, was experimentelle Popmusik leisten kann.

Zu den bekanntesten Namen, die dabei sind, gehören Gudrun Gut, Gründungsmitglied der Einstürzenden Neubauten und New-Wave Pionierin, und der legendäre Neue-Deutsche-Welle-Outsider Felix Kubin. Auch die kalifornische Experimental-Rockband Xiu Xiu wird weltweit von Kritiker*innen gefeiert. Die Reise, auf die uns »Hope For Her Future« entführt, geht aber noch weiter um die ganze Welt: El Khat aus Israel spielen wundervoll verqueren arabischen Pop. Die kanadische Singer/Songwriterin Michelle Gurevich sagt »Goodbve My Dictator«, und es bleibt unklar, ob einer toxischen Beziehung eine Absage erteilt wird oder dem verbrecherischen Regime der Taliban. Die Irin Nina Hynes spielt kindlich-verträumten Elektropop, die Portugiesin Rita Braga eine melancholisch scheppernde Ballade, und Audrey Chen, US-Amerikanerin mit chinesischen Wurzeln, erforscht in einer gewagten Klangcollage die Abgründe der menschlichen Stimme.

Im Vergleich zu diesen extrem experimentellen Tracks wirkt der Song der Burka Band geradezu brav. Aber die Frauenband aus Kabul, deren Mitglieder sich seit 2002 hinter der von den Taliban verordneten Ganzkörperverschleierung vor Verfolgung schützen, darf natürlich nicht fehlen. Ihr Song heißt »I Care For You«, und genau darum geht es: dass die Situation in Afghanistan weiter im Bewusstsein bleibt. Die Songsammlung will darauf aufmerksam machen, dass die Lage von Frauen und Mädchen mit jedem Tag gefährlicher wird, was im schnell rotierenden Nachrichtengeschäft leider leicht in Vergessenheit gerät. »Hope For Her Future« ist mehr als eine gut gemeinte Benefizaktion: ein nicht immer leicht konsumierbarer, aber jederzeit spannender Ritt quer durch die internationale Underground-Musik. ◆

Siehe auch Seiten 16–19.

»Hope For Her Future – A Compilation for Girls in Afghanistan« (erhältlich über Bandcamp: https://underground-institute.bandcamp.com/album/hope-for-her-future-a-compilation-for-girls-in-afghanistan)

FILM & MUSIK

Surreal, aber kritisch

Könnte der Teppichboden im Spielzimmer der Kita, diese chaotische Mischung aus Bausteinen, Puppen und Plüschtieren, sein eigenes Lied singen, dann klänge das wohl wie die Musik von Kate NV. Die Sängerin, Produzentin und Musikerin, die eigentlich Ekaterina Shilonosova heißt, bezieht Teile ihrer Inspiration aus den heute surreal anmutenden Märchenfilmen ihrer russischen Heimat. Auch japanisch mutet die Klangwelt auf ihrem neuen Album »WOW« an, wenn naiv-bunte, aber trotzdem schräge Sounds über vertrackte Beats ausgestreut werden wie Legosteine. Folgerichtig singt Kate NV weder Russisch noch Englisch, sondern bloß sinnlose Silben, die sich, zusätzlich im Computer zerhackt, zu einer Fantasiesprache fügen.

Das Ergebnis ist weit abgerückt von der Realität. Doch ist sich Shilonosova durchaus im Klaren darüber, was um sie herum und im Rest der Welt passiert. Im Gegensatz zum Großteil der russischen Musikszene hat sich die weiter in Moskau lebende Musikerin deutlich positioniert. Die Einnahmen aus ihrem Album »Bouquet« von 2022 gehen an Geflüchtete des Ukraine-Krieges, und die von »WOW« zum Teil an die NGO »War Child«. »Das sind nur kleine Gesten«, sagte sie im Interview. »Aber dieser Krieg ist inhuman und verheerend. Er zerstört so viele Leben und Existenzen. Jeder normale Mensch würde etwas gegen den Krieg unternehmen.« Kate NVs Botschaft ist deutlich. Angst, ins Visier der Obrigkeit zu geraten, hat sie trotzdem nicht: »Ich bin eine Nischen-Künstlerin, ich ziehe nicht viel Aufmerksamkeit auf mich.« Das könnte sich bald ändern, denn ihr nächstes Projekt ist international: Unter dem Namen Decisive Pink hat sie sich mit der US-Musikerin Angel Deradoorian zusammengetan – und ihren kindlich durchgeknallten Sound deutlich zugänglicher gestaltet.

Kate NV: »WOW« (RVNG Intl.)
Decisive Pink: »Ticket To Fame« (Fire/Cargo)

Leben im Ausnahmezustand

»Straßen voller Leichen sind wir gewöhnt, wir schließen uns zusammen wie die Nussschalen …«: Im Bagdad des Jahres 2006 herrscht der Ausnahmezustand. Man lebt mit Selbstmordanschlägen, Polizeikontrollen und Ausgangssperren. Drei Jahre nach der US-geführten Invasion und dem Sturz Saddam Husseins hat sich das Leben in der irakischen Hauptstadt auf sehr niedrigem Niveau eingependelt, findet Sara. Die alleinerziehende Mutter und verhinderte Autorin ist die Hauptfigur von »Unser Himmel … Unser Fluss«.

In ihrem Spielfilm wirft die in England lebende irakische Regisseurin Maysoon Pachachi einen Blick zurück auf eine Nachkriegsgesellschaft, die eher eine Nochkriegsgesellschaft ist. Es gibt viele Grausamkeiten, und doch ist auch immer wieder Zeit für Verbindendes. Weil wenig funktioniert, unterstützen sich die Menschen gegenseitig.

Zukunft ist ein großes Wort, Flucht eine ständige Überlegung. Auch Sara trägt sich mit dem Gedanken, den Irak zu verlassen. Ein Treffen mit ihrem ehemaligen Literaturdozenten lässt sie jedoch ins Nachdenken kommen. Sie ist überzeugt, dass ihre schriftstellerische Arbeit brachliegt, weil sich nicht die richtigen Worte für die unhaltbare Lage finden lassen. Doch der Lehrer erinnert sie daran, welch großes Talent sie besitzt. Wäre es nicht besser, sich über das Schreiben das Land, den Tigris und ganz Bagdad, also »Fluss und Himmel« wieder anzueignen?

Pachachi ist eine Literaturverfilmung der besonderen Art gelungen: Sie erzählt von einer Alternative zum stummen Aushalten oder Weggehen, davon, dass sich eine schwierige Gegenwart in etwas anderes verwandeln lässt, und seien es Gedichte. »Gerade jetzt ist es wichtig, Geschichten von individuellem Widerstand und Hoffnung über den Nahen Osten zu erzählen, wo so viele es immer noch schaffen, als Menschen miteinander solidarisch zu sein«, findet die Regisseurin.

»Unser Fluss … Unser Himmel«. D u. a. 2021. Regie: Maysoon Pachachi, Darstellerinnen: Darina Al Joundi, Zainab Joda. Kinostart: 6. Juli 2023

Steinzeit in Moria

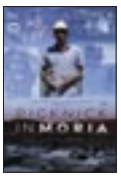
Talibshah Hosini ist ein TV-Regisseur und Theaterschauspieler, der aus seiner Heimatstadt Kabul flüchten musste. In seinen Videos hatte er sich kritisch über die Taliban geäußert. Er und seine Familie landen 2020 auf der griechischen Insel Lesbos im Flüchtlingslager Moria, das zum Sinnbild für die Härten der europäischen Asylpolitik wurde. Dort geht nichts vorwärts. Wie vielen anderen drückt man ihm den roten Stempel auf die Papiere – sein Asylantrag wurde abgelehnt. Nichtsdestotrotz beginnt er mit dem, was er kann: Dreharbeiten im Flüchtlingslager. »Kino berührt die Menschen auf der ganzen Welt«, ist er sich sicher.

Die litauische Filmemacherin Lina Lužytė begleitete Hosinis Dreharbeiten ihrerseits mit der Kamera. Wie leben die Menschen, die in seinem Film zu Wort kommen? Einer der internierten Männer züchtet Tomaten: »Es tut gut, etwas Grünes zu sehen.« Ein anderer berichtet über die verschiedenen Möglichkeiten, eine Dusche zu bauen. Sind das Nebensächlichkeiten? Nein: In dem für 2.500 Menschen ausgelegten Lager leben zum Zeitpunkt des Films 13.000. Die Infrastruktur ist zusammengebrochen. »Wir sind in der Steinzeit gelandet«, sagt Hosini. Nun warteten die Geflüchteten darauf, »was Gott sagt – und dann die EU-Behörden«.

Verzweiflung macht sich breit. Gegen alle Widrigkeiten bringt der Regisseur sein Werk zur Aufführung, einen Film mit und über diejenigen, die in Moria leben. Dann bricht ein Feuer aus, das Lager wird geräumt. Zwar wird schleunigst ein neues eingerichtet, doch werden im Zuge dessen auch viele Asylanträge anerkannt.

Sie wolle den Schmerz und die Angst der Geflüchteten bewusst machen, sagt die Filmemacherin Lužytė. »Um den Blick zu erweitern und sie nicht als Empfänger von Almosen darzustellen, sondern als Menschen, die etwas zu sagen haben.«

»Picknick in Moria« ist ein Statement gegen die Hoffnungslosigkeit derer, die in den Randzonen der EU landen.



»Picknick in Moria«. D 2022. Regie: Lina Lužytė. Derzeit in den Kinos

Musik: Thomas Winkler, Film: Jürgen Kiontke

SCHREIBEN SIE EINEN BRIEF

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, wegen ihrer Ansichten, Herkunft oder aus rassistischen Gründen inhaftiert, ermordet, verschleppt, oder man lässt sie verschwinden. AMNESTY INTERNATIONAL veröffentlicht an dieser Stelle regelmäßig Geschichten von Betroffenen, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Internationale Appelle helfen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden. Sie können mit Ihrem persönlichen Engagement dazu beitragen, dass Folter gestoppt, ein Todesurteil umgewandelt oder ein Mensch aus politischer Haft entlassen wird. Schreiben Sie bitte, im Interesse der Betroffenen, höflich formulierte Briefe an die jeweils angegebenen Behörden des Landes.

Foto: Lizet van de Kamp/Amnesty

TÜRKEI
SAMSTAGSMÜTTER

Seit 1995 kamen die sogenannten Samstagsmütter Woche für Woche auf dem Galatasaray-Platz in Istanbul zusammen und forderten Gerechtigkeit für ihre »verschwundenen« Angehörigen. Als die Mahnwache am 25. August 2018 zum 700. Mal stattfand, löste die Polizei den mehrheitlich von Frauen organisierten friedlichen Protest mit Tränengas, Plastikgeschossen und Wasserwerfern auf. Seitdem verhindern die türkischen Behörden die Versammlungen der Gruppe, deren Mitglieder teilweise über 80 Jahre alt sind, obwohl diese immer friedlich waren und nie zu Gewalt aufriefen.

Eine der Samstagsmütter, Maside Ocak (Foto), deren Bruder in den 1990er Jahren dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen ist, ging juristisch gegen das Verbot der 700. Versammlung im August 2018 vor. Am 23. Februar 2023 wurde ein Urteil des Verfassungsgerichts veröffentlicht, das feststellte, dass Maside Ocaks Recht auf friedliche Versammlung verletzt worden sei, und das die Behörden anwies, sicherzustellen, dass »die Verletzung des Rechts in Zukunft verhindert wird«. Leider haben sich die türkischen Behörden nicht an die Entscheidung vom 23. Februar 2023 gehalten. Die Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich seit dem 8. April 2023 wieder auf dem Galatasaray-Platz versammeln, wurden wiederholt festgenommen und/oder vertrieben.

Bitte schreiben Sie bis 31. Juli 2023 höflich formulierte Briefe an den türkischen Innenminister und bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass die Mahnwache zukünftig ohne rechtswidrige Einschränkungen abgehalten werden kann und dass die Teilnehmenden ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausüben können.

Schreiben Sie in gutem Türkisch, Englisch oder auf Deutsch an:
Minister Süleyman Soylu
Minister of Interior
Devlet Mahallesi, İçişleri Bakanlığı
Çankaya, Ankara 06580, TÜRKEI
Fax: 00 90 - 312 418 17 95
E-Mail: basin@icisleri.gov.tr
(Anrede: Dear Minister /
Sehr geehrter Herr Minister)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:
Botschaft der Republik Türkei
S. E. Herrn Ahmet Başar Şen
Tiergartenstraße 19–21, 10785 Berlin
Fax: 030 - 27 59 09 15
E-Mail: botschaft.berlin@mfa.gov.tr
(Standardbrief: 0,85 €)

KAMBODSCHA
CHHIM SITHAR

Die Gewerkschaftsvorsitzende Chhim Sithar wurde am 25. Mai 2023 zu zwei Jahren Haft verurteilt. Ein Gericht in Phnom Penh befand sie der »Anstiftung zu einem Verbrechen oder zur Störung der sozialen Sicherheit« gemäß Paragraf 494 und 495 des Strafgesetzbuchs für schuldig. Acht weitere Gewerkschaftsmitglieder erhielten Haftstrafen zwischen ein und eineinhalb Jahren. Chhim Sithar befindet sich seit dem 26. November 2022 in Haft. Sie und acht weitere Gewerkschafter*innen wurden nur deshalb strafrechtlich verfolgt, weil sie ihre Grundrechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben. Chhim Sithar ist die Vorsitzende der Gewerkschaft der Khmer-Beschäftigten (Labor Rights Supported Union of Khmer Employees, LRSU) des Casino- und Hotelkomplexes NagaWorld in der Hauptstadt Phnom Penh. Deren Mitglieder befinden sich nach Massenentlassungen seit Dezember 2021 im Streik.
Chhim Sithar war bereits im Januar 2022 gewaltsam festgenommen worden. Da-

Foto: privat

mals wurde sie von verdeckt arbeitenden Polizist*innen am Hals gepackt und in ein Fahrzeug gezerrt, als sie sich einem Streik in Phnom Penh anschließen wollte. Sie verbrachte 72 Tage in Untersuchungshaft und wurde im März 2022 gegen Kaution freigelassen – bis zu ihrer erneuten Inhaftierung.

Bitte schreiben Sie bis 31. Juli 2023 höflich formulierte Briefe an den kambodschanischen Premierminister und fordern Sie ihn auf, sicherzustellen, dass Chhim Sithar und die übrigen acht Gewerkschafter*innen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden, da sie allein wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten zu Haftstrafen verurteilt wurden. Fordern Sie ihn auf, dafür zu sorgen, dass die Verurteilungen unverzüglich aufgehoben werden. Darüber hinaus müssen Chhim Sithar und die anderen Sprecher*innen der LRSU sowie deren Mitglieder den Schutz erhalten, der ihnen nach den internationalen Menschenrechtsnormen zusteht, die Kambodscha ratifiziert hat.

Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:
Premierminister
Samdech Hun Sen
Office of the Prime Minister
Jok Dimitrov Boulevard
Phnom Penh, KAMBODSCHA
Facebook: https://www.facebook.com/hunsencambodia
Twitter: @PeacePalaceKH
(Anrede: Dear Prime Minister Samdech Hun Sen / Sehr geehrter Herr Premierminister)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:
Botschaft des Königreichs Kambodscha
I. E. Frau Savny Phen
Benjamin-Vogelsdorff-Straße 2, 13187 Berlin
Fax: 030-48 63 79 73
E-Mail: rec-Berlin@t-online.de
(Standardbrief: 0,85 €)

VENEZUELA
JAVIER TARAZONA

Javier Tarazona, Leiter der venezolanischen NGO FundaREDES, wird seit fast zwei Jahren willkürlich in Haft gehalten. Er hatte am 2. Juli 2021 versucht, bei der Generalstaatsanwaltschaft in der Stadt Coro Schikanen durch Sicherheitskräfte anzuzeigen. Dabei wurde er willkürlich festgenommen und anschließend wegen Aufstachelung zu Hass, Verrat und »Terrorismus« angeklagt. Nach über fünf Monaten Verzögerungen fand am 16. Dezember 2021 die Vorverhandlung seines Gerichtsverfahrens statt. Javier Tarazona ist ein gewaltloser politischer Gefangener, der nur wegen seiner Menschenrechtsarbeit inhaftiert ist. Er muss umgehend und bedingungslos freigelassen werden. Solange er noch in Haft gehalten wird, muss er dringend Zugang zu medizinischer Behand-

Foto: Juanjosecol23 (CC BY-SA 4.0)

lung erhalten, da sich sein Gesundheitszustand stark verschlechtert hat.

Bitte schreiben Sie bis 31. Juli 2023 höflich formulierte Briefe, E-Mails, Twitter- oder Instagram-Nachrichten an den Generalstaatsanwalt Venezuelas und fordern Sie ihn auf, Javier Tarazona unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Bitten Sie ihn außerdem sicherzustellen, dass Javier Tarazona bis zu seiner Freilassung die dringend erforderliche medizinische Versorgung erhält.

Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch an:
Fiscal General
Tarek William Saab
Edificio Sede Principal del Ministerio Público
Esquinas de Misericordia a Pele El Ojo Avenida México, Caracas, VENEZUELA
E-Mail: ministeriopublico@mp.gob.ve
Twitter: @TarekWiliamSaab
Instagram: tarekwilliamsaabh
(Anrede: Mr Tarek William Saab / Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:
Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela
S. E. Herrn Ramon Orlando Maniglia Ferreira
Schillstraße 10, 10785 Berlin
Fax: 030-83 22 40 20
E-Mail: embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de
(Standardbrief: 0,85 €)

Briefentwürfe auf Englisch und Deutsch finden Sie unter **www.amnesty.de/briefe**.
Sollten Sie eine Antwort auf Ihr Appellschreiben erhalten, schicken Sie sie bitte an: **info@amnesty.de**

AMNESTY INTERNATIONAL
Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-42 02 48-0,
Fax: 030-42 02 48-488
E-Mail: info@amnesty.de,
www.amnesty.de

Recht auf Protest im Mittelpunkt

Am Pfingstwochenende trafen sich in Hamburg Mitglieder, Delegierte und internationale Gäste zur **Jahresversammlung** von Amnesty International in Deutschland.

Das Treffen stand im Zeichen eines Jubiläums: Vor 75 Jahren wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Wassily Nemitz, der Vorstandssprecher von Amnesty in Deutschland, nahm dies zum Anlass, um die Bundesregierung aufzufordern, ihre Politik an diesem wegweisenden Dokument aus dem Jahr 1948 auszurichten. Nach Ansicht von Amnesty sind derzeit weltweit besonders die Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit stark gefährdet. Die Organisation hat deshalb eine Kampagne mit dem Titel »Protect the Protest« gestartet.

In diesem Zusammenhang beschäftigte sich die Jahresversammlung unter anderem mit der Situation im Iran. Die Amnesty-Expertin Nassim Papayianni sagte: »Die Behörden setzten und setzen massiv rechtswidrige Gewalt zur Unterdrückung der Proteste im Iran ein. Amnesty International hat die Namen von Hunderten Demonstrant*innen und weiteren Personen dokumentiert, die getötet wurden oder schwere Verletzungen erlitten haben.«

Um dem Thema Recht auf Protest öffentliche Aufmerksamkeit zu verleihen, fand zum Auftakt der Jahresversammlung eine Veranstaltung am Jungfernstieg statt. Gemeinsam mit dem Chor Hamburg Voices trugen Mitglieder und Delegierte einzelne Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in vertonter Form vor. Außerdem erklangen weitere Lieder wie zum Beispiel »Die Gedanken sind frei«.

Die Jahresversammlung ist das oberste Beschlussgremium der deutschen Sektion von Amnesty International. An der hybriden Versammlung nahmen in diesem Jahr rund 500 Mitglieder und Delegierte sowie internationale Gäste teil. Neben inhaltlichen Diskussionen wurde auf der Jahresversammlung auch ein neuer ehrenamtlicher Vorstand gewählt: Wassily Nemitz (Vorstandssprecher), Stephan Heffner (Stellvertreter), Andreas Schwantner (Finanzen), Lisa Nöth (Länder- und Themenarbeit), Wiebke Buth (Menschenrechtsbildung und Training), Wolfgang Grenz (Flüchtlingsschutz) und Florian Oswald (Öffentlichkeitsarbeit).

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gesungen: Amnesty-Aktion in Hamburg, Mai 2023.
Foto: Dag von Boor / Amnesty

Eindrücke von der Jahresversammlung 2023

»Das Treffen in Hamburg war ein motivierendes Wiedersehen mit Menschen, die inspirieren. Mein Highlight war der Austausch mit Nadiedja Luna von Amnesty Mexiko und Genevieve Partington von Amnesty Ghana über Proteste, Versammlungsfreiheit und zivilen Ungehorsam. Ich konnte viel lernen und bin überzeugt, dass uns der internationale Austausch als Bewegung stärkt. Unsere Kampagne ›Protect the Protest‹ kommt zur richtigen Zeit. Lasst uns gemeinsam und weltweit für die Versammlungsfreiheit eintreten!«

Lena Wiggers, bis Mai 2023 Mitglied des Vorstands

»Die Gespräche mit unseren internationalen Gästen haben neue Perspektiven aufgezeigt. Einen schönen Ausgleich zum Plenum boten die Workshops. Inhaltlich hat mich vor allem ein Vortrag zu Klima und Menschenrechten begeistert. Ich habe insbesondere bei der Jugend ein starkes Solidaritätsgefühl wahrgenommen. Es wäre jedoch gut, wenn es in der Mitgliedschaft noch mehr Wertschätzung und Akzeptanz für die Jugend geben würde. Es liegt an uns allen, der Jugend eine kräftige Stimme zu geben.«

Ronja Brockmeyer, Mitglied der Jugendvertretung

»Die Stimmung in Hamburg war herzlich und ausgelassen. Dazu haben nicht nur die Mitglieder beigetragen, sondern auch der gastgebende Bezirk. Die öffentliche Aktion am Jungfernstieg, wo wir zusammen Artikel der AEMR sowie den »Schrei nach Liebe« sangen, sowie die Verabschiedung liebgewonnener Mitstreiter*innen waren mein Höhepunkt der Jahresversammlung. Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass Stillstand einer Bewegung schadet. An den vier Pfingsttagen konnte man sich im bürokratischen Klein-Klein verlieren, wir müssen jedoch das große Ganze im Auge behalten.«

Pascal Eichhorn, Mitglied der Fachkommission für Öffentlichkeitsarbeit

AUF DIE STRASSE!

Foto: Bernd Hartung / Amnesty

Von Markus N. Beeko

Zu den mir oft gestellten Fragen gehört: »Wie hält man es als Menschenrechtsaktivist aus, sich täglich mit Grauen und Folter zu befassen?« Die Antwort ist einfach: Tut man nicht. Man wird aktiv, weil man es nicht aushält. Weil es nicht auszuhalten ist.

Es ist nicht auszuhalten, auch nach Monaten noch die russischen Kriegsverbrechen mitanzusehen, die Angriffe auf die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur wie Krankenhäuser und die Wasserversorgung, und den Menschen in der Ukraine weiter zuzuhören, wenn sie von Menschenrechtsverletzungen berichten.

Es ist nicht auszuhalten, syrischen Geflüchteten zuzuhören, die bangen, wie ihre Familien in Sicherheit gelangen. Und zu sehen, wie der syrische Machthaber Bashar al-Assad – nachdem er mit russischer Unterstützung Kriegsverbrechen verübt, Hundertausende inhaftiert und gefoltert sowie Zehntausende hingerichtet hat – nun wieder international willkommen geheißen wird.

Es ist nicht auszuhalten, dass die Taliban in Afghanistan Frauen und Mädchen jegliche Selbstbestimmung und Menschenwürde zu entziehen versuchen – und die Bundesregierung gleichzeitig das Aufnahmeprogramm für afghanische Menschenrechtler*innen und besonders gefährdete Frauen weiter aussetzt.

Es ist nicht auszuhalten, über das Mittelmeer zu schauen und die schutzlosen Menschen zu hören, die in Äthiopien, dem Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo oder im Sahel Gewalt und Verfolgung ausgesetzt sind, ob durch islamistische Terroristen oder russische Wagner-Söldner. Es ist auch nicht auszuhalten, dass Frauen, Männer und Kinder im Mittelmeer ertrinken oder von libyschen, von der EU unterstützten Milizen verschleppt werden.

Es ist nicht auszuhalten, hinzuschauen und zuzuhören. Und man wundert sich, wie es anderen gelingt, dies alles auszuhalten. »Wir müssen diese Bilder aushalten«, sagte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer angesichts frierender und hungernder Frauen und Kinder an der polnischen Grenze.

Und sein Parteikollege Jens Spahn sagte: »Vielleicht müssen wir tatsächlich mal darüber nachdenken, ob die Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention so noch funktionieren.« Wie er das mit dem Grundgesetz (auf das er einst als Minister geschworen hat) oder mit seinem christlichen Selbstverständnis vereinbart? Ein biblisches Wunder.

Nun, die Bibel ist fast 2000 Jahre alt – da vergisst vielleicht mancher. Offenbar gehören für einige schon jetzt die Beschwörungen von Politiker*innen zur Verteidigung »unserer westlichen Werte« und der Solidarität mit den Millionen aus der Ukraine fliehenden Menschen angesichts des russischen Angriffskrieges zur verdrängten Geschichte.

Es ist aber nicht auszuhalten, zu erinnern und nicht zu vergessen.

Beispielsweise, dass die Genfer Flüchtlingskonvention auf die schrecklichen Erfahrungen der vielfach verweigerte Aufnahme verfolgter Jüdinnen und Juden vor und während des Zweiten Weltkriegs und den massenhaften Fluchtbewegungen in Europa folgte.

Heute sind so viele Menschen wie selten zuvor auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und Verfolgung. Wer flieht, braucht Schutz – ohne Wenn und Aber. Stattdessen will die EU mit Zustimmung Deutschlands grundlegende menschenrechtliche Verpflichtungen im Flüchtlingsschutz aufgeben. Die Bundesregierung verrät damit ihren Verfassungsauftrag und ihre eigenen, im Koalitionsvertrag verankerten Bekenntnisse zu geltenden Menschenrechtsnormen.

Ich spreche in diesen Tagen mit vielen, denen es schwerfällt, dies alles auszuhalten.

Der aktuelle Amnesty-Jahresbericht dokumentiert neben Flucht eine weitere Entwicklung: Protest. Millionen Menschen demonstrieren weltweit gegen Gewalt und Unterdrückung, ob im Iran, in Peru oder in Georgien. Ich denke, es ist an der Zeit, in Deutschland für den Flüchtlingsschutz auf die Straße zu gehen. ◆

Markus N. Beeko ist Generalsekretär der deutschen Amnesty-Sektion.

IMPRESSUM

Amnesty International Deutschland e.V.
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-420248-0
E-Mail: info@amnesty.de
Internet: www.amnesty.de

Redaktionsanschrift: Amnesty International, Redaktion Amnesty Journal
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
E-Mail: journal@amnesty.de
Adressänderungen bitte an: info@amnesty.de

Redaktion: Maik Söhler (V.i.S.d.P.), Nina Apin, Anton Landgraf, Tobias Oellig, Pascal Eichhorn, Uta von Schrenk, Lena Wiggers

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Birgit Albrecht, Miriam Amro, Stephan Anpalagan, Markus N. Beeko, Theresa Bergmann, Julian Busch, Luciana Ferrando, Peter Franck, Oliver Grajewski, Annette Jensen, Jürgen Kiontke, Gisela Krauss, Martin Krauss, Sabine Küper-Büsch, Martina Liedke, Vivien Mirzai, Katja Müller-Fahlbusch, Frank Odenthal, Tobias Oellig, René Papenfuß, Tigran Petrosyan, Lena Reich, Wera Reusch, Georg Schäfer, Till Schmidt, Oliver Schulz, Parastu Sherafatian, Christoph Steinert, Cornelia Wegerhoff, Brigitte Werneburg, Thomas Winkler, Harriet Wolff, Marlene Zöhrer

Layout und Bildredaktion:
Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

Druck und Verlag: Zeitfracht Medien GmbH, Nürnberg

Spendenkonto: Amnesty International
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00
BIC: BFS WDE 33XXX
(Konto: 80 90 100, BLZ: 370 205 00)

ISSN: 2199-4587

Das Amnesty Journal ist die Zeitschrift der deutschen Sektion von Amnesty International und erscheint sechs Mal im Jahr.

Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Artikel oder Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder. Die Urheberrechte für Artikel und Fotos liegen bei den Autoren, Fotografen oder beim Herausgeber. Der Nachdruck von Artikeln aus dem Amnesty Journal ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken, Mailboxen, für die Verbreitung im Internet oder für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C022647

FREIHEIT IST EIN WERT, DER BLEIBT.

Machen Sie auch in Zukunft unsere Arbeit für die Menschenrechte möglich und bedenken Sie Amnesty in Ihrem Testament.

Unser kostenloser Ratgeber zur Nachlassgestaltung hilft mit ersten Informationen zum Erbrecht weiter. Sie können ihn unverbindlich bestellen unter: **www.amnesty.de/inzukunft**

Vielen Dank für Ihren Einsatz!

AMNESTY INTERNATIONAL